

# Monatsbericht des BMF Juni 2011





Monatsbericht des BMF Juni 2011

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

# □ Inhaltsverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	,4
Übersichten und Termine	6
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2011	29
Termine, Publikationen	31
Analysen und Berichte	33
Achter Existenzminimumbericht	34
Vorhaben KONSENS	45
Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	52
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	62
Statistiken und Dokumentationen	71
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	73
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107

# **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

am 25. Mai 2011 hat das Bundeskabinett den Achten Existenzminimumbericht der Bundesregierung zur Kenntnis genommen. Der Existenzminimumbericht ist als Prognose angelegt und dient dem Gesetzgeber als Frühwarnsystem für die Festsetzung der steuerlichen Freibeträge. Gegenstand des aktuellen Berichts ist die Bemessung der von der Einkommensteuer freizustellenden Existenzminima für den Veranlagungszeitraum 2012. Im Ergebnis sind die bestehenden Regelungen zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern auch 2012 ausreichend. Für jedes Kind bleiben beispielsweise 7 008 € vom Einkommen der Eltern steuerfrei.

Nach den Ergebnissen des Arbeitskreises "Steuerschätzungen", der vom 10. bis 12. Mai 2011 tagte, nähern sich die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden 2011 wieder dem Niveau von 2008. Auch die Steuerquote als Verhältnis von Steuereinnahmen zum Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr leicht steigen. Die Struktur des Steueraufkommens zeigt, dass der Anteil der indirekten Steuern noch voraussichtlich bis 2012 über dem Anteil der direkten Steuern liegen wird. Deutschland hat im internationalen Vergleich nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD-Publikation "Revenue Statistics" weiterhin eine der niedrigsten Steuerquoten und eine unter dem Durchschnittswert der EU15-Staaten liegende Abgabenquote.

Die Ergebnisse der aktuellen Ausgabe der OECD-Studie "Taxing Wages" zur Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich



zeigen für Deutschland ein differenziertes Bild. Im Zeitraum 2000 bis 2010 hat sich die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland für alle betrachteten Haushaltstypen verringert. So ergaben sich insbesondere im Jahr 2010 erhebliche Rückgänge der Steuer- und Abgabenguoten durch das Bürgerentlastungsgesetz und die Kindergelderhöhung. Trotzdem liegt die Steuer- und Sozialabgabenbelastung des Arbeitslohns in Deutschland auch im Jahr 2010 noch oberhalb des OECD-Durchschnitts. Allerdings müssen bei einer umfassenden Bewertung derartiger Belastungsvergleiche auch die vom Gesamtstaat erbrachten sozialen Leistungen berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund relativieren sich Aussagen zur im OECD-Vergleich überdurchschnittlichen Steuer- und Abgabenbelastung für einzelne Haushaltstypen in Deutschland.

Im Hinblick auf die bestehende
Verständigung zwischen Bund und Ländern,
ein abgestimmtes neues Verfahren zur
gemeinsamen Beschaffung, Entwicklung
und zum Einsatz einer einheitlichen Software
für das Besteuerungsverfahren einzuführen,
wurden die Grundlagen für das weitere
Vorgehen in einem Verwaltungsabkommen
zum Vorhaben KONSENS (Koordinierte neue
Software-Entwicklung der Steuerverwaltung)
einvernehmlich festgelegt. So wird Software
grundsätzlich unter der Federführung eines

#### □ Editorial

Lands entwickelt und anschließend in allen 16 Ländern nach dem Prinzip "Einer für Alle" eingesetzt. Neue Aufgaben müssen somit nur noch einmal realisiert werden. Die in den vergangenen Jahren erreichten Ergebnisse sind beachtlich. Die bisherigen Erfahrungen und Fortschritte im Vorhaben KONSENS zeigen, dass sich alle Beteiligten auf dem richtigen Weg befinden. Mit dem

Prinzip "Einer für Alle" hat man sich auf eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise verständigt und arbeitet trotz föderaler Strukturen eng zusammen.

Jörg Asmussen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2011	
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Finanzwirtschaftliche Lage

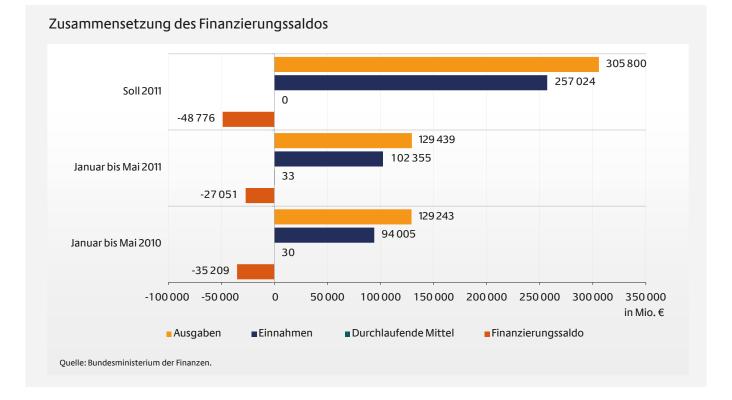
# Ausgabenentwicklung

Die Ausgaben des Bundes beliefen sich von Januar bis einschließlich Mai 2011 auf 129,4 Mrd. €. Sie überstiegen das Ergebnis bis einschließlich Mai des Vorjahres nur leicht um 0,2 Mrd. € (+ 0,2%). Während die wirtschaftliche Entwicklung die Ausgaben

## **Entwicklung des Bundeshaushalts**

Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-48,4	-36,3
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,4	-0,1
Kassenmittel (Mrd. €)	-	9,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-48,8	-27,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,3	10,8
Steuereinnahmen (Mrd. €)	229,2	91,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-0,9	8,9
Einnahmen (Mrd. €)	257,0	102,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	0,7	0,2
Ausgaben (Mrd. €)	305,8	129,4
	Soll 2011	lst - Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Mai 2011

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist	Soll	Ist - Entw	ricklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung	
	2010	2011	Januar bis	Mai 2011	Januar bis	Mai 2010	ggü. Vorjahr	
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%	
Allgemeine Dienste	54 227	55 490	21 301	16,5	21 830	16,9	-2,	
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 887	6 149	2 268	1,8	2 388	1,8	-5,	
Verteidigung	31 707	32 147	12 606	9,7	12 962	10,0	-2,	
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 2 4 0	6376	2 5 1 0	1,9	2 5 3 6	2,0	-1,	
Finanzverwaltung	3 727	4166	1 492	1,2	1 485	1,1	+0,	
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 896	16 933	5 693	4,4	4 887	3,8	+16,	
BAföG	1 382	1 544	814	0,6	674	0,5	+20,	
Forschung und Entwicklung	8 940	9 471	2 631	2,0	2388	1,8	+10,	
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	163 431	160 005	71 812	55,5	74 111	57,3	-3,	
Sozialversicherung	78 046	77 655	37 836	29,2	38 035	29,4	-0,	
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	7 927	13 446	4 679	3,6	5 856	4,5	-20,	
Grundsicherung für Arbeitssuchende	35 920	34 190	14007	10,8	14966	11,6	-6,	
darunter: Arbeitslosengeld II	22 246	20 400	8 478	6,5	9 641	7,5	-12	
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 235	3 600	1 903	1,5	1 360	1,1	+39,	
Wohngeld	881	679	353	0,3	375	0,3	-5,	
Erziehungsgeld/Elterngeld	4586	4389	2 036	1,6	1 943	1,5	+4,	
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 900	1 748	828	0,6	901	0,7	-8,	
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 255	1 580	463	0,4	362	0,3	+27,	
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	2 098	641	0,5	605	0,5	+6,	
Wohnungswesen	1 356	1 353	561	0,4	510	0,4	+10,	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 678	6 497	2 468	1,9	2 567	2,0	-3,	
Regionale Förderungsmaßnahmen	811	740	219	0,2	184	0,1	+19,	
Kohlenbergbau	1319	1 350	1 350	1,0	1319	1,0	+2,	
Gewährleistungen	805	1 770	229	0,2	284	0,2	-19,	
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	11 735	3 774	2,9	3 669	2,8	+2,	
Straßen (ohne GVFG)	6341	5 9 2 6	1 476	1,1	1 471	1,1	+0,	
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 073	15 999	6 366	4,9	5 806	4,5	+9,	
Bundeseisenbahnvermögen	5 223	5 283	1 883	1,5	1 932	1,5	-2,	
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4304	3 877	1 239	1,0	1 201	0,9	+3,	
Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	35 462	16 922	13,1	15 406	11,9	+9,	
Zinsausgaben	33 108	35 343	16 545	12,8	15 008	11,6	+10,	
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	129 439	100,0	129 243	100,0	+0,	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

des Bundeshaushalts im Bereich der sozialen Sicherung (– 2,3 Mrd. €) dämpft, wirken insbesondere die gestiegenen Zinsausgaben (+ 1,5 Mrd. €) der positiven Gesamtentwicklung entgegen.

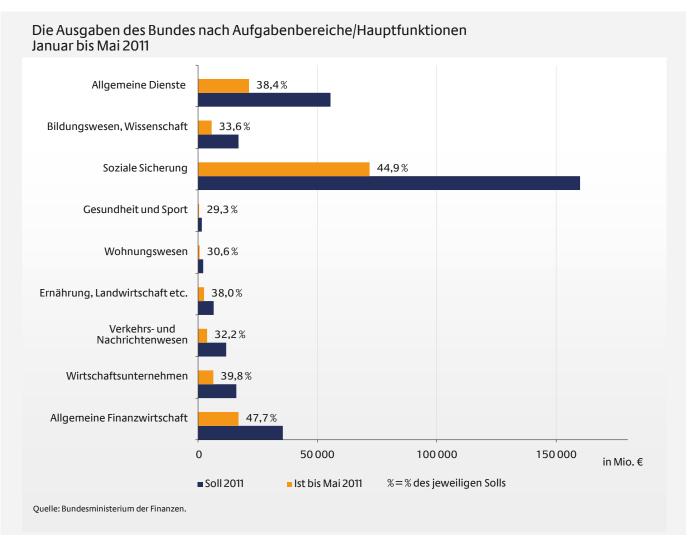
## Einnahmeentwicklung

Von Januar bis Mai 2011 lagen die Einnahmen des Bundes bei 102,4 Mrd. € und übertrafen damit das Vorjahresergebnis um 8,4 Mrd. € (+8,9%). Die Steuereinnahmen im Veröffentlichungszeitraum in Höhe von 91,9 Mrd. € lagen um 9,0 Mrd. € (+10,8%) über dem Stand vom Mai 2010. Hier wirkten Einnahmesteigerungen bei den Steuern vom Umsatz, der nicht veranlagten Steuer vom Ertrag, der Lohnsteuer und den reinen Bundessteuern positiv. Die

Verwaltungseinnahmen lagen mit 10,5 Mrd. € wegen des in geringerem Umfang als geplant abgeführten Bundesbankgewinns um – 5,8 % unter dem Ergebnis bis einschließlich Mai 2010.

#### Finanzierungssaldo

Aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo Ende Mai in Höhe von – 27,1 Mrd. € lassen sich nur bedingt Rückschlüsse auf das Ergebnis der endgültigen Nettokreditaufnahme ziehen. Die Aussagekraft der Zahlen für den Vollzug des Bundeshaushalts 2011 insgesamt ist auch weiterhin mit einem Schwankungsrisiko behaftet. Dennoch kann bereits zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden, dass die Nettokreditaufnahme des Vorjahres von rund 44 Mrd. € unterschritten werden wird. Nach aktueller Einschätzung wird für das



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

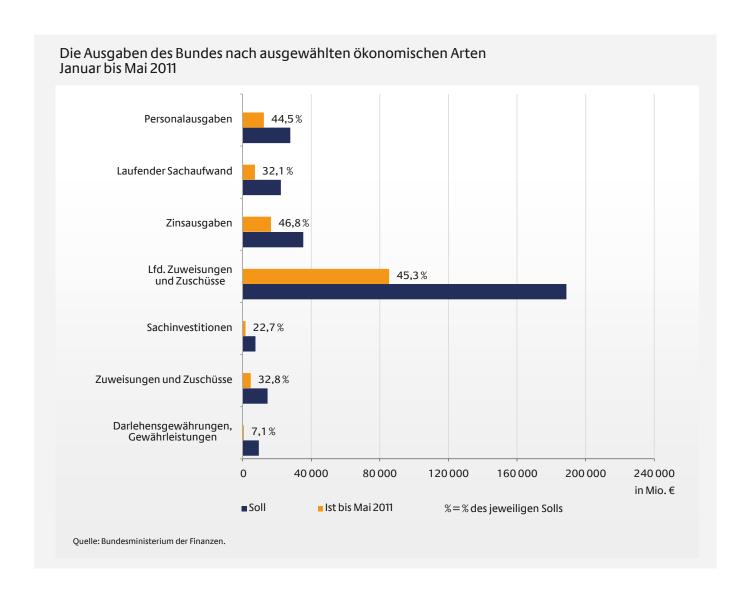
	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	ricklung	Veränderund
	2010	2011	Januar bis	Mai 2011	Januar bis	Mai 2010	ggü. Vorjahı
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
Konsumtive Ausgaben	277 581	274 627	121 661	94,0	121 245	93,8	+0
Personalausgaben	28 196	27 799	12 384	9,6	12 340	9,5	+0
Aktivbezüge	21 117	20 749	9 150	7,1	9 1 4 6	7,1	+0
Versorgung	7 079	7 050	3 233	2,5	3 194	2,5	+1
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	7 168	5,5	7 558	5,8	-5
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 544	1 350	587	0,5	569	0,4	+3
Militärische Beschaffungen	10 442	10 429	3 230	2,5	3 699	2,9	-12
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 557	3 351	2,6	3 291	2,5	+1
Zinsausgaben	33 108	35 343	16 545	12,8	15 008	11,6	+10
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	85 415	66,0	86 165	66,7	-0
an Verwaltungen	14114	15 094	6 0 3 4	4,7	5 3 0 9	4,1	+13
an andere Bereiche	180 263	173 662	79 692	61,6	81 144	62,8	-1
darunter:							
Unternehmen	24 212	25 056	10323	8,0	9 5 6 9	7,4	+7
Renten, Unterstützungen u. a.	29 665	28 159	11 723	9,1	12 893	10,0	-9
Sozialversicherungen	120 831	114657	55 482	42,9	56 651	43,8	-2
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	149	0,1	174	0,1	-14
Investive Ausgaben	26 077	32 330	7 778	6,0	7 998	6,2	-2
Finanzierungshilfen	18 417	24 831	6 079	4,7	6 247	4,8	-2
Zuweisungen und Zuschüsse	14944	14581	4776	3,7	4 694	3,6	+1
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 663	9 444	675	0,5	875	0,7	-22
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	628	0,5	677	0,5	-7
Sachinvestitionen	7 660	7 499	1 699	1,3	1 752	1,4	-3
Baumaßnahmen	6 2 4 2	6014	1 400	1,1	1 362	1,1	+2
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	244	0,2	277	0,2	-11
Grunderwerb	503	576	55	0,0	113	0,1	-51
Globalansätze	0	-1 158	0		0		
Ausgaben insgesamt	303 658	305 800	129 439	100,0	129 243	100,0	+0

laufende Jahr sogar eine Nettokreditaufnahme von unter 40 Mrd. € als wahrscheinlich angesehen.

## Sondervermögen ITF

Der Bund stellt im Rahmen des Konjunkturpakets II über das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt bis zu 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Im Jahr 2011 dürfen die im ITF bis zum 31. Dezember 2010 begonnenen Maßnahmen noch ausfinanziert werden. Bis einschließlich Mai 2011 sind 15 Mrd. € abgeflossen. Es wurden rund 7 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, rund 2,4 Mrd. € für Investitionen des Bundes und rund 4,8 Mrd. € als Umweltprämie ausgezahlt.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



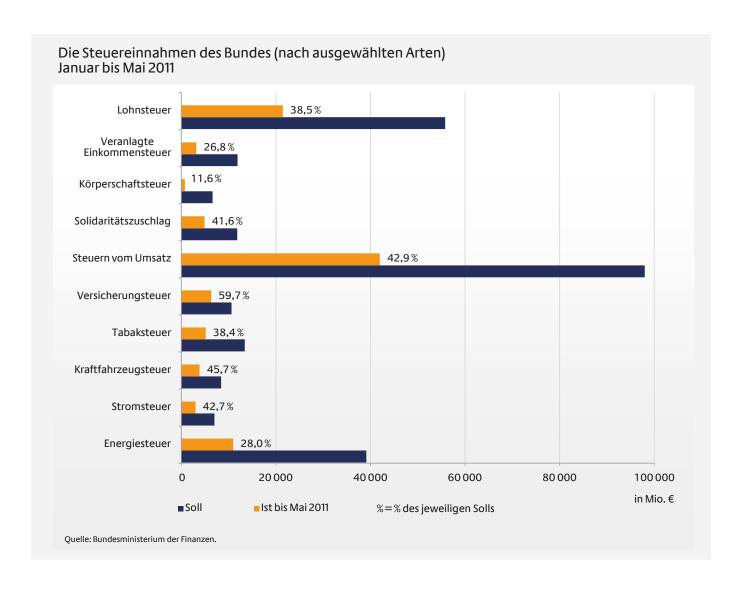
FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	Ist	Soll	Ist - Entw	icklung	Ist - Entw	icklung	Veränderung
	2010	2011	Januar bis	Mai 2011	Januar bis	Mai 2010	ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in%
I. Steuern	226 189	229 164	91 898	89,8	82 909	88,2	+10,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	181 502	184 183	75 950	74,2	69 212	73,6	+9,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>1</sup> )	84355	84791	33 505	32,7	30 119	32,0	+11,
davon:							
Lohnsteuer	54 759	55 781	21 483	21,0	19 842	21,1	+8,
veranlagte Einkommensteuer	13 252	11 921	3 195	3,1	3 089	3,3	+3,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 491	6 8 9 5	6 012	5,9	3 960	4,2	+51,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge <sup>1</sup>	3 832	3 569	2 047	2,0	2 231	2,4	-8,
Körperschaftsteuer	6 021	6 625	768	0,8	996	1,1	-22,
Steuern vom Umsatz	95 860	97 985	41 987	41,0	38 759	41,2	+8,
Gewerbesteuerumlage	1 287	1 407	457	0,4	334	0,4	+36,
Energiesteuer	39838	39 142	10972	10,7	10 685	11,4	+2,
Tabaksteuer	13 492	13 440	5 167	5,0	4675	5,0	+10,
Solidaritätszuschlag	11713	11 850	4930	4,8	4562	4,9	+8,
Versicherungsteuer	10284	10 620	6344	6,2	5 950	6,3	+6,
Stromsteuer	6 171	7 030	3 000	2,9	2 481	2,6	+20,
Kraftfahrzeugsteuer	8 488	8 445	3 857	3,8	3 867	4,1	-0,
Branntweinabgaben	1 993	1 963	887	0,9	848	0,9	+4,
Kaffeesteuer	1 002	1 030	432	0,4	422	0,4	+2,
Luftverkehrsteuer	-	1 000	267	0,3	-	-	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 880	-12 159	-2 996	-2,9	-3 188	-3,4	-6,
BNE-Eigenmittel der EU	-18 153	-21 870	-8 887	-8,7	-8 553	-9,1	+3,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1836	-2 300	-826	-0,8	- 885	-0,9	-6,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6877	-6980	-2 908	-2,8	-2 865	-3,0	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-8 992	-4 496	-4,4	-4 496	-4,8	+0,
II. Sonstige Einnahmen	33 105	27 860	10 457	10,2	11 096	11,8	-5,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4359	5 565	3 373	3,3	3 891	4,1	-13,
Zinseinnahmen	385	512	95	0,1	131	0,1	-27,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	4 403	4 247	1 411	1,4	1819	1,9	-22,
Einnahmen zusammen	259 293	257 024	102 355	100,0	94 005	100,0	+8,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 2008 Zinsabschlag.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2011

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2011

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Mai 2011 im Vorjahresvergleich um + 10,1% gestiegen. Der Bund erzielte Mehreinnahmen (nach Verrechnungen) von + 11,8 %. Das kumulierte Aufkommen von Januar bis Mai 2011 überschritt das Vorjahresniveau insgesamt um + 9,2% (Bund: + 11,3%).

Zu diesem Ergebnis trug im Berichtsmonat Mai insbesondere der Aufkommenszuwachs bei den gemeinschaftlichen Steuern (+10,7%) bei.

Das Kassenaufkommen der Lohnsteuer übertraf das Vorjahresniveau um + 16,3 %. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer brutto, d. h. vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergelds und der Riester-Zulagen, erhöhten sich dabei im Berichtsmonat Mai 2011 um + 11.9 %. Dieser sehr kräftige Zuwachs hat seine Ursache im Anstieg der Zahl der Beschäftigten, dem massiven Abbau der Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahr und nicht zuletzt auch in Tarifsteigerungen und wieder höheren Bonuszahlungen. Während das Volumen der Kindergeldzahlungen auf dem Vorjahresniveau stagnierte, erhöhten sich die Auszahlungen von Altersvorsorgezulagen im Hauptauszahlungsmonat Mai um + 11,3 %. Neben einer gestiegenen Zahl von Riester-Verträgen spielt dabei auch eine wichtige Rolle, dass sich die jährliche Zulagenzahlung zunehmend auf den Mai-Termin konzentriert.

Der Aufkommensanstieg bei der veranlagten Einkommensteuer brutto belief sich im Vorjahresvergleich auf + 27,6 %. Die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG nahmen um + 1,2 % leicht zu, und auch insgesamt verharrten die Erstattungen etwa auf dem Vorjahresniveau. Der Zuwachs des Kassenaufkommens der veranlagten Einkommensteuer von rund + 0,4 Mrd. € ist daher vor allem

auf höhere Nachzahlungen für den Veranlagungszeitraum 2009 sowie etwas höhere Vorauszahlungen zurückzuführen.

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer ist gegenüber dem Mai 2010 um knapp + 0,3 Mrd. € gestiegen und liegt jetzt wieder im positiven Bereich. Die Vorauszahlungen und auch die Nachzahlungen nahmen zu. Parallel hierzu verringerten sich die Erstattungen deutlich, wobei aber zu berücksichtigen ist, dass die Erstattungen im vergangenen Jahr ungewöhnlich hoch ausgefallen waren.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wurde das Kassenergebnis um + 28,6 % übertroffen. Im Mai finden die Hauptversammlungen vieler großer Publikumsgesellschaften statt, die im Anschluss die Dividendenausschüttung vornehmen. Aufgrund der guten Gewinnentwicklung im Vorjahr wurden offensichtlich sehr hohe Ausschüttungen getätigt, die zu einem entsprechend starken Zuwachs bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag geführt haben.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge weisen im Mai 2011 ein Plus von + 3,7% auf, allerdings gegenüber einer äußerst schwachen Vorjahresbasis. Der Abwärtstrend des vergangenen Jahres ist gestoppt, doch führt das niedrige Zinsniveau weiterhin zu einem relativ geringen Aufkommen.

Das Aufkommen der Steuern vom Umsatz übertraf mit + 0,6 % im Berichtsmonat Mai 2011 das Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums nur leicht. Dabei stiegen die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer aufgrund der weiterhin äußerst lebhaften Außenhandelstätigkeit mit + 21,5 % erneut kräftig an. Da ein Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2011

# Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2011	Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Mai	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2011	Veränderun ggü. Vorjah
	in Mio €	in%	in Mio €	in %	in Mio € <sup>4</sup>	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	10 616	+16,3	54 468	+9,5	134 400	+5,1
veranlagte Einkommensteuer	254	X	7517	+3,4	28 200	-9,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 440	+28,6	12 025	+51,8	16 605	+27,9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	517	+3,7	4652	-8,3	8 122	-6,7
Körperschaftsteuer	11	Х	1 536	-22,9	13 460	+11,8
Steuern vom Umsatz	16347	+0,6	77 961	+7,0	187 500	+4,1
Gewerbesteuerumlage	166	-26,1	1 104	+36,6	3 460	+11,3
erhöhte Gewerbesteuerumlage	79	-49,9	951	+33,3	3 026	+7,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	32 431	+10,7	160 214	+9,4	394 773	+4,2
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 417	-1,6	10 972	+2,7	40 050	+0,5
Tabaksteuer	1 105	+2,4	5 167	+10,5	13 440	-0,4
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	170	-9,6	886	+4,5	2 000	+0,5
Versicherungsteuer	790	+3,2	6344	+6,6	10 920	+6,2
Stromsteuer	563	+18,8	3 000	+20,9	6 980	+13,1
Kraftfahrzeugsteuer	795	+10,6	3 857	-0,3	8 400	-1,0
Luftverkehrsteuer	77	X	267	Х	940	X
Kernbrennstoffsteuer	0	X	0	Х	1 700	X
Solidaritätszuschlag	1 066	+22,6	4930	+8,1	12 150	+3,7
übrige Bundessteuern	124	+0,4	638	+3,0	1 461	+0,8
Bundessteuern insgesamt	8 106	+5,4	36 060	+7,0	98 041	+4,9
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	454	+24,0	1 957	+16,4	4670	+6,0
Grunderwerbsteuer	528	+42,9	2 500	+25,0	5 905	+11,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	126	+5,0	615	+3,7	1 415	+0,2
Biersteuer	64	+2,7	270	-2,6	690	-3,2
Sonstige Ländersteuern	25	+52,8	211	+11,3	350	+7,1
Ländersteuern insgesamt	1 197	+28,1	5 554	+17,1	13 030	+7,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	332	+13,9	1 836	+4,7	4540	+3,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	105	-13,6	826	-6,8	1910	+4,0
BSP-Eigenmittel	1 131	-11,6	8 887	+3,9	20 170	+11,1
EU-Eigenmittel insgesamt	1 569	-7,3	11 549	+3,2	26 620	+9,2
Bund <sup>3</sup>	20 468	+11,8	92 303	+11,3	237 385	+5,1
Länder <sup>3</sup>	18 012	+9,2	88 400	+8,0	217 272	+3,4
EU	1 569	-7,3	11 549	+3,2	26 620	+9,2
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 019	+16,6	11 412	+7,5	29 107	+2,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	42 067	+10,1	203 664	+9,2	510 384	+4,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,\</sup>text{Nach\,Abzug\,der\,Kindergelderstattung\,durch\,das\,Bundeszentralamt\,f\"{u}r\,Steuern.}$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Ergebnis AK "Steuerschätzungen" vom Mai 2011.

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Mai 2011

Inland erhöht, wurde das Niveau der (Binnen-) Umsatzsteuer in diesem Monat um - 5,0 % unterschritten.

Die reinen Bundessteuern konnten im Mai 2011 ihr Volumen insgesamt um + 5,4% steigern. Hierzu trugen insbesondere die Entwicklungen des Solidaritätszuschlags (+ 22,6%), der Tabaksteuer (+ 2,4%), der Stromsteuer (+ 18,8%), der Kraftfahrzeugsteuer (+ 10,6%) und der Versicherungsteuer (+ 3,2%) bei. Das Aufkommen aus der Energiesteuer lag mit - 1,6% unter dem Niveau des Vorjahresmonats, wofür geringere Einnahmen aus der Besteuerung von Kraftstoffen und von Heizöl verantwortlich waren.

Bei der Luftverkehrsteuer (76,8 Mio. € im Mai 2011) setzt sich der Aufwärtstrend fort. Es ist davon auszugehen, dass es in den Sommermonaten zu weiteren deutlichen Aufkommenssteigerungen kommen wird. Für Befürchtungen, das für dieses Jahr erwartete Aufkommen werde nicht erreicht, gibt es derzeit keinen Anlass. Einnahmen aus der ebenfalls in diesem Jahr neu eingeführten Kernbrennstoffsteuer wurden bisher noch nicht erzielt.

Die reinen Ländersteuern blieben im Berichtsmonat mit + 28,1% über dem Vorjahresniveau, getragen von den Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer (+ 42,9%) und der Erbschaftsteuer (+ 24,0%). Zu einem Steuerplus kam es auch bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 5,0%) und der Biersteuer (+ 2,7%). Der hohe Zuwachs bei der Feuerschutzsteuer (+ 40,1%) ist kassentechnisch bedingt.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

#### Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Mai durchschnittlich 4,46 % (4,51% im April).

Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Mai 3,06 % (3,27 % Ende April).

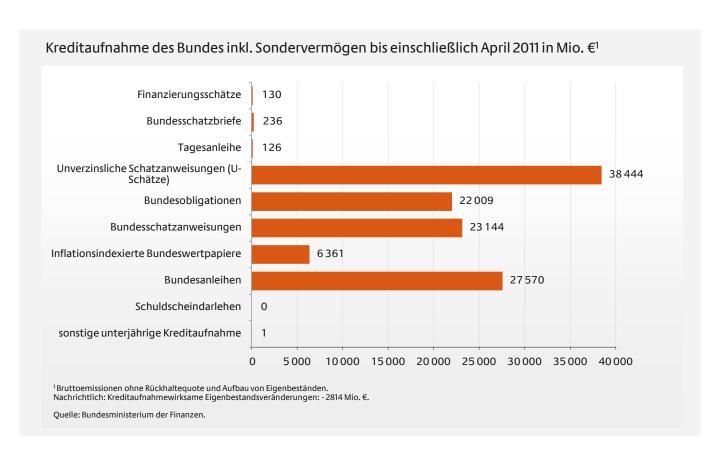
Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – stiegen Ende Mai auf 1,43 % (1,39 % Ende April).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 9. Juni 2011 die seit April 2011 geltenden Zinssätze für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,25 %, 2,00 % beziehungweise 0,50 % belassen.

Der deutsche Aktienindex betrug 7 294 Punkte am 31. Mai (7 514 Punkte am 30. April). Der Euro Stoxx 50 sank von 3 011 Punkten am 30. April auf 2 862 Punkte am 31. Mai.

#### Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im April 2011 bei 2,0 % nach 2,3 % im März und 2,1 % im Februar. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Februar bis April 2011 belief



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

sich auf 2,1% nach 2,0% im vorangegangenen Dreimonatszeitraum (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5%).

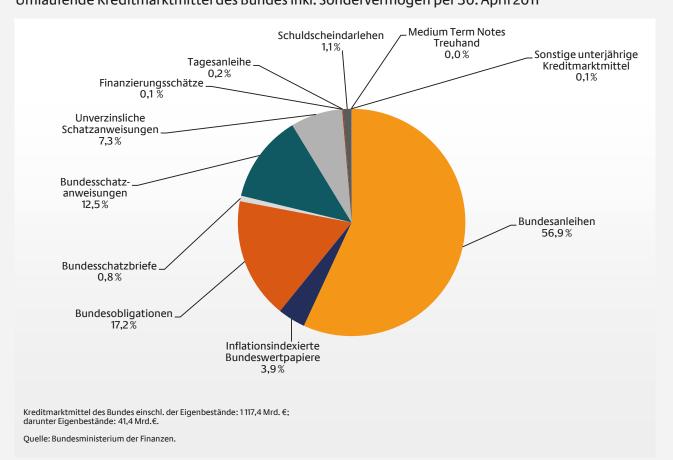
Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im März wie bereits im Vormonat 2.2%.

In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen - 0,98 % im April gegenüber - 0,53 % im März.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen betrug bis einschließlich April 2011 insgesamt 118,02 Mrd. €.
Davon wurden 109 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.
Darüber hinaus wurde die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe (ISIN DE 0001030526) am 12. Januar 2011 um 1,0 Mrd. € und am 9. März 2011 um





FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Anleihen	23,3	-	-	-									23,3
Bundesobligationen	-	-	-	19,0									19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-									15,0
U-Schätze des Bundes	11,0	11,0	11,0	11,0									43,8
Bundesschatzbriefe	0,2	0,2	0,0	0,1									0,4
Finanzierungsschätze	0,1	0,0	0,0	0,0									0,2
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,0									0,3
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-									-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,1	-									0,1
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,8	-									0,8
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	-0,0	0,0									-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	11,3	27,0	30,1									102,8

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

# Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd.	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,5	0,6	0,5	3,6									18,2

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Am 13. April 2011 wurde die 0,75 %ige inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030534) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € erstmals emittiert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsabbau: 2,81 Mrd. €).

Die im April 2011 zur Finanzierung von Bund und Sondervermögen begebenen Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2011". Bis einschließlich April 2011 betrugen die Tilgungen für Bund und Sondervermögen 102,84 Mrd. € und die Zinszahlungen 18,18 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 114,28 Mrd. €, des Finanzmarktstabilisierungsfonds in Höhe von 2,19 Mrd. € (nur für Anschlussfinanzierungen und Zinszahlungen - keine Neukreditaufnahme), des Investitionsund Tilgungsfonds in Höhe von 1,55 Mrd. € und des Restrukturierungsfonds in Höhe von 0,01 Mrd. € eingesetzt.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2011 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung, ISIN DE0001137339, WKN 113733	Aufstockung	6. April 2011	2 Jahre fällig 15. März 2013, Zinslaufbeginn 25. Februar 2011, erster Zinstermin 15. März 2012	5 Mrd.€
Bundesanleihe, ISIN DE000135432, WKN 113543	Aufstockung	13. April 2011	30 Jahre fällig 4. Juli 2042, Zinslaufbeginn 4. Juli 2010, erster Zinstermin 4. Juli 2011	2 Mrd.€
Inflationsindexierte Bundesobligation, ISIN DE0001030534, WKN 103053	Neuemission	13. April 2011	7 Jahre fällig 15. April 2018, Zinslaufbeginn 15. April 2011, erster Zinstermin 15. April 2012	3 Mrd.€
Bundesobligation, ISIN DE0001141604, WKN 114160	Neuemission	20. April 2011	5 Jahre fällig 8. April 2016, Zinslaufbeginn 8. April 2011, erster Zinstermin 8. April 2012	6 Mrd.€
Bundesanleihe, ISIN DE0001135440, WKN 113544	Neuemission	27. April 2011	10 Jahre fällig 4. Juli 2021, Zinslaufbeginn 29. April 2011, erster Zinstermin 4. Juli 2012	6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung, ISIN DE0001137347, WKN113734	Neuemission	11. Mai 2011	2 Jahre fällig 14. Juni 2013, Zinslaufbeginn 13. Mai 2011, erster Zinstermin 14. Juni 2012	ca.7 Mrd.€
Bundesobligation, ISIN DE0001141604, WKN 114160	Aufstockung	18. Mai 2011	5 Jahre fällig 8. April 2016, Zinslaufbeginn 8. April 2011, erster Zinstermin 8. April 2012	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe, ISIN DE0001135440, WKN 113544	Aufstockung	25. Mai 2011	10 Jahre fällig 4. Juli 2021, Zinslaufbeginn 29. April 2011, erster Zinstermin 4. Juli 2012	ca. 5 Mrd. €
Bundesschatzanweisung, ISIN DE0001137347, WKN 113734	Aufstockung	15. Juni 2011	2 Jahre fällig 14. Juni 2013, Zinslaufbeginn 13. Mai 2011, erster Zinstermin 14. Juni 2012	ca. 6 Mrd. €
Bundesanleihe, ISIN DE0001135440, WKN113544	Aufstockung	22. Juni 2011	10 Jahre fällig 4. Juli 2021, Zinslaufbeginn 29. April 2011, erster Zinstermin 4. Juli 2012	ca. 4 Mrd. €
Bundesobligation, ISIN DE0001141604, WKN 114160	Aufstockung	29. Juni 2011	5 Jahre fällig 8. April 2016, Zinslaufbeginn 8. April 2011, erster Zinstermin 8. April 2012	ca. 6 Mrd. €
			2. Quartal 2011 insgesamt	ca. 56 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

# Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2011 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115780, WKN 111578	Aufstockung	4. April 2011	9 Monate fällig 25. Januar 2012	2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115830, WKN 111583	Neuemission,	11. April 2011	6 Monate fällig 12. Oktober 2011	5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115848, WKN 111584	Neuemission	18. April 2011	12 Monate fällig 18. April 2012	3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115855, WKN 111585	Neuemission	9. Mai 2011	6 Monate fällig 9. November 2011	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115806, WKN 111580	Aufstockung	16. Mai 2011	9 Monate fällig 29. Februar 2012	ca. 2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115863, WKN 111586	Neuemission	30. Mai 2011	12 Monate fällig 30. Mai 2012	ca.3 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115871, WKN 111587	Neuemission	6. Juni 2011	6 Monate fällig 7. Dezember 2011	ca. 5 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115822, WKN 111582	Aufstockung	20. Juni 2011	9 Monate fällig 28. März 2012	ca. 2 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung, ISIN DE0001115889, WKN 111588	Neuemission	27. Juni 2011	12 Monate fällig 27. Juni 2012	ca.3 Mrd.€
			2. Quartal 2011 insgesamt	ca. 30 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Der Aufschwung setzt sich mit verringertem Wachstumstempo fort.
- Die deutsche Industrie ist verhalten in das 2. Quartal gestartet.
- Der konjunkturelle Aufschwung begünstigt den Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung spürbar.
- Die Preisniveauentwicklung in Deutschland wird vor allem vom Anstieg der Weltmarktpreise für Rohöl geprägt.

Die aktuellen Konjunkturdaten zeigen einen verhaltenen Start der deutschen Wirtschaft in das 2. Quartal. Damit setzt sich der Aufschwung mit geringerem Wachstumstempo als zu Jahresbeginn fort.

Im 1. Vierteljahr war das Bruttoinlandsprodukt preis-, kalender- und saisonbereinigt mit 1,5 % gegenüber dem Schlussquartal 2010 außerordentlich kräftig angestiegen. Das Vorkrisenniveau wird nun wieder leicht überschritten.

Positive Wachstumsimpulse kamen im 1. Quartal vor allem von der Binnenwirtschaft. Dabei wurde die günstige Entwicklung der inländischen Verwendung besonders von Nachholeffekten infolge des witterungsbedingten Einbruchs der Bauinvestitionen im 4. Quartal des vergangenen Jahres geprägt. So stiegen die Investitionen in Bauten im 1. Vierteljahr 2011 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 6,2% gegenüber dem Vorquartal an. Den größten Anteil an der Erholung hat der private Wohnungsbau. Zusätzlich wirken auch noch die staatlichen Stützungsmaßnahmen nach, die im weiteren Jahresverlauf allmählich nachlassen dürften. Neben dem witterungsbedingten Sondereffekt zeigte sich auch die konjunkturelle Grunddynamik stärker, als für das 1. Quartal vielfach erwartet worden war. Dies und die weitere Zunahme der bereits seit Ende vergangenen

Jahres wieder überdurchschnittlich hohen Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe trug zu einem deutlichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen bei (+4,2% gegenüber dem Vorquartal). Auch von der Zunahme der Privaten und Staatlichen Konsumausgaben gingen positive Wachstumsimpulse aus. Der private Konsum profitierte dabei von dem kräftigen Beschäftigungsaufbau und Einkommenssteigerungen, was sich auch in einem Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte niederschlägt.

Ein ebenfalls deutlich positiver
Wachstumsbeitrag ging im
Vorquartalsvergleich von der spürbaren
Zunahme der Exporte von Waren und
Dienstleistungen aus (preis-, kalenderund saisonbereinigt + 1,1 Prozentpunkte).
Gleichzeitig wurde auch die Importtätigkeit
ausgeweitet. Zusammengenommen
fiel damit der Wachstumsbeitrag der
Nettoexporte (+ 0,5 Prozentpunkte) rein
rechnerisch wesentlich niedriger aus
als der der inländischen Verwendung
(+ 1,0 Prozentpunkte).

Die Stimmungsindikatoren und die "harten" Wirtschaftsdaten am aktuellen Rand signalisieren, dass die deutsche Wirtschaft nach dem überaus starken 1. Quartal nun einen flacheren Wachstumspfad einschlagen dürfte.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Dies zeigen auch die nominalen Warenexporte, die im April saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat spürbar rückläufig waren. Aufgrund des überaus starken Anstiegs der Ausfuhren im März zeigt sich im Zweimonatsvergleich jedoch weiterhin ein klarer Aufwärtstrend. Nach Ursprungswerten lag das nominale Ausfuhrergebnis kumuliert von Januar bis April 2011 deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau (+18,2%). Dabei war der Anstieg der Ausfuhren in den Nicht-Euroraum der EU (+21,3%) leicht höher als der in Drittländer (+19,4%). Ausfuhren in den Euroraum (+15,8%) verzeichneten ebenfalls ein deutliches Plus.

Die nominalen Warenimporte nahmen im April im Vergleich zum Vormonat ebenfalls ab. In zweimonatlicher Betrachtungsweise ist der Trend weiterhin klar aufwärtsgerichtet. Die in der Tendenz steigenden Warenimporte dürften – neben Preiseffekten infolge der erheblichen Verteuerung von Rohstoffen und Energie – von dem hohen Importgehalt der Warenexporte und der Zunahme der Binnennachfrage begünstigt worden sein. Im Vorjahresvergleich wurden die Einfuhren im Zeitraum von Januar bis April dieses Jahres spürbar ausgeweitet (+ 21,8 %). Auch hier stiegen die Einfuhren aus dem Nicht-Euroraum überdurchschnittlich an (+24,7%). Die lebhafte Importtätigkeit wird auch in der Entwicklung der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer sichtbar, die kumuliert über den Zeitraum Januar bis Mai 2011 das entsprechende Vorjahresniveau spürbar um 28,7% überschritten.

Insgesamt ist der Rückgang der saisonbereinigten nominalen Warenexporte und Warenimporte nach den Rekordwerten vom März eher als Normalisierung zu bewerten.

Die Aussichten für eine weitere Expansion der Warenexporte sind günstig: Die jüngsten Prognosen des Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Kommission und der OECD belegen, dass der globale Aufschwung anhält. Das

Wachstumstempo dürfte jedoch geringer ausfallen als im vergangenen Jahr. Stützend wirkt die hohe Wachstumsdynamik in den Schwellenländern. Angesichts von der günstigen weltwirtschaftlichen Lage gehen die deutschen exportorientierten Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe laut ifo- und DIHK-Umfrage weiterhin von guten Auslandsgeschäften aus. Darauf deutet auch der in der Grundtendenz weitere Anstieg der Auslandsnachfrage hin. Risiken für die Zunahme der globalen Aktivität sind u. a. in den weiterhin schwer einzuschätzenden Auswirkungen der Naturkatastrophe in Japan und einem spürbaren Anstieg der Rohölpreise zu sehen.

Nach dynamischer Entwicklung im 1. Vierteljahr ist die deutsche Industrie verhalten in das 2. Quartal 2011 gestartet. Die industrielle Erzeugung ist in saisonbereinigter Betrachtung im April im Vergleich zum Vormonat leicht gesunken. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Vormonatsergebnisse etwas nach oben korrigiert wurden. Die besonders deutliche Abnahme der Produktionstätigkeit bei den Investitionsgüterherstellern war vor allem auf eine rückläufige Herstellung im Fahrzeugund Maschinenbau zurückzuführen. Im Zweimonatsvergleich ist die Erzeugung von Investitionsgütern jedoch nach wie vor deutlich aufwärtsgerichtet. Insgesamt verringerte sich das Wachstumstempo der Industrieproduktion etwas.

Die industriellen Umsätze stiegen im April im Vormonatsvergleich leicht an. Das Umsatzplus kam ausschließlich aus dem Inland und erstreckte sich über alle drei betrachteten Gütergruppen, während die Auslandsumsätze rückläufig waren. Die geringeren Auslandsumsätze wurden durch ein Umsatzminus innerhalb des Euroraums geprägt. Im Zweimonatsvergleich setzte sich der Aufwärtstrend der Industrieumsätze jedoch fort. Im Inland zeigte sich insbesondere bei den Vorleistungs- und Konsumgütern eine sehr dynamische Umsatzentwicklung.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

# Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft / Einkommen	2010		Veränderung in % gegenüber						
	Mrd. €	N - 1 1 - 21	Vorpe	eriode saisor	nbereinigt		Vorjah	r	
	bzw. Index	ggü. Vorj. in %	3.Q.10	4.Q.10	1.Q.11	3.Q.10	4.Q.10	1.Q.11	
Bruttoinlandsprodukt									
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	109,0	+3,6	+0,8	+0,4	+1,5	+3,9	+3,8	+5,2	
jeweilige Preise	2 499	+4,2	+0,9	+0,4	+1,7	+4,3	+4,1	+5,6	
Einkommen									
Volkseinkommen	1 904	+6,2	+0,7	+0,6	+3,4	+5,2	+4,6	+5,9	
Arbeitnehmerentgelte	1 258	+2,6	+0,8	+0,7	+1,6	+3,0	+3,3	+4,3	
Unternehmens- und									
Vermögenseinkommen	646	+14,1	+0,6	+0,3	+6,8	+9,3	+7,6	+8,7	
Verfügbare Einkommen									
der privaten Haushalte	1 599	+2,9	+0,8	+0,9	+0,7	+3,2	+3,9	+3,1	
Bruttolöhne u gehälter	1.021	+2,9	+0,7	+0,9	+1,3	+3,2	+3,6	+4,4	
Sparen der privaten Haushalte	186	+5,3	-1,2	-0,5	+0,5	+4,3	+4,2	-2,1	
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge						in%gegenüber			
namagsamgang e			Vorpe	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	Mrd. € bzw. Index	ggü.Vorj. in%	Mrz 11	Apr 11	Zweimonats- durchschnitt	Mrz 11	Apr 11	Zweimonats durchschnitt	
in jeweiligen Preisen									
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-0,3	+0,8		+23,2	+21,4		+33,1	
Außenhandel (Mrd. €)									
Waren-Exporte	952	+18,5	+7,2	-5,5	+5,7	+15,7	+13,4	+14,6	
Waren-Importe	797	+20,0	+3,1	-2,5	+3,9	+17,0	+20,1	+18,4	
in konstanten Preisen von 2005									
Produktion im Produzierenden	103,8	+10,1	+1,2	-0,6	+1,7	+11,4	+9,6	+10,5	
Gewerbe (Index 2005 = 100) <sup>1</sup>									
Industrie <sup>2</sup>	104,5	+11,5	+1,1	-0,6	+1,7	+12,4	+10,7	+11,5	
Bauhauptgewerbe	108,5	+0,2	+5,5	-5,7	+4,2	+13,6	+4,7	+9,1	
Umsätze im Produzierenden Gewerbe <sup>1</sup>									
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>2</sup>	102,6	+10,5	+1,3	+0,5	+1,8	+10,9	+10,6	+10,7	
Inland	98,9	+6,2	+0,6	+2,1	+2,5	+7,5	+10,1	+8,8	
Ausland	107,1	+15,7	+1,9	-1,3	+1,0	+14,7	+11,1	+12,9	
Auftragseingang	2.,.		.,-	.,-	,.	.,.	.,.	,0	
(Index 2005 = 100) <sup>1</sup>									
Industrie <sup>2</sup>	105,8	+21,3	-2,7	+2,8	-0,4	+10,2	+10,5	+10,4	
Inland	102,7	+15,9	-2,6	+2,1	-0,5	+7,0	+6,7	+6,9	
Ausland	108,5	+26,0	-2,9	+3,4	-0,4	+13,0	+13,9	+13,4	
Bauhauptgewerbe	96,7	+1,1	+1,9		+13,7	+2,7		+1,1	
Umsätze im Handel (Index 2005=100)									
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	97,2	+1,3	-2,3	+0,3	-2,0	-3,2	+3,7	+0,2	
Handel mit Kfz	88,9	-4,9	-3,6	+0,5	-2,4	+7,8	+5,5	+6,7	

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen Mio.	agü Vari in%	Vorperiode saisonbereinigt Vorja				Vorjahr	
		ggü. Vorj. in %	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,24	-5,2	-51	-33	-8	-350	-321	-276
Erwerbstätige, Inland	40,49	+0,5	+38	+28		+554	+515	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,71	+1,2	+68			+692		
	2010		Veränderung in % gegenüber					
Preisindizes 2005 = 100		ggü. Vorj. in %	Vorperiode			Vorjahr		
2000 .00	Index		Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11
Importpreise	108,4	+7,8	+1,1	+0,3		+11,3	+9,4	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	109,7	+1,6	+0,4	+1,0		+6,2	+6,4	
Verbraucherpreise	108,2	+1,1	+0,5	+0,2	+0,0	+2,1	+2,4	+2,3
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
gewerbliche Wirtschaft	Okt 10	Nov10	Dez 10	Jan 11	Feb 11	Mrz 11	Apr 11	Mai 11
Klima	+16,4	+19,3	+20,9	+20,0	+22,8	+22,1	+20,5	+20,6
Geschäftslage	+18,8	+22,8	+24,7	+22,8	+28,1	+29,7	+29,6	+30,5
Geschäftserwartungen	+14,0	+15,8	+17,2	+17,3	+17,7	+14,7	+11,7	+11,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Mit einem spürbaren Anstieg der Auftragseingänge in der Industrie, der durch ein überdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen begünstigt wurde, konnte im April der Rückgang vom März kompensiert werden. Dabei nahmen die Bestellungen aus dem Ausland stärker zu als die aus dem Inland. Im Zweimonatsvergleich ergibt sich für den Auftragseingang ein leichtes Minus. Der Dreimonatsvergleich weist mit einem Anstieg um gut 1½% gegenüber der entsprechenden Vorperiode jedoch weiterhin auf eine positive Grundtendenz hin.

Trotz einer gewissen Abflachung der Aufwärtsbewegung der Industrieindikatoren ist der konjunkturelle Aufschwung in diesem Wirtschaftsbereich intakt und breit angelegt. Die Stimmungsindikatoren stützen die Einschätzung, dass in der Industrie im weiteren Jahresverlauf tendenziell mit einer ruhigeren Gangart zu rechnen ist. So war der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im Mai deutlich zurückgegangen. Zugleich trübten sich die Geschäftserwartungen der Unternehmen in diesem Wirtschaftsbereich laut ifo-Umfrage zum dritten Mal in Folge ein. Vor dem Hintergrund der insgesamt positiven Entwicklung des industriellen Bestellvolumens und der – trotz der jüngsten Rückgänge dennoch - optimistischen Stimmung in den Unternehmen ist derzeit jedoch von einer weiterhin günstigen Industriekonjunktur auszugehen.

Zum Beginn des 2. Quartals wurde die Bauproduktion spürbar zurückgefahren. Damit hat sich auch in diesem Bereich die Dynamik auf hohem Niveau verringert. Der jüngste Produktionsrückgang im Bauhauptgewerbe dürfte jedoch als Normalisierung im Expansionstempo zu interpretieren sein. Überwiegend positive

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Signale weisen auf einen weiteren Anstieg der Bauinvestitionen im Jahresverlauf hin: Die vom DIHK im April/Mai befragten Bauunternehmen erwarten deutlich bessere Geschäfte als noch bei der Befragung zu Jahresbeginn. In dieses Bild passen auch der kräftige Anstieg der Baugenehmigungen im Hochbau im 1. Quartal sowie der deutliche Aufwärtstrend die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe, der sich sowohl aus der Entwicklung im Tiefbau als auch im Hochbau ergibt. Allerdings zeigen die ifo-Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe – trotz eines geringfügigen Anstiegs im Mai – einen deutlichen Abwärtstrend.

Der private Konsum dürfte auch im 2. Quartal seine günstige Entwicklung fortsetzen. So sind die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kfz) im April gegenüber dem Vormonat leicht angestiegen. Im aussagekräftigeren Zweimonatsvergleich sind sie aufgrund des spürbaren Rückgangs im März jedoch abwärtsgerichtet. Dies deutet auf eine gewisse Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte hin. Die Verunsicherung der Verbraucher könnte mit dem Anstieg der Energiepreise und der Auswirkungen der Krise in Nordafrika, der Schuldenentwicklung im Euroraum sowie der Naturkatastrophe in Japan zusammenhängen. Auch der Rückgang des Indikators für das GfK-Konsumklima deutet in diese Richtung. Allerdings fällt die Abnahme des Teilindikators Anschaffungsneigung vergleichsweise moderat aus, obwohl die Einkommenserwartungen der Verbraucher deutlich abwärtsgerichtet sind. Zwar dürfte der aktuelle Preisanstieg die Anschaffungsneigung der Konsumenten gedämpft haben, gleichzeitig könnten steigende Preiserwartungen aber auch zu einem Vorziehen von Käufen anregen. Das hohe Niveau des Indikators GfK-Konsumklima zeigt insgesamt eine weiterhin optimistische Stimmung der Verbraucher. Auch die Einzelhändler beurteilen ihre Geschäftsperspektiven laut jüngster DIHK- und ifo-Umfrage nach wie vor sehr positiv. Zudem dürften die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sowie Einkommenssteigerungen

den privaten Konsum im weiteren Verlauf begünstigen.

So verringerte sich die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Mai 2011 gegenüber dem Vormonat leicht um 8 000 Personen, nach monatsdurchschnittlich 45 000 Personen im Zeitraum Februar bis April. Die Zahl registrierter Arbeitsloser (nach Ursprungszahlen) ging im Mai auf 2,96 Millionen Personen zurück und unterschritt damit den Vorjahresstand spürbar. Die entsprechende Arbeitslosenquote sank in Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) im gleichen Zeitraum um 0,7 Prozentpunkte auf 7,0 %.

Zudem nahm die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) im April um 28 000 Personen gegenüber dem Vormonat zu, nach 45 000 Personen im Durchschnitt des 1. Quartals. Die Erwerbstätigenzahl nach Ursprungswerten stieg auf 40,72 Millionen Personen und überschritt den Vorjahresstand somit um gut ½ Million Personen. Der Beschäftigungsaufbau und ein spürbarer Rückgang der Kurzarbeit gegenüber dem Vorjahr tragen zu einem deutlichen Anstieg der Steuereinnahmen bei. So sind im Berichtsmonat Mai 2011 die Einnahmen aus der Lohnsteuer brutto, d. h. vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergelds und der Riester-Zulagen, um 11,9% gegenüber dem Vorjahresmonat angestiegen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit geht vor allem mit der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen
Beschäftigung einher. So nahm die Anzahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter
Personen im März 2011 gegenüber dem
Vormonat– nach Hochrechnung der
BA – um saisonbereinigt 68 000 Personen spürbar zu. Das Vorjahresniveau wurde nach Ursprungswerten um 692 000 Personen überschritten. Davon waren knapp zwei Drittel in Vollzeit und ein Drittel in Teilzeit beschäftigt. Ein hohes Beschäftigungsplus konnte vor allem in Arbeitnehmerüberlassungen und im Bereich Gesundheits- und Sozialwesen

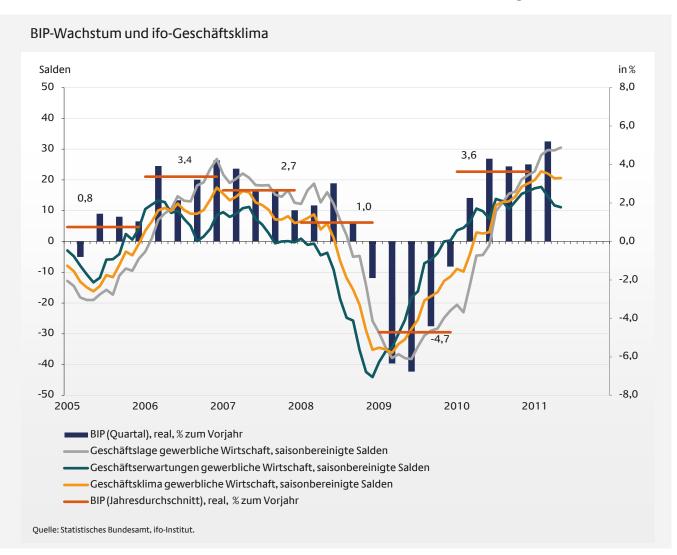
KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

verzeichnet werden. Beschäftigungsverluste gab es hingegen vor allem bei sonstigen Dienstleistungen.

Der Arbeitsmarkt profitierte von dem spürbaren Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Aktivität im 1. Quartal und den insgesamt günstigen wirtschaftlichen Aussichten für den weiteren Jahresverlauf. Allerdings hat sich das Tempo des Rückgangs der Arbeitslosigkeit zuletzt deutlich verringert. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Frühjahrsbelebung bereits früher als üblich stattgefunden hat. Darüber hinaus gibt es mit Blick auf den weiteren Jahresverlauf auch erste Anzeichen für eine weniger dynamische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: So dürfte die erwartete

Verlangsamung des Wachstumstempos der gesamtwirtschaftlichen Aktivität die Arbeitskräftenachfrage dämpfen. Dies zeigt sich bereits am BA-Stellenindex, der seit Februar – allerdings auf hohem Niveau – nahezu stagniert. Für eine nicht mehr so starke Zunahme der Arbeitskräftenachfrage spricht auch, dass die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe das Tempo des Beschäftigungsaufbaus vermindern wollen (ifo - und Einkaufsmanager-Umfrage).

Die Teuerung auf der Verbraucherstufe hielt in Deutschland auch im Mai an. Der Verbraucherpreisindex lag 2,3 % über dem Niveau des entsprechenden Vorjahresmonats. Wie bereits in den vergangenen Monaten war der Preisniveauanstieg vor allem auf



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

die Zunahme der Rohölpreise auf dem Weltmarkt zurückzuführen. So lag Rohöl der Sorte Brent im Mai rund 54% über dem Vorjahresniveau. Durch Steigerungen des Verbraucherpreisniveaus bei Kraftstoffen, aber auch bei Heizöl und Strom war Energie um 9,5% teurer als vor einem Jahr. Ohne Berücksichtigung von Energie hätte die Inflationsrate nur bei 1,4% gelegen. Aber auch die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich binnen Jahresfrist deutlich (+3,3%). Dabei waren vor allem Speisefette und –öle, Molkereiprodukte und Kaffee teuerer als vor einem Jahr.

Die Preisniveauentwicklung auf den vorgelagerten Preisstufen ist nach wie vor ebenfalls besonders von hohen Preisniveausteigerungen bei Energieträgern geprägt, insbesondere bei Mineralölerzeugnissen und Erdgas. So wurde die jährliche Teuerungsrate der Erzeugerpreise im April (+6,4%) gut zur Hälfte von Preisniveausteigerungen für Energie bestimmt. Dabei kostete die Herstellung von Mineralölerzeugnissen 17,6 % und von Erdgas 15,0 % mehr als vor einem Jahr. Die Stromerzeugung verteuerte sich im gleichen Zeitraum um 8,5 %. Ohne Berücksichtigung von Energie lagen die Erzeugerpreise um 4,2% über ihrem Vorjahresniveau. Dabei erreichten die Erzeugerpreise für Vorleistungsgüter einen neuen Höchststand, und die Preise

für Verbrauchsgüter überstiegen das Vorjahresniveau um 4,0 %.

Der Importpreisindex lag im April um 9,4% über dem Vorjahresniveau, nachdem er von November 2010 bis März 2011 jeweils mit zweistelligen Raten angestiegen war. Die Zunahme der Importpreise ist vor allem auf den starken Preisniveauanstieg von importiertem Rohöl zurückzuführen. Ohne Berücksichtigung von Erdöl und Mineralölerzeugnissen lagen die Importpreise im April um 6,2% über dem Vorjahresniveau. Dabei verteuerten sich Importe von Metallen und ihrer Rohstoffe ebenfalls spürbar (Eisenerz + 69,1%). Bei den chemischen Erzeugnissen musste für den Import von Düngemitteln wesentlich mehr gezahlt werden als vor einem Jahr (+36,0%). Im Nahrungsmittelsektor schlugen insbesondere Preisniveauerhöhungen bei Getreide (+ 64,3%) und Rohkaffee (+74,2%) zu Buche.

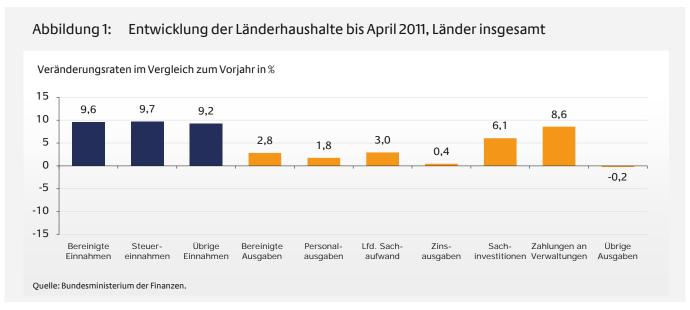
Die Teuerung auf den vorgelagerten Preisstufen dürfte nach und nach deutlicher auf die Verbraucherpreise anderer Produkte als vor allem Kraftstoffe überwälzt werden. Davon gehen auch immer mehr Konsumenten aus: Laut GfK-Umfrage haben die Preiserwartungen der Verbraucher in den letzten Monaten deutlich zugenommen.

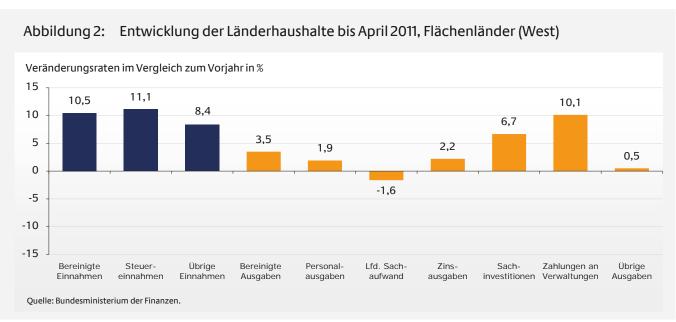
Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2011

# Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2011

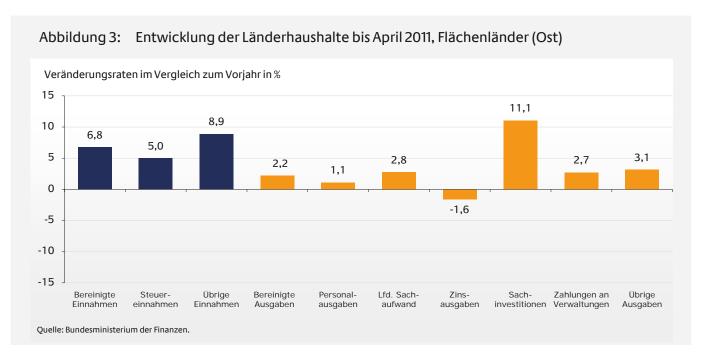
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich April 2011 vor.

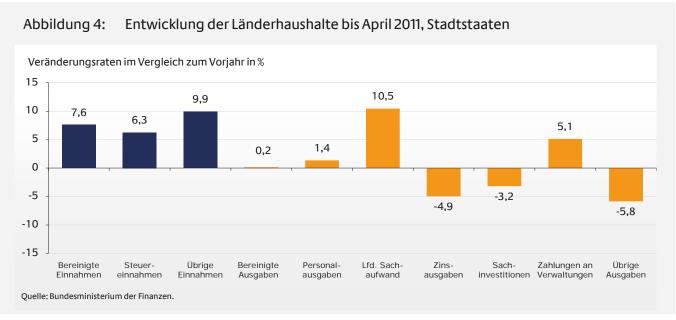
Die Haushaltsentwicklung der Länder insgesamt fällt im Vergleich zum Vorjahr deutlich positiver aus. Ein Grund dafür sind die gestiegenen Steuereinnahmen, die 9,7% höher ausfielen als der entsprechende Vorjahreswert. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt Ende April rund – 9 Mrd. € und fällt damit rund 5 Mrd. € günstiger aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zurzeit planen die Länder ein Gesamtdefizit für das Jahr 2011 von rund - 26,7 Mrd. €.





Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2011





TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

# Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

20. Juni 2011	Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
24. Juni 2011	Europäischer Rat in Luxemburg
11./12. Juli 2011	Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2012

16. März 2011	Kabinettbeschluss über Eckwerte
10. bis 12. Mai 2011	Steuerschätzung in Fulda
Ende März bis Anfang Juli 2011	Komprimiertes Aufstellungsverfahren auf der Basis
	des Eckwertebeschlusses
6. Juli 2011	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012
6. Juli 2011	und Finanzplan bis 2015
12. August 2011	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
6. bis 9. September 2011	1. Lesung Bundestag
23. September 2011	1. Durchgang Bundesrat
21. September bis 9. November 2011	Beratungen im Haushaltsausschuss
November 2011	Stabilitätsrat
2. bis 4. November 2011	Steuerschätzung in Halle/Sachsen Anhalt
10. November 2011	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
22. bis 25. November 2011	2./3. Lesung Bundestag
16. Dezember 2011	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Juli 2011	Juni 2011	22. Juli 2011
August 2011	Juli 2011	22. August 2011
September 2011	August 2011	22. September 2011
Oktober 2011	September 2011	21. Oktober 2011
November 2011	Oktober 2011	21. November 2011
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011

## Publikationen des BMF

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup> Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

 $^1$  Jeweils 0,14  $\in$  / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet:

http://www.bundes finanz ministerium.de

http://www.bmf.bund.de

# □ Analysen und Berichte

# **Analysen und Berichte**

Achter Existenzminimumbericht	34
Vorhaben KONSENS	45
Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich	52
Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen	62

#### Analysen und Berichte

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

# Achter Existenzminimumbericht<sup>1</sup>

Bericht über die Höhe des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern für das Jahr 2012

1	Anlass des Berichts	34
2	Rechtliche Ausgangslage	34
	Ermittlung des Sozialhilfebedarfs	
4	Umfang und Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen	37
5	Umfang und Höhe des Existenzminimums von Kindern	40
	Zusammenfassung der für das Jahr 2012 steuerfrei zu stellenden Existenzminima	

- Der Existenzminimumbericht prognostiziert die Entwicklung der von der Einkommensteuer freizustellenden Beträge.
- Zum 1. Januar 2011 sind im Bereich des Sozialrechts Änderungen in Kraft getreten, die sich auf das steuerfrei zu stellende Existenzminimum auswirken.
- Im Ergebnis sind die bestehenden Regelungen zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums auch 2012 ausreichend.

## 1 Anlass des Berichts

Nach dem Beschluss des Deutschen Bundestags vom 2. Juni 1995 hat die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die Höhe des von der Einkommensteuer freizustellenden Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern vorzulegen (vergleiche Bundestagsdrucksache 13/1558 vom 31. Mai 1995 und Plenarprotokoll 13/42 vom 2. Juni 1995). Dem vorausgegangen war der Beschluss des Deutschen Bundestags vom 20. Januar 1994, wonach die Bundesregierung erstmalig über die entsprechenden Existenzminima zu berichten hatte (vergleiche Bundestagsdrucksache 12/6329 vom 2. Dezember 1993 und Plenarprotokoll 12/205 vom 20. Januar 1994). Der Existenzminimumbericht ist prognostisch angelegt (Ex-ante-Berechnung). Gegenstand des Achten Existenzminimumberichts ist wie bei den bisherigen Berichterstattungen (vergleiche Tabelle 1) – die Darstellung der

maßgebenden Beträge² für die Bemessung der steuerfrei zu stellenden Existenzminima.

# 2 Rechtliche Ausgangslage

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vergleiche BVerfGE 87, 153 169]) muss dem Steuerpflichtigen nach Erfüllung seiner Einkommensteuerschuld von seinem Erworbenen zumindest soviel verbleiben, wie er zur Bestreitung seines notwendigen Lebensunterhalts und – unter Berücksichtigung von Artikel 6 Abs. 1 Grundgesetz (GG) – desjenigen seiner Familie bedarf (Existenzminimum).

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Der Artikel ist inhaltsgleich mit der Bundestagsdrucksache 17/5550.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Bei den Berechnungen wird, soweit gesetzlich nicht anders geregelt, von aufgerundeten monatlichen Euro-Beträgen ausgegangen.

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

Tabelle 1: Bisherige Existenzminimumberichte

Datum	Berichtsjahr	Bundestagsdrucksache
2. Februar 1995	1996	13/381
17. Dezember 1997	1999	13/9561
4. Januar 2000	2001	14/1926, 14/2770
4. Dezember 2001	2003	14/7765 (neu)
5. Februar 2004	2005	15/2462
2. November 2006	2008	16/3265
21. November 2008	2010	16/11065

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

Die Höhe des steuerlich zu verschonenden Existenzminimums hängt von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen und dem in der Rechtsgemeinschaft anerkannten Mindestbedarf ab; diesen einzuschätzen ist Aufgabe des Gesetzgebers. Soweit der Gesetzgeber jedoch im Sozialhilferecht den Mindestbedarf bestimmt hat, den der Staat bei einem mittellosen Bürger im Rahmen sozialstaatlicher Fürsorge durch staatliche Leistungen zu decken hat, darf das von der Einkommensteuer zu verschonende Existenzminimum diesen Betrag nicht unterschreiten.

Demnach ist der im Sozialhilferecht anerkannte Mindestbedarf die Maßgröße für das einkommensteuerliche Existenzminimum (vergleiche BVerfGE 87, 153 [169 bis 171]). Hierzu gehört nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts neben dem sozialhilferechtlichen Sachbedarf auch der Versorgungsbedarf für den Krankheits- und Pflegefall, insbesondere entsprechende Versicherungsbeiträge (vergleiche BVerfGE 120, 125 [156 f.].

#### Diese Vorgaben des

Bundesverfassungsgerichts gelten sinngemäß auch für die Ermittlung des sächlichen Existenzminimums (Sachbedarf) eines Kinds und die Berücksichtigung kindbezogener Vorsorgeaufwendungen zu einer Krankenund Pflegeversicherung (vergleiche BVerfGE 82, 60 [93, 94] und 120, 125 [159 f., 165 f.]. Die steuerliche Leistungsfähigkeit von Eltern wird, über den existenziellen Sachbedarf

und Versorgungsbedarf für den Krankheitsund Pflegefall sowie den erwerbsbedingten Betreuungsbedarf hinaus, generell durch den Betreuungs- und Erziehungsbedarf eines Kinds gemindert. Daher ist dieser Bedarf im Steuerrecht zusätzlich als Bestandteil des Kinderexistenzminimums von der Einkommensteuer zu verschonen (vergleiche BVerfGE 99, 216 [233 f., 240 ff.]).

Zum 1. Januar 2011 sind im Bereich des Sozialrechts Änderungen in Kraft getreten, die sich auf die Erstellung des Existenzminimumberichts und dessen Berechnungsmethode auswirken. Anlass für die Neuregelungen im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe – (SGB XII) und Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – Grundsicherung für Arbeitsuchende – (SGB II) war eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Regelleistungen im SGB II (vergleiche BVerfGE 125, 175).

Entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts wurde nach dem Vorliegen der Ergebnisse der Einkommensund Verbrauchsstichprobe (EVS) 2008 eine Ermittlung der Regelbedarfe für Erwachsene und Kinder durchgeführt (vergleiche Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. März 2011, BGBl. I, 453 sowie Bundestagsdrucksachen 17/3404 und 17/4830). Die Ausgestaltung des kindbezogenen Sachbedarfs hatte dabei durch eine eigenständige Herleitung des

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

Regelbedarfs zu erfolgen und insbesondere notwendige Bildungs- und Teilhabebedarfe stärker als bisher zu berücksichtigen (vergleiche BVerfGE 125, 175 [245 ff.]).

Die vorgenommene Neugestaltung im Sozialrecht – insbesondere die Ermittlung der sozialhilferechtlichen Regelbedarfe auf Basis der EVS 2008 – bedingen ab 2011 eine Anpassung der bisherigen Berechnungsmethode zur Ermittlung des steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern. Zum einen werden neben dem neuen Fortschreibungsmechanismus für die Regelbedarfe die Kosten für die Warmwasserbereitung nicht mehr dem Regelsatz zugeordnet, sondern als Bedarf bei den Heizkosten berücksichtigt (vergleiche Punkte 4.1.1 und 4.1.3). Zum anderen ist bei Kindern für einen Übergangszeitraum noch das alte Regelsatzniveau zugrundezulegen, das leicht über den statistisch ermittelten Regelbedarfen liegt, sowie ein notwendiger Umfang von Bildungs- und Teilhabeleistungen einzubeziehen (vergleiche Punkte 5.1.1 und 5.1.2). Diese Modifikationen erfolgen unter Wahrung der bisherigen Methodik der Existenzminimumberichte.

Die Sozialhilfe bildet mit ihren Leistungen auch weiterhin das unterste soziale Netz. Nach der im SGB XII geregelten Hilfe zum Lebensunterhalt bestimmt sich die Leistungshöhe in der ebenfalls im SGB XII enthaltenen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, ferner fungiert sie auch als Referenzsystem für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im SGB II. Im Sozialhilferecht richten sich die Leistungen nach den Besonderheiten des Einzelfalls. insbesondere nach der Art des Bedarfs, den örtlichen Verhältnissen, den eigenen Kräften und Mitteln der Person oder des Haushalts bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (vergleiche § 9 Abs. 1 SGB XII).

Die Leistungshöhe der Hilfe zum Lebensunterhalt wird vor allem durch die Regelbedarfe bestimmt, deren Grundlage seit 2007 eine gesamtdeutsche Verbrauchsstruktur - anhand der Ergebnisse der EVS ermittelt - ist. Damit ist für den Bereich des SGB XII grundsätzlich ein bundesweit einheitliches Leistungsniveau geregelt. Die Länder können aber weiterhin davon abweichende Regelsätze festsetzen, beispielsweise aufgrund der Berücksichtigung regionaler Unterschiede.

Hilfe zum Lebensunterhalt umfasst die auch neugeregelten Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder sowie – unter dem Vorbehalt der Angemessenheit – die jeweiligen tatsächlichen Wohnkosten (Kosten für Unterkunft und Heizkosten). Die separat geregelten und selbst bedarfsauslösenden Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder decken einerseits solche Bedarfspositionen ab, die für den überwiegenden Teil der Kinder einer bestimmten Altersgruppe von Belang sind (z. B. Schulbedarf). Andererseits decken sie aber auch Bedarfspositionen ab, die nur von einer Minderheit der Leistungsbezieher benötigt werden und daher systematisch als Sonder- oder Mehrbedarf einzuordnen sind. Zu diesen individuellen Sonder- oder Mehrbedarfen zählen insbesondere von den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes die Leistungen für Nachhilfeunterricht, mehrtägige Klassenfahrten, Zuschüsse zum Schulmittagessen und zu den Schülerbeförderungskosten, darüber hinaus Leistungen für Erstausstattung der Wohnung, Erstausstattung mit Bekleidung, Erstausstattung bei Schwangerschaft und Geburt, Anschaffung und Reparaturen orthopädischer Schuhe, Reparaturen therapeutischer Geräte und Ausrüstungen, Miete therapeutischer Geräte sowie Mehrbedarfszuschläge für bestimmte Gruppen von Leistungsberechtigten.

Im Einkommensteuerrecht wird hingegen der existenzsichernde – anders als der erwerbssichernde – sächliche Aufwand in typisierender Form berücksichtigt. Daher können die zuvor genannten individuellen Sonder- oder Mehrbedarfe nicht mitberücksichtigt werden. Diese

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

wegen der Abwicklung im Massenverfahren notwendige Generalisierung ist von Verfassungs wegen nicht zu beanstanden. Im Rahmen einer solchen Typisierung sind die zu berücksichtigenden Komponenten aber so zu bemessen, dass die steuerlichen Regelungen in möglichst allen Fällen den existenznotwendigen Bedarf abdecken, kein Steuerpflichtiger also infolge der Besteuerung seines Einkommens darauf verwiesen wird, seinen existenznotwendigen Bedarf durch Inanspruchnahme von Staatsleistungen zu sichern (vergleiche BVerfGE 120, 125 [155] und 99, 246 [261]).

Auf dem Wohnungsmarkt besteht ein beachtliches Preisgefälle für existenznotwendige Aufwendungen.
Es ist dem Gesetzgeber nach der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung in diesem Sonderfall nicht verwehrt, sich bei der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Betrags hinsichtlich der Wohnkosten an einem unteren Wert zu orientieren, wenn er zugleich zur ergänzenden Deckung des Bedarfs nach dem Einzelfall bemessene Sozialleistungen, wie etwa Wohngeld, zur Verfügung stellt (vergleiche BVerfGE 87, 153 [172]).

Die steuerliche Freistellung des
Kinderexistenzminimums kann durch
Gewährung von Freibeträgen und/oder
Zahlung von Kindergeld erfolgen. Aus
Gründen der horizontalen Steuergerechtigkeit
im Sinne von Artikel 3 Abs. 1 GG ist dabei
entscheidend, dass die Steuerpflichtigen im
Ergebnis mindestens so gestellt sind, wie sie es
wären, wenn die kindbedingte Verminderung
der steuerlichen Leistungsfähigkeit
allein durch einen von der steuerlichen
Bemessungsgrundlage abzuziehenden
Freibetrag Berücksichtigung fände (vergleiche
BVerfGE 99, 246 [263 ff.]).

# 3 Ermittlung des Sozialhilfebedarfs

Eine Grundlage der Bemessung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums ist nach den obengenannten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts der sozialhilferechtliche Mindestbedarf.

Der notwendige Lebensunterhalt im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII setzt sich (ohne Zusatzleistungen) aus den folgenden Komponenten zusammen:

- Neugefasste Regelbedarfe (vergleiche Punkt 2.), die insbesondere Leistungen für Ernährung, Kleidung, Körperpflege, Hausrat, Haushaltsenergie ohne die auf die Heizung und Erzeugung von Warmwasser entfallenden Anteile sowie für persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens umfassen,
- Für Kinder neugeregelte Bildungs- und Teilhabeleistungen, sofern sie typische Bedarfspositionen abdecken, die für den überwiegenden Teil der Kinder von Bedeutung sind (vergleiche Punkt 2.),
- Kosten der Unterkunft (Bruttokaltmiete und vergleichbare Aufwendungen für Haus- oder Wohnungseigentum) sowie
- Heizkosten (einschließlich der Kosten für Warmwasserbereitung).

Neben diesen Komponenten sind Aufwendungen für den Erwerb eines Versicherungsschutzes für den Krankheitsund Pflegefall auf sozialhilferechtlich gewährtem Leistungsniveau eine weitere Komponente des sozialhilferechtlichen Mindestbedarfs.

### 4 Umfang und Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen

4.1 Die seit der ersten Berichterstattung weitgehend unveränderte Berechnungsmethode zur Ermittlung des steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminimums wird auch für die Zwecke dieses Berichts angewandt.

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

4.1.1 Die sozialhilferechtlichen Regelsätze basieren auf bundesdurchschnittlichen Regelbedarfsstufen (vergleiche § 27a Abs. 3 SGB XII), die sich nach § 28 SGB XII aus der bundesweiten Auswertung der EVS ergeben. Die Regelbedarfsstufe 1 gilt für Alleinstehende. Davon abgeleitet wird die Regelbedarfsstufe 2, die wie bisher für Paare jeweils einen Anteilssatz von 90 % vorsieht (vergleiche Anlage zu § 28 SGB XII). Ausgegangen wurde daher von einem Regelsatz im Jahr 2011 von 364 € pro Monat für Alleinstehende und von 656 € pro Monat für Ehepaare.

Sofern keine neue EVS ausgewertet vorliegt, werden jeweils zum 1. Januar eines Jahres die Regelsätze mit dem nach § 28a SGB XII anzuwendenden Mischindex fortgeschrieben. Dieser Index berücksichtigt sowohl die bundesdurchschnittliche Entwicklung der regelbedarfsrelevanten Preise als auch die der Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigtem. Die endgültige Höhe der Fortschreibung steht erst Ende Oktober des jeweiligen Vorjahres fest.

Für die Fortschreibung zum 1. Januar 2012 wurde in § 138 SGB XII hierzu ausnahmsweise ein zweistufiges Verfahren festgelegt. In einem ersten Schritt werden die ab dem 1. Januar 2011 geltenden Regelbedarfe entsprechend der Veränderungsrate des Mischindexes für den Zeitraum Juli 2009 bis Juni 2010 gegenüber dem Jahr 2009 um 0,75 % erhöht. Diese Ergebnisse werden kaufmännisch auf volle Euro gerundet, so dass sich danach beispielsweise für Alleinstehende ein Wert von 367 € pro Monat ergibt. In einem zweiten Schritt wird mit der Veränderungsrate des Mischindexes für den Zeitraum Juli 2010 bis Juni 2011 gegenüber dem Zeitraum Juli 2009 bis Juni 2010 fortgeschrieben und wiederum gerundet. Da die tatsächliche Entwicklung bis zum Juni 2011 erst im 2. Halbjahr 2011 feststehen wird, wird auf Basis der tatsächlichen Entwicklung im 2. Halbjahr 2010 und der im Jahreswirtschaftsbericht für das Jahr 2011 getroffenen Annahmen gegenwärtig mit einer Fortschreibungsrate von 1,88% gerechnet.

Für die Zwecke dieses Berichts wird demzufolge für 2012 ein Regelbedarfsniveau bei Alleinstehenden von 4488 € (374 € pro Monat) und bei Ehepaaren von 8064 € (672 € pro Monat) in Ansatz gebracht.

4.1.2 Die Maßstäbe für die berücksichtigungsfähigen Kosten der Unterkunft sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum vom Gesetzgeber zu bestimmen. Dies ist im Sozialhilferecht geschehen: Nach § 35 Abs. 1 SGB XII werden Leistungen für die Unterkunft in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht. Soweit die Aufwendungen für die Unterkunft den der Besonderheit des Einzelfalls angemessenen Umfang übersteigen, sind sie als Bedarf solange anzuerkennen, als es nicht möglich oder nicht zuzumuten ist, durch einen Wohnungswechsel, durch Vermieten oder auf andere Weise die Aufwendungen zu senken, in der Regel jedoch längstens für sechs Monate. Das Sozialhilferecht reagiert insofern auf vorübergehende Sondersituationen, die kein Maßstab für die steuerliche Berücksichtigung angemessener Wohnkosten bei der Bemessung des Existenzminimums sein können. Die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft beurteilt sich einerseits nach den individuellen Verhältnissen des Einzelfalls, insbesondere nach der Anzahl der Familienangehörigen, ihrem Alter, Geschlecht und Gesundheitszustand, sowie andererseits nach der Zahl der vorhandenen Räume, dem örtlichen Mietenniveau und den Möglichkeiten auf dem örtlichen Wohnungsmarkt.

Auf dieser Grundlage wird für die steuerliche Bemessung des Existenzminimums – unter Berücksichtigung der im Steuerrecht notwendigen Typisierung – für Alleinstehende eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 30 m² und für Ehepaare ohne Kinder eine Wohnung mit einer Wohnfläche von 60 m² als angemessen angesehen. Neben dem gesamtdeutschen Mietenniveau der Wohngeldempfänger wird der über alle Ausstattungen für die Mietenstufen I bis IV

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

nach Fallzahlen gewichtete Durchschnittswert zugrunde gelegt. Die Orientierung an einem unteren Wert hinsichtlich der steuerlich zu berücksichtigenden Wohnkosten ist verfassungsrechtlich zulässig (vergleiche Punkt 2).

Die hierfür maßgeblichen Quadratmetermieten – Mietzuschuss an Hauptmieter – werden aus der Wohngeldstatistik 2009 abgeleitet.³ Danach betrug die durchschnittliche monatliche Bruttokaltmiete 7,22 € pro Quadratmeter Wohnfläche für Wohnungen bis 40 m² und 5,76 € für Wohnungen von 60 m² bis 80 m². Diese Quadratmetermieten werden mit einer jährlichen Mietsteigerung von jeweils 1,5 % fortgeschrieben und betragen danach 2012 monatlich 7,55 € beziehungsweise 6,02 €.

Für 2012 ergeben sich folglich Bruttokaltmieten von 2724 € (227 € pro Monat) für Alleinstehende und von 4344 € (362 € pro Monat) für Ehepaare.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass
Bezieher niedriger Erwerbseinkommen
zur Verringerung ihrer Wohnkosten
nach Maßgabe des Wohngeldgesetzes
(WoGG) Anspruch auf Wohngeld haben,
soweit sie nicht Anspruch auf ergänzende
Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII
haben. Wohnkosten, die die im steuerlichen
Existenzminimum berücksichtigten Beträge
übersteigen, werden durch Wohngeld
abgedeckt, soweit Höchstbeträge, die
in Abhängigkeit von Haushaltsgröße
und Mietenstufe festgelegt sind, nicht
überschritten werden (vergleiche § 12 WoGG).

4.1.3 Die Heizkosten berechnen sich auf der Basis der in der EVS 2008 ausgewiesenen Aufwendungen für Heizung und Warmwasser im gesamten Bundesgebiet. Danach betrugen die monatlichen durchschnittlichen

<sup>3</sup> Sozialleistungen, Fachserie 13, Reihe 4, Wohngeld 2009, Hrsg. Statistisches Bundesamt (noch nicht veröffentlicht).

Ausgaben für Heizung und Warmwasser von Alleinstehenden 50 € und von kinderlosen Paaren 63 €. Die bisher erforderliche pauschale Aufteilung in Heizungs- und Warmwasserkosten entfällt (vergleiche Punkt 2).

Diese Werte werden für den Zeitraum von 2009 bis 2012 mit einer jahresdurchschnittlichen Erhöhung von rund 3,3 % fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der gestiegenen Heizkosten im Winter 2008/2009 die bei der Berechnung des Wohngeldanspruchs zu berücksichtigende Miete bis einschließlich 2010 auch einen Beitrag für Heizkosten einschloss (vergleiche Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung des Wohngeldrechts und zur Änderung des Sozialgesetzbuches vom 24. September 2008, BGBl. I S. 1856 sowie Haushaltsbegleitgesetz 2011 vom 9. Dezember 2010, BGBl. I S. 1885).

Demzufolge ergeben sich für 2012 Heizkosten von 684 € (57 € pro Monat) für Alleinstehende und von 864 € (72 € pro Monat) für Ehepaare.

4.2 Im Rahmen des steuerlichen Existenzminimums sind neben dem sozialhilferechtlichen Sachbedarf auch Aufwendungen des Steuerpflichtigen zum Erwerb eines Kranken- und Pflegeversicherungsschutzes auf einem sozialhilferechtlichen Absicherungsniveau für sich und seine unterhaltsberechtigten Familienangehörigen zu berücksichtigen (vergleiche BVerfGE 120, 125 [156 f.]). Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts waren die genannten Vorsorgeaufwendungen spätestens ab dem Veranlagungszeitraum 2010 steuerlich zu verschonen. Hierbei war auf die tatsächlichen Aufwendungen – sowohl von gesetzlich als auch privat Versicherten zum Erwerb eines entsprechenden Versicherungsschutzes auf einem sozialhilfegleichen Absicherungsniveau abzustellen.

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

Entsprechend der zeitlichen Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts hat der Gesetzgeber zum 1. Januar 2010 die steuerliche Berücksichtigung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen geändert. Hierzu wurden die bestehenden Regelungen des Sonderausgabenabzugs in § 10 Einkommensteuergesetz (EStG) entsprechend den verfassungsrechtlichen Anforderungen angepasst (vergleiche Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16. Juli 2009, BGBl. I S. 1959). Danach sind die Beiträge des Steuerpflichtigen zu Kranken- und Pflegeversicherungen, die der Erlangung eines sozialhilfegleichen Versorgungsniveaus dienen, in voller Höhe als Sonderausgaben zu berücksichtigen.

### 5 Umfang und Höhe des Existenzminimums von Kindern

**5.1** Dem sächlichen Existenzminimum von Kindern liegen grundsätzlich die gleichen Komponenten zugrunde wie dem von Erwachsenen. Hinzukommen neugeregelte Bildungs- und Teilhabeleistungen, sofern sie typische Bedarfspositionen abdecken.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts muss dem Gesetzgeber zugestanden werden, die steuerliche Entlastung für einen Einkommensbetrag in Höhe des sächlichen Existenzminimums der Kinder für alle Altersstufen und im ganzen Bundesgebiet einheitlich festzulegen (vergleiche BVerfGE 91, 93 [111 f.]). Für jedes Kind einer Familie wird daher das Existenzminimum gleich hoch angesetzt.

**5.1.1** Die sozialhilferechtlichen Regelbedarfe für Kinder sind altersabhängig und können eventuell regional verschieden sein. Daher werden die altersabhängigen Unterschiede für die Ermittlung des steuerfrei zu stellenden Betrags durch die Berechnung eines nach

Lebensjahren gewichteten durchschnittlichen Regelbedarfs berücksichtigt. Mögliche regionale Unterschiede sind – wie bei Erwachsenen – derzeit nicht relevant (vergleiche Punkt 4.1.1).

Entsprechend Tabelle 2 wird der durchschnittliche Regelbedarf für ein Kind auf Basis der 2011 geltenden Regelbedarfe für Kinder ermittelt. Dieser Betragswert wurde als gewichteter Durchschnitt der in § 8 Abs. 1 Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz nach Alter gestaffelten Regelbedarfsstufen für Kinder errechnet, d. h. es wurde ein Durchschnittswert von 18 Kindern gebildet, die je einem Altersjahrgang bis unter 18 Jahren angehören. Für die Fortschreibung sind die gleichen Parameter zugrundezulegen wie bei Erwachsenen (vergleiche Punkt 4.1.1). Dabei wurde die Übergangsregelung des § 8 Abs. 2 Regelbedarfs-Ermittlungsgesetz berücksichtigt, die für Kinder einen Bestandsschutz in Höhe des bis zum 31. Dezember 2010 geltenden Leistungsniveaus garantiert. Daher erhöht sich annahmegemäß nur bei Kindern im Alter bis unter 6 Jahren der Regelbedarf von 215 € pro Monat im Jahr 2011 auf 219 € pro Monat für 2012.

Der so gebildete Durchschnittswert für Kinder entspricht trotz einer geringeren Zahl von Altersstufen methodisch auch der Berechnung der Bund-/Länder-Kommission, die das Bundesverfassungsgericht im Beschluss vom 29. Mai 1990 (vergleiche BVerfGE 82, 60 [94 ff.]) herangezogen hat. Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geht ebenfalls von dieser Rechenmethode aus (vergleiche Schriftenreihe Bd. 15, 1992, S. 10, Rz. 4.). Dieser Ansatz geht im Übrigen auch mit § 32 EStG konform - wonach im Regelfall lediglich Kinder bis unter 18 Jahren berücksichtigt werden - und gewährleistet dadurch eine typisierende Betrachtung.

Folglich wird für 2012 bei Kindern ein durchschnittlicher Regelbedarf von 2 988 € (249 € pro Monat) in Ansatz gebracht.

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

Tabelle 2: Ermittlung des gewichteten durchschnittlichen Regelbedarfes eines Kindes für 2012 (in €)

Lebensalter des Kindes	Anzahl der Lebensjahre	Betrag pro Monat	Anzahl x Betrag
Bis unter 6	6	219	1314
Von 6 bis unter 14	8	251	2008
Von 14 bis unter 18	4	287	1148
Summe für Kinder bis unter 18 Jahren			4 470
Durchschnittswert je Kind (Summe / 18)			249

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

5.1.2 Von den Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 34 SGB XII können nur solche eine steuerliche Relevanz entfalten, die typische Bedarfspositionen abdecken (vergleiche Punkt 2). Daher werden für Kinder folgende Leistungen, deren Höhe sich aus den entsprechenden sozialrechtlichen Regelungen ergibt, einbezogen: Jährlich 100 € für den Schulbedarf, monatlich 3 € für Ausflüge von Kindern in Schulen und Kindertageseinrichtungen sowie monatlich 10 € für gesellschaftliche Teilhabe, d. h. für die Teilnahme an Freizeitgestaltungen wie insbesondere die Mitgliedschaft in Vereinen.

In Anlehnung an die alterspezifische Berechnung eines Durchschnittswerts für Kinder beim Regelbedarf wird auch die Berechnung der zu berücksichtigenden Beträge für Bildungs- und Teilhabeleistungen durchgeführt. Dabei wird für die Zwecke dieses Berichts eine bezogen auf die jeweilige Leistungsart notwendigerweise pauschalierende Altersabgrenzung in Ansatz gebracht. Wie in Tabelle 3 ersichtlich, wird der durchschnittliche Betrag für ein Kind auf Basis der voraussichtlich im Jahr 2012 geltenden und für die Berechnungsmethode relevanten Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder ermittelt. Dieser Betrag wurde als nach Lebensjahren gewichteter Durchschnitt berechnet.

Für 2012 ergibt sich daraus für den Bildungsund Teilhabebedarf ein durchschnittlich zu berücksichtigender Betrag von 228 € (19 € pro Monat).

Tabelle 3: Ermittlung des gewichteten durchschnittlichen Betrages für Bildung und Teilhabe eines Kindes für 2012 (in €)

Lebensalter des Kindes	Anzahl der Lebensjahre	Betrag pro Monat	Anzahl x Betrag	
Schulausstattung:				
Von 6 bis unter 18	12	8	100	
Schul- und Kita-Ausflüge:				
Von 3 bis unter 18	15	3	45	
Teilhabe:				
Bis unter 18	18	10	180	
Summe für Kinder bis unter 18 Jahren			325	
Durchschnittswert je Kind (Summe / 18)			19	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

**5.1.3** Bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft wird für ein Kind im Rahmen der steuerrechtlichen Typisierung eine Wohnfläche von 12 m² als angemessen angesehen. Der statistisch ermittelte individuelle Wohnflächenbedarf von Kindern in Wohnungen von allen Familienhaushalten (Mietern und Eigentümern) beträgt nach einer Sondererhebung des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 1988 pro Kind bei einer Ein-Kind-Familie 15 m² sowie bei einer Zwei- und Drei-Kind-Familie jeweils 11 m<sup>2</sup>. Auch die Untersuchungsergebnisse einer Studie der Universität Kiel vom Juni 2001 zur Erarbeitung von Aufteilungsschlüsseln der Wohnungsmiete auf Kinder bestätigen die Angemessenheit des gewählten Ansatzes.

Die bei kinderlosen Ehepaaren berücksichtigte monatliche Bruttokaltmiete von 6,02 € pro Quadratmeter Wohnfläche wird auch für Kinder zugrundegelegt (vergleiche Punkt 4.1.2). Auf diese Weise wird sichergestellt, dass Alleinerziehende mit einem Kind beim Mietenniveau Zweipersonenhaushalten gleichgestellt werden.

Dadurch ergibt sich für 2012 bei Kindern ein Betrag für die Bruttokaltmiete von 876 € (73 € pro Monat).

**5.1.4** Die Heizkosten für Kinder werden als Relation zu deren Bruttokaltmiete entsprechend dem Verhältnis der Heizkosten eines kinderlosen Ehepaars zu dessen Bruttokaltmiete in Ansatz gebracht, da in der EVS die Heizkosten nicht kindbezogen erfasst sind (vergleiche Punkte 4.1.2 und 4.1.3).

Hieraus ergeben sich für 2012 bei Kindern zu berücksichtigende Heizkosten von 180 € (15 € pro Monat).

**5.2** Auch die kindbezogenen tatsächlichen Aufwendungen zum Erwerb eines Krankenund Pflegeversicherungsschutzes auf einem sozialhilfegleichen Absicherungsniveau sind steuerlich zu berücksichtigen (vergleiche Punkt 4.2 und BVerfGE 120, 125 [159 f.,

165 f.]). Dem hat der Gesetzgeber in § 10 EStG entsprechend den verfassungsrechtlichen Anforderungen Rechnung getragen (vergleiche Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16. Juli 2009, BGBl. I S. 1959).

5.3 Im Rahmen des Kinderexistenzminimums ist zusätzlich zum Sachbedarf auch der Betreuungs- und Erziehungsbedarf zu berücksichtigen. Dies gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (vergleiche BVerfGE 99, 216 [233 f., 240 ff.]) unabhängig von der Art der Betreuung und von konkreten Aufwendungen beziehungsweise vom Familienstand. Beim Erziehungsbedarf sind die allgemeinen Kosten zu berücksichtigen, die Eltern aufzubringen haben, um ihrem Kind eine Entwicklung zu ermöglichen, die es zu einem verantwortlichen Leben in dieser Gesellschaft befähigt. Der Gesetzgeber orientierte sich dabei an Beträgen, die im Steuerrecht verankert waren (vergleiche Bundestagsdrucksachen 14/1513, S. 14 und 14/6160, S. 13).

Entsprechend der zeitlichen Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts hat der Gesetzgeber zum 1. Januar 2000 im Rahmen der ersten Stufe der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs die steuerliche Berücksichtigung des Kinderbetreuungsbedarfs geändert. Dabei wurde ein Betreuungsfreibetrag von jährlich 1546 € für jedes Kind bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres eingeführt (vergleiche Gesetz zur Familienförderung vom 22. Dezember 1999, BGBl. I S. 2552).

Zum 1. Januar 2002 erfolgte dann die fristgerechte Umsetzung der verfassungsgerichtlichen Entscheidung zur Berücksichtigung des Erziehungsbedarfs eines Kinds. Hierbei wurde der bisherige Betreuungsfreibetrag um eine Erziehungskomponente erweitert. An die Stelle des Betreuungs- und Erziehungsbedarfs tritt bei volljährigen Kindern der Ausbildungsbedarf, so dass dieser Freibetrag

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf sowohl für minderjährige als auch für volljährige Kinder in Anspruch genommen werden kann (vergleiche Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I S. 2074). Zur Verbesserung der steuerlichen Berücksichtigung von Aufwendungen der Familien für die Betreuung und Erziehung oder Ausbildung der Kinder wurde dieser Freibetrag ab dem Veranlagungszeitraum 2010 von jährlich 2160 € auf 2 640 € erhöht (vergleiche Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom 22. Dezember 2009, BGBl. I S. 3950).

Darüber hinaus können (außerhalb des Existenzminimums; vergleiche BVerfGE 112, 268 [282]) seit 2002 erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten steuerlich geltend gemacht werden. Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2006 wurde diese Abziehbarkeit neu geregelt. Erwerbstätige mit Kindern unter 14 Jahren oder behinderten Kindern können zwei Drittel der nachgewiesenen Betreuungskosten von höchstens 6 000 € (maximal also 4 000 €) wie Betriebsausgaben oder Werbungskosten steuerlich geltend machen. Damit wird der geminderten steuerlichen Leistungsfähigkeit von erwerbstätigen Eltern noch stärker als bisher Rechnung getragen. Für nicht erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten kann ein Sonderausgabenabzug in Betracht kommen (vergleiche Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung vom 26. April 2006, BGBl. I S. 1091). Im Entwurf für ein Steuervereinfachungsgesetz 2011 (vergleiche Bundesratsdrucksache 54/11) hat die Bundesregierung vorgesehen, dass ab dem 1. Januar 2012 Kinderbetreuungskosten als Sonderausgaben abziehbar sein sollen, ohne dass dabei nach erwerbsbedingten und nicht erwerbsbedingten Aufwendungen unterschieden wird.

Zur Abgeltung des Sonderbedarfs volljähriger Kinder, die sich in Berufsausbildung befinden und auswärtig untergebracht sind, kann außerhalb des Familienleistungsausgleichs ein Freibetrag von jährlich 924 € abgezogen werden. Dieser Freibetrag vermindert sich jedoch um die eigenen Einkünfte und Bezüge des Kinds, soweit diese 1848 € übersteigen, sowie um die von dem Kind als Ausbildungshilfe aus öffentlichen Mitteln oder Förderungseinrichtungen, die hierfür öffentliche Mittel erhalten, bezogenen Zuschüsse (vergleiche Zweites Gesetz zur Familienförderung vom 16. August 2001, BGBl. I S. 2074). Auch hierzu enthält das Steuervereinfachungsgesetz 2011 (vergleiche Bundesratsdrucksache 54/11) einen Änderungsvorschlag, wonach ab dem 1. Januar 2012 die Einkünfte- und Bezügegrenze für volljährige Kinder wegfallen soll.

# 6 Zusammenfassung der für das Jahr 2012 steuerfrei zu stellenden Existenzminima

6.1 Die in diesem Bericht für den Veranlagungszeitraum 2012 errechneten Beträge für das sächliche Existenzminimum von Alleinstehenden, Ehepaaren und Kindern werden in Tabelle 4 zusammengefasst dargestellt. Gleichzeitig erfolgt eine Gegenüberstellung mit den im Einkommensteuerrecht geltenden Freibeträgen.

Die vorgenannten Existenzminima stellen statistisch belegte Mindestbeträge dar. Höhere steuerliche Freibeträge sind im Wege politischer Entscheidungen möglich. Für zusammen veranlagte Ehepaare ergibt sich die Freibetragshöhe aus § 32a Abs. 5 EStG.

6.2 Im Rahmen der steuerlichen Freistellung des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern sind entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben Aufwendungen für den Erwerb eines Kranken- und Pflegeversicherungsschutzes auf sozialhilferechtlichen gewährtem Leistungsniveau als weitere Komponente des sozialhilferechtlichen Mindestbedarfs in voller Höhe steuerlich zu berücksichtigen (vergleiche BVerfGE 120, 125). Zur Umsetzung des Verfassungsauftrags hat die Bundesregierung

ACHTER EXISTENZMINIMUMBERICHT

Tabelle 4: Darstellung der 2012 steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminima und der entsprechenden einkommensteuerlichen Freibeträge (in €)

	Alleinstehende	Ehepaare	Kinder
Regelsatz	4488	8 0 6 4	2988
Bildung und Teilhabe <sup>1</sup>	-	-	228
Kosten der Unterkunft	2724	4344	876
Heizkosten	684	864	180
sächliches Existenzminimum	7896	13 272	4 272
steuerlicher Freibetrag	8 004 <sup>2</sup>	16 009	4 368 <sup>3</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bei Kindern zusätzlich zu berücksichtigende Leistungen für Bildung und Teilhabe. Bei Erwachsenen sind insofern relevante Leistungen bereits vollständig vom Regelsatz erfasst.

Ouelle: Bundesministerium der Finanzen.

zum 1. Januar 2010 den Sonderausgabeabzug im § 10 EStG entsprechend geändert (vergleiche Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung vom 16. Juli 2009, BGBl. I S. 1959).

**6.3** Die steuerliche Freistellung eines Einkommensbetrags in Höhe des sächlichen Existenzminimums zuzüglich des Betreuungsund Erziehungs- oder Ausbildungsbedarfs eines Kinds wird im Rahmen des geltenden Familienleistungsausgleichs entweder durch die Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG oder durch das als Steuervergütung monatlich vorab gezahlte Kindergeld bewirkt (vergleiche § 31 EStG). Die Summe der steuerlichen Freibeträge beträgt derzeit für jedes Kind jährlich 7 008 € (vergleiche Tabelle 5).

6.4 Abschließend kann festgehalten werden, dass mit den geltenden steuerlichen Regelungen auch im Jahr 2012 den verfassungsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich der steuerfrei zu stellenden Existenzminima von Erwachsenen und Kindern entsprochen wird.

Tabelle 5: Freibeträge für das sächliche Existenzminimum sowie den Betreuungsund Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf eines Kindes (in €)

Freibetrag für das sächliche Existenzminimum	4368
Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf	2 640
Summe der steuerlichen Freibeträge	7 008

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Grundfreibetrag für Alleinstehende aus § 32a EStG; vgl. Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009, BGBI. I S. 416.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Freibetrag für das sächliche Existenzminimum eines Kindes aus § 32 EStG; vgl. Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom 22. Dezember 2009, BGBL 1S. 3950.

VORHABEN KONSENS

### **Vorhaben KONSENS**

# Entwicklung bundeseinheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren

1	Was ist KONSENS?	45
1.1	Grundlagen	45
	Ziele	
1.3	Organisation von KONSENS	46
1.4	Vorhabensplan	47
	Controlling	
	Finanzierung/Beteiligung des Bundes	
1.7	Einsatz der KONSENS-Software	48
2	Was ist in KONSENS bisher erreicht worden?	48
3	Was bringt die Zukunft?	50
	Nächste Schritte	
3.2	Fazit	51

- "KONSENS" steht für die koordinierte neue Software-Entwicklung der Steuerverwaltung
- KONSENS ist ein auf Dauer angelegtes Verfahren, mit dem die IT der Steuerverwaltung in Deutschland vereinheitlicht und modernisiert, gepflegt und anforderungsgetrieben weiterentwickelt wird. Dabei werden Effizienzgewinne erzielt und der Service für Bürger und Unternehmer verbessert.

### 1 Was ist KONSENS?

### 1.1 Grundlagen

Die Finanzminister aller Länder haben in der Finanzministerkonferenz (FMK) am 9. Juli 2004 einstimmig bekräftigt, in einem abgestimmten neuen Verfahren einheitliche Software für das Besteuerungsverfahren gemeinsam entwickeln, beschaffen und einsetzen zu wollen. Gleichzeitig haben sie angekündigt, die organisatorischen Voraussetzungen für den Einsatz dieser Software zu schaffen. Das entspricht einer mehrfach geäußerten Forderung des Bundesrechnungshofs nach der Vereinheitlichung der Geschäftsprozesse in der Steuerverwaltung der Länder, die vor Einführung einer einheitlichen Software erforderlich ist.

Im Juni 2005 haben die Finanzminister der Länder im Einvernehmen mit

dem Bundesminister der Finanzen die Grundlagen für das weitere Vorgehen zur Entwicklung einheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren in dem Vorhaben KONSENS (Koordinierte neue Software-Entwicklung der Steuerverwaltung) festgelegt.

Die Grundlage für die Zusammenarbeit aller 16 Länder und des Bundes bildet das zum 1. Januar 2007 in Kraft getretene Verwaltungsabkommen KONSENS.

### 1.2 Ziele

Das mit KONSENS verfolgte Ziel besteht in der Beschaffung, arbeitsteiligen Entwicklung und Pflege sowie dem Einsatz einheitlicher Software für das Besteuerungsverfahren sowie für das Steuerstraf- und Bußgeldverfahren. Die Software wird grundsätzlich unter der Federführung eines Lands entwickelt und anschließend in allen 16 Ländern eingesetzt ("Einer für Alle"). Neue Aufgaben müssen

VORHABEN KONSENS

somit nur noch einmal realisiert werden. Besonderheiten einzelner Länder werden bei der Softwareentwicklung nur noch berücksichtigt, wenn diese - etwa aufgrund zwingender landesrechtlicher Regelungen - unabweisbar sind. Kosten für die bisher mehrfach parallele Entwicklung und Pflege von Software für das Besteuerungsverfahren werden somit künftig vermieden.

Allerdings reicht es nicht aus, die bestehenden Verfahren nur zu vereinheitlichen. Es soll auch eine grundlegende Modernisierung des IT-Einsatzes in der Steuerverwaltung erreicht werden; das gilt auch für die Pflege und Wartung der eingesetzten Software. Letztlich dient KONSENS dem Ziel, die Qualität des Steuervollzugs insgesamt zu verbessern und die Erledigung der steuerlichen Pflichten für alle am Besteuerungsverfahren Beteiligten zu erleichtern. Papierbasierte Verfahrensabläufe sollen schrittweise abgelöst und stattdessen möglichst für alle Phasen des Besteuerungsprozesses elektronische Verfahren entwickelt und angeboten werden. Damit werden Bürokratiekosten für Bürger, Unternehmen, Beraterschaft und Verwaltung reduziert. Im Ergebnis leistet KONSENS damit einen wirkungsvollen Beitrag zur Steuervereinfachung.

### 1.3 Organisation von KONSENS

Das Vorhaben KONSENS setzt auf dem sogenannten Auftraggeber-/ Auftragnehmermodell auf.

Auftraggeber im Vorhaben KONSENS sind alle Länder und der Bund, vertreten durch das Gremium der für die Automation in der Steuerverwaltung zuständigen Referatsleiter der obersten Finanzbehörden des Bundes und aller Länder: die Referatsleiter Automation (Steuer). Sie genehmigen gemeinsam mit den Referatsleitern Organisation (Steuerverwaltung) insbesondere den jährlich fortzuschreibenden Plan der zu entwickelnden Verfahren (Vorhabensplan) und das

Budget, vorbehaltlich der Zustimmung der Finanzminister des Bundes und der Länder.

Auftragnehmer im Vorhaben KONSENS sind die Referatsleiter Automation (Steuer) des Bundes und der fünf Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen: Sie bilden zusammen die Steuerungsgruppe IT.

Alle Entscheidungen müssen von der Steuerungsgruppe IT einstimmig getroffen werden und wirken für und gegen alle 16 Länder sowie den Bund.

Die Entwicklung der Software im Vorhaben KONSENS ist in einzelne Projekte gegliedert. Die Softwareentwicklungsaufgaben werden ausschließlich von den fünf in der Steuerungsgruppe IT vertretenen Ländern übernommen. Die einzelnen Projekte (wie z. B. die Software für die neue Steuererhebung oder die Vereinheitlichung der Steuerfestsetzungsprogramme) sind von der Steuerungsgruppe IT jeweils einem auftragnehmenden Land zugewiesen worden. Das auftragnehmende Land entwickelt sodann – gegebenenfalls mit Unterstützung durch ein oder mehrere Länder – eigenverantwortlich die jeweilige Software.

Darüber hinaus wurde die Steuerungsgruppe Organisation zu dem Zweck gegründet, die organisatorischen Voraussetzungen in den Finanzämtern für den Einsatz einheitlicher Software zu schaffen und dazu organisatorische Grundsatzfragen der Aufbau- und Ablauforganisation zu klären. Sie ist besetzt durch die Referatsleiter Organisation (Steuerverwaltung) des Bundes und der sechs Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die Steuerungsgruppe Organisation entscheidet einstimmig unter Beteiligung des Bundes. Ihre Entscheidungen werden für alle Länder verbindlich, wenn ihnen nicht innerhalb einer Einlassungsfrist von zwei Wochen von einem nicht in der Steuerungsgruppe vertretenen Land

VORHABEN KONSENS

widersprochen wird. Ihre Entscheidungen sind auch für die Verfahrensentwicklung in KONSENS bindend.

Die Entscheidungen der Steuerungsgruppen werden von verschiedenen von ihnen eingesetzten Gremien vorbereitet. Die Durchführungen von Sitzungen der KONSENS Gremien obliegt der beim Bundesministerium der Finanzen angesiedelten Geschäftsstelle IT.

Die nicht in der Steuerungsgruppe IT oder Steuerungsgruppe Organisation vertretenen Länder werden - sofern erforderlich - durch Arbeitsgruppen in die Prozesse einbezogen.

### 1.4 Vorhabensplan

Die Steuerungsgruppe IT stellt nach dem Verwaltungsabkommen KONSENS bis zum 31. Oktober eines jeden Jahres einen Vorhabensplan (jährlich fortzuschreibender Plan der neu zu entwickelnden Software) für das nächste und die folgenden vier Jahre sowie eine Budgetplanung und eine verbindliche Einsatzplanung für das Folgejahr auf.

Die Erstellung des Vorhabensplans für das Folgejahr erfolgt nach den Regeln eines Portfoliomanagements. Für jede im Rahmen von KONSENS neu zu entwickelnde Software muss zunächst eine KONSENS-Aufgabenanmeldung erstellt werden. Aus dieser werden von dem zuständigen KONSENS-Verfahren sogenannte Portfolioprodukte gebildet, die im Rahmen des Portfoliomanagements einen mehrstufigen Planungsprozess durchlaufen. Die zu realisierenden Portfolioprodukte werden nach objektiven Kriterien bewertet und priorisiert. Das Ergebnis ist eine Liste von Portfolioprodukten, die bis zur Höhe des zur Verfügung stehenden KONSENS-Budgets von der Steuerungsgruppe IT in Auftrag gegeben werden. Der Vorhabensplan einschließlich Budgetplanung wird abschließend jährlich von den Finanzministern des Bundes und der Länder genehmigt.

### 1.5 Controlling

Das Vorhaben KONSENS mit einem Jahresbudget von rund 75 Mio. € und einem Einsatz von über 500 Mitarbeitern (Stand: 2011) benötigt zur Planung, Steuerung und Kontrolle ein differenziertes Regelwerk, das auch in der Praxis gelebt wird. In den Ländern Bayern und Nordrhein-Westfalen sind Controllinginstanzen eingerichtet worden, die den Steuerungsgremien regelmäßig über den Stand des Vorhabens KONSENS berichten. Die im Rahmen des regelmäßigen Berichtswesens aufgedeckten Abweichungen beim Personeinsatz, bei einzuhaltenden Terminen oder dem beauftragten Funktionsumfang werden anhand des Regelwerks den entsprechenden Steuerungsgremien zur Entscheidung vorgelegt.

## 1.6 Finanzierung/Beteiligung des Bundes

Die Finanzierung wird von allen Ländern und dem Bund gemeinsam getragen.

Rechtsgrundlage für das Engagement des Bundes bei der Entwicklung einer einheitlichen steuerlichen Software im Vorhaben KONSENS bildet Artikel 108 Absatz 4 Grundgesetz in Verbindung mit § 20 Absatz 1 Finanzverwaltungsgesetz. Der Bund beteiligt sich an diesem Vorhaben insbesondere mit dem Ziel, den bundesweiten Einsatz der zu erstellenden einheitlichen Software sowie das E-Governmentverfahren ELSTER (Elektronische Steuererklärung) voranzutreiben. Er beteiligt sich finanziell in folgendem Umfang am Vorhaben KONSENS:

- je 20 v. H. der ELSTER-Entwicklungs- und Pflegekosten,
- je 20 v. H. der Kosten der Geschäftsstelle IT und der Betriebskosten des Kommunikationstechnischen Zentrums (KTZ¹) beim Bund,
- je 10 v. H. der ELSTER-Produktionskosten.

VORHABEN KONSENS

Die Aufteilung der restlichen Kosten auf die einzelnen Länder erfolgt nach dem "Königsteiner Schlüssel", der auf dem Steueraufkommen und der Einwohnerzahl basiert.

Darüber hinaus gewährt der Bund zum Entwicklungsaufwand für das Vorhaben KONSENS innerhalb des Budgets jährlich einen Zuschuss in Höhe von 3 Mio. €. Der Zuschuss ist jedoch an den Fortschritt des produktiven Einsatzes einheitlicher Software (FMK-Kriterium) geknüpft. Dieses FMK-Kriterium ist nach dem Verwaltungsabkommen KONSENS einvernehmlich von den Mitgliedern der Steuerungsgruppe IT festzulegen und den Finanzministern von Bund und Ländern mitzuteilen.

Die Einführung eines FMK-Kriteriums hat sich nach den bisher gemachten Erfahrungen bewährt. Seit dem Kalenderjahr 2007 konnten insbesondere durch die erfolgreiche und fristgerechte Umsetzung der in den FMK-Kriterien vereinbarten IT-Leistungen deutliche Fortschritte beim Einsatz vereinheitlichter und modernisierter Software in den Ländern erzielt werden.

#### 1.7 Einsatz der KONSENS-Software

Alle Länder haben sich verpflichtet, die einheitliche KONSENS-Software einzusetzen. Der beabsichtigte Einsatz wird im Rahmen der Verbindlichen Einsatzplanung dokumentiert. Mit den einheitlichen IT-Verfahren wird auch die Ablauforganisation in der Steuerverwaltung der Länder stärker standardisiert.

Die Darstellung des aktuellen Stands des Einsatzes im Vorhaben KONSENS bereitgestellter einheitlicher Software

<sup>1</sup> Das Kommunikationstechnische Zentrum dient der übergreifenden Kommunikation innerhalb und außerhalb des Vorhabens KONSENS und wird im Zentrum für Informationsverarbeitung und Informationstechnik (ZIVIT) vom Bund betrieben. durch die Länder erfolgt durch die im Land Baden-Württemberg angesiedelte Organisationseinheit der Verbindlichen Einsatzplanung.

# 2 Was ist in KONSENS bisher erreicht worden?

Um in den Finanzämtern Steuern erheben zu können, werden Festsetzungs- und Erhebungsprogramme sowie die Grundinformationsdaten der Steuerpflichtigen benötigt.

Entsprechend gibt es im Vorhaben KONSENS drei Kernverfahren:

GINSTER<sup>2</sup>- Grundinformationsdienst Steuer,

ELFE - Einheitliches länderübergreifendes Festsetzungsverfahren und

BIENE - Bundeseinheitliches integriertes evolutionär neu entwickeltes Erhebungsverfahren.

Für jedes dieser Verfahren werden unterschiedliche Software-Komponenten für die Speicherung und Bearbeitung der Daten sowie Benutzeroberflächen (Präsentationsschichten) für die Mitarbeiter in den Länderfinanzverwaltungen benötigt. Das reibungslose Zusammenwirken dieser Komponenten muss nicht nur innerhalb jedes einzelnen Verfahrens, sondern auch zwischen den einzelnen Verfahren und in allen Ländern sichergestellt sein. Darüber hinaus dürfen diese

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Das Verfahren GINSTER (Grundinformationsdienst Steuer) verwaltet die Stammdaten für alle Steuerpflichtigen für die Nutzung in anderen Verfahren und stellt dazu Dienste mit funktionalen Schnittstellen für die anderen Verfahren sowie Funktionalitäten zur Bearbeitung von Grundinformationsdaten (geben aktuelle Auskünfte über Art, Beschaffenheit und Identität von Steuersubjekten und deren Verfahrensbeteiligten, z. B. Name, Anschrift usw.) bereit.

VORHABEN KONSENS

komplexen ineinander verzahnten Verfahren im laufenden Betrieb der Finanzämter weder unterbrochen noch gestört werden. Deshalb erfolgt eine schrittweise, evolutionäre Vereinheitlichung und Modernisierung der Verfahren. So ist z. B. bundesweit die Anwendung "Länderumfassende Namensabfrage" (LUNA) zur Unterstützung der Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung im Einsatz. Grundlage dafür ist eine neue, seit 2008 eingesetzte bundeseinheitliche Datenhaltung der Grundinformationsdaten.

Neu und bundesweit im Einsatz ist auch die Datenhaltung im Bereich der Steuerfestsetzung (ELFE). Sukzessive werden bereits die Daten aus den bestehenden Systemen in die neuen Datenhaltungssysteme überführt. Gleichzeitig werden die Module zur Festsetzung der Steuern vereinheitlicht.

Eine große Herausforderung stellt die Neuentwicklung eines modernen Erhebungsverfahrens (BIENE) dar, denn die bisher im Einsatz befindlichen Programme entsprechen weder modernen Maßstäben noch sind sie dokumentiert worden. Nach einer längeren Vorbereitungsphase soll im Sommer 2011 im Bereich der Steuererhebung eine neue Datenhaltung pilotiert werden, an die sukzessive modernisierte Programme angebunden werden.

Die Vereinheitlichung und Modernisierung im Bereich der Kernverfahren (Grundinformationsdienst, Festsetzung und Erhebung) wird schließlich auch ergänzt durch die Entwicklung und den Einsatz moderner Risikomanagementsysteme (RMS³) und Programme zur Unterstützung der Prüfungsdienste. Vor allem im Bereich der Umsatzsteuer und Einkommensteuer kommen mittlerweile bundesweit neue Risikomanagementsysteme zum Einsatz. Für die Betriebsprüfer wird im Außendienst in allen Ländern seit 2010 ein bundeseinheitliches Programm (BpA-Euro⁴) eingesetzt.

Die Arbeit in den Finanzämtern wird seit 2009 in den meisten Ländern mit einer einheitlichen

Benutzeroberfläche (Präsentationsschicht) unterstützt. Die Umsetzung erfolgte durch das Verfahren KDialog<sup>5</sup>.

Für die Zuordnung von Steuererklärungen, Kontrollmitteilungen und sonstigen steuerlich relevanten Informationen, die bei der Steuerveranlagung zu berücksichtigen sind, wurde eine Rahmenanwendung zum Einsatz gebracht, die es ermöglicht, diese elektronisch entgegenzunehmen und mithilfe der eindeutigen Zuordnung zum Steuerfall anhand der steuerlichen Identifikationsnummer auf die zuständigen Finanzämter zu verteilen und den Sachbearbeitern anzuzeigen. Als eine der ersten Mitteilungsarten wurden Daten der Banken zu Freistellungsaufträgen übermittelt. Die Auswertung dieser Mitteilungen im Rahmen der Veranlagung wird den Bearbeitern in den Finanzämtern damit erleichtert.

- <sup>3</sup> Risikomanagementsysteme sind Verfahren zur planvollen Erkennung, Überwachung oder Bewältigung eines Kontrollbedürfnisses. Im Rahmen von KONSENS werden entsprechende automatisierte Risikomanagementsysteme entwickelt und bundesweit eingesetzt. Dabei werden auf Basis verfügbarer Daten die Steuerfälle einer eingehenden automatisierten Risikoprüfung unterzogen. Besteht ein Steuerfall diese Prüfung, werden Steuerbescheide etc. vollautomatisch, d. h. ohne weitere personelle Prüfungen, erstellt und versendet. Ziel dieser Systeme ist es, trotz eines komplexen Steuersystems und begrenzter personeller Ressourcen die Steuern nach Maßgabe der Gesetze gleichmäßig und wirtschaftlich festzusetzen und zu erheben.
- <sup>4</sup> Betriebsprüfung-Außendienst EURO unterstützt die Betriebs-/Amtsbetriebsprüfung im Außendienst hinsichtlich der Erstellung von Prüferbilanzen und G+V-Rechnungen, Kapitalentwicklungen und Mehru. Weniger-Rechnungen.
- <sup>5</sup> KDialog strebt eine Vereinheitlichung aller Benutzeroberflächen der KONSENS-Softwareprodukte an.

VORHABEN KONSENS

Ein großer Anteil an den Entwicklungen im Vorhaben KONSENS entfällt auf das bereits seit mehreren Jahren im Einsatz befindliche E-Governmentverfahren ELSTER für die elektronische Übermittlung von Steuererklärungen und -Anmeldungen. Es ermöglicht eine effiziente und sichere elektronische Übertragung jeglicher Steuerdaten zwischen Bürgern, Steuerberatern, Arbeitgebern, Kommunen, Verbänden und Finanzbehörden. Bei den Steuererklärungen ist die papierlose Kommunikation weit vorangeschritten: Bereits seit 2006 können Steuererklärungen mittels eines elektronischen Zertifikats authentifiziert und vollständig papierlos an die Finanzbehörde übermittelt werden. Nahezu alle Umsatzsteuer-Voranmeldungen sowie Lohnsteuer-Anmeldungen, Kapitalertragsteuer-Anmeldungen und Anmeldungen über den Steuerabzug bei Vergütungen an beschränkt Steuerpflichtige nach § 50a EStG werden inzwischen über ELSTER abgewickelt. Hinzu kommen jährlich 48 Mio. Lohnsteuerbescheinigungen.

Parallel zu dieser Entwicklung im Vorhaben KONSENS haben sich in den vergangenen Jahren die Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und zuletzt Rheinland-Pfalz dem vom Bayern geführten Programmierverbund EOSS (Evolutionär orientierte Steuersoftware) angeschlossen und so einen Beitrag zur Vereinheitlichung der bestehenden Verfahren geleistet. Die maßgeblich von Bayern entwickelten Programme kommen daneben auch in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie im Saarland zum Einsatz. In einem weiteren Schritt zur Vereinheitlichung der Software hat das Land Baden-Württemberg im April dieses Jahres die funktional erweiterten Programme des EOSS-Verbundes übernommen. Dieser Schritt wird als KONSENS Stufe 1 (KONSENS I) bezeichnet.

### 3 Was bringt die Zukunft?

#### 3.1 Nächste Schritte

In den nächsten Monaten werden die Länder Hessen und Niedersachsen ebenfalls die funktional erweiterten Programme des EOSS-Verbundes (KONSENS I) übernehmen. Ab dem Kalenderjahr 2012 werden dann die von den Ländern verwalteten Steuern in Deutschland erstmalig mit einer weitestgehend einheitlichen Software festgesetzt. Im Bereich der Steuererhebung wird allerdings eine Vereinheitlichung erst mit Fertigstellung des unter der Federführung von Bayern entwickelten neuen Erhebungsverfahrens (BIENE) realisierbar sein. Bis dahin gilt es, den Prozess der Modernisierung auf der Basis weitgehend vereinheitlichter Programme voranzutreiben. So soll z.B. beginnend im Jahr 2012 das Verfahren GINSTER nach und nach in allen Ländern die Funktionen der bestehenden Grundinformationsdienste ablösen und darüber hinaus zusätzliche Funktionalitäten bieten. Ausgebaut wird auch die Möglichkeit zur elektronischen Kommunikation des Steuerpflichtigen mit der Finanzverwaltung. Die mit dem Steuerbürokratieabbaugesetz in § 5b Einkommensteuergesetz (EStG) eingeführte Pflicht zur elektronischen Übermittlung des Inhalts der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz hat zur Einrichtung des Projekts E-Bilanz (elektronische Bilanz) im Vorhaben KONSENS geführt. Geplant ist, dass ab dem 1. Januar 2012 die Unternehmen ihre steuerlichen Pflichten nach § 5b EStG elektronisch und damit schnell, kostensparend und medienbruchfrei erfüllen können.

Viele Änderungen, mit denen die Voraussetzungen für eine medienbruchfreie Bearbeitung von Vorgängen durch die Steuerverwaltungen geschaffen werden, erfolgen im Vorhaben KONSENS unsichtbar für die Bearbeiter in den Finanzämtern und für die Steuerpflichtigen. Dies gilt für den Bereich der sogenannten Kernverfahren (GINSTER, ELFE, BIENE), die bis 2015

VORHABEN KONSENS

entwicklungstechnisch fertiggestellt sein sollen. Der dann folgende Einsatz in den Finanzämtern richtet sich nach der Verbindlichen Einsatzplanung der jeweiligen Länder. Diese Maßnahmen sind eine wichtige Voraussetzung auch für die Schaffung der Möglichkeit einer elektronischen Abgabe und Übernahme von Steuerfällen über Ländergrenzen hinweg.

Andere Projekte haben dagegen nach ihrer Umsetzung sichtbare Auswirkungen für den einzelnen Steuerbürger. Dies gilt für die Abschaffung der papierenen Lohnsteuerkarte, die bereits 2009 für das Jahr 2010 (mit Wirkung für das Jahr 2011) letztmalig verteilt wurde. Ab dem Kalenderjahr 2012 erhalten die Arbeitgeber die für den Lohnsteuerabzug ihrer Arbeitnehmer notwendigen Merkmale elektronisch unmittelbar von der Finanzverwaltung (Projekt ElsterLohn II).

Ziel der Politik im Rahmen der Modernisierung der Steuerverwaltung der Länder ist es auch, dem Bürger eine elektronisch vorausgefüllte Steuererklärung anzubieten. Dazu sollen die der Steuerverwaltung bereits vorliegenden Daten den Steuerpflichtigen elektronisch zur Verfügung gestellt werden, was zu einer wesentlichen Erleichterung beim "Ausfüllen" der Steuererklärung führen wird. Derzeit werden im Vorhaben KONSENS die fachlichen und technischen Grundlagen für das Entgegennehmen und Weiterverarbeiten elektronischer Belege entwickelt. Die Steuerverwaltung wird hiermit ihr umfangreiches elektronisches Serviceangebot erweitern.

### 3.2 Fazit

KONSENS ist ein auf Dauer angelegtes Vorhaben, mit dem die IT der Steuerverwaltung der Länder vereinheitlicht und zukunftsträchtig modernisiert, gepflegt und anforderungsgetrieben weiterentwickelt wird. KONSENS hat als Daueraufgabe keinen festen Endtermin. So werden bereits jetzt neue gesetzliche Aufgaben mit hoher Komplexität und engen Zeitvorgaben (z. B. Steuerbürokratieabbaugesetz, Alterseinkünftegesetz, Abgeltungsteuer, Bürgerentlastungsgesetz) in KONSENS umgesetzt.

Ausgelöst durch die Bereitschaft einzelner Länder, ihre bis dahin eigenständigen Verfahren zugunsten der Übernahme der bestehenden Verfahren eines anderen Lands aufzugeben, konnten in den vergangenen fünf Jahren parallel zur Entwicklung im Vorhaben KONSENS deutliche Fortschritte bei der Vereinheitlichung der IT zur Unterstützung des Steuervollzugs in der Finanzverwaltung erreicht werden. Beispielsweise war es bis zum Jahr 2006 noch erforderlich, die Software zur Umsetzung von neuem oder geändertem Steuerrecht fünfmal für die verschiedenen IT-Verfahren der Länder zur Steuerfestsetzung zu entwickeln, Änderungen im Erhebungsverfahren oder im Bereich des Grundinformationsdienstes mussten dreimal programmiert werden. Ab 2012 werden bundesweit weitgehend einheitliche Festsetzungsverfahren im Einsatz sein. Für die weniger änderungsintensiven Steuererhebungsverfahren sowie für den Grundinformationsdienst werden jeweils zwei Verfahren betrieben.

Diese in den vergangenen Jahren erreichten Ergebnisse sind - auch im Vergleich mit vorausgegangenen Projekten - beachtlich. Die bisherigen Erfahrungen und Fortschritte im Vorhaben KONSENS zeigen, dass sich alle Beteiligten auf dem richtigen Weg befinden. Mit dem Prinzip "Einer für Alle" hat man sich auf eine bundesweit einheitliche Vorgehensweise verständigt und arbeitet trotz föderaler Strukturen eng zusammen.

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

# Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozialabgaben im internationalen Vergleich

Ergebnisse der aktuellen Ausgabe der OECD-Studie "Taxing Wages"

1	Einleitung	52
	Methodische Grundlagen	
	Ausgewählte Ergebnisse der aktuellen Studie	
	Ergebnisse im Jahr 2010	
	Vergleich zum Vorjahr	
	Vergleich zum Jahr 2000	
	Fazit	

- Im Zeitraum 2000 bis 2010 hat sich die Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland für alle betrachteten Haushaltstypen verringert.
- Insbesondere im Jahr 2010 ergaben sich durch das Bürgerentlastungsgesetz und die Kindergelderhöhung erhebliche Rückgänge der Steuer- und Abgabenquoten.
- Die Steuer- und Sozialabgabenbelastung des Arbeitslohns in Deutschland lag aber auch im Jahr
   2010 noch oberhalb des OECD-Durchschnitts.

### 1 Einleitung

Die Belastung des Arbeitslohns mit Steuern und Sozialabgaben wird in der öffentlichen Diskussion in Deutschland häufig thematisiert, wobei meist der Vergleich mit anderen Industriestaaten im Fokus steht. Die alljährlich im Frühjahr publizierte OECD-Studie "Taxing Wages"¹ enthält einen Vergleich der Belastung von typisierten Arbeitnehmerhaushalten mit Steuern und Sozialabgaben in den 34 OECD-Mitgliedstaaten.

Die Ermittlung der Datengrundlagen erfolgt nach einheitlichen und transparenten Vorgaben für alle OECD-Staaten. Damit werden aussagefähige internationale Vergleiche ermöglicht. Noch aussagekräftiger wären die OECD-Daten, wenn zusätzlich die Belastung durch indirekte Steuern einbezogen werden könnte. Dies stößt jedoch auf große methodische Probleme, die bisher nicht gelöst werden konnten.

### 2 Methodische Grundlagen

Zur Darstellung der Steuerund Abgabenbelastung der Arbeitnehmerhaushalte werden zwei Indikatoren verwendet (siehe Abbildung 1).

Es wird sowohl die Durchschnittsbelastung als auch die Grenzbelastung (Belastung des nächsten hinzuverdienten Euro) für acht typisierte Arbeitnehmerhaushalte ermittelt. Diese Typen unterscheiden sich durch ihren Bruttoarbeitslohn (Prozentsatz des durchschnittlichen Jahresbruttoverdiensts

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> OECD (Hrsg.): Taxing Wages 2010, Paris 2011.

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

### Abbildung 1: Indikatoren der Steuer- und Abgabenbelastung der Arbeitnehmerhaushalte

1. Die **Belastung der Lohnkosten ("tax wedge"),** berechnet als Quotient aus lohnbezogenen Abgaben und Lohnkosten und somit Indikator für die Belastung des Faktors "Arbeit"

2. Die Belastung des Bruttolohns des Arbeitnehmerhaushalts

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

eines Vollzeitarbeitnehmers), den Familienstand und die Anzahl der Kinder.

Der zugrundegelegte Bruttodurchschnittslohn für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer beruht auf international standardisierten Erhebungen (International Standard Industrial Classification of all Economic Activities - ISIC) der nationalen statistischen Ämter.

Im Rahmen der Typisierung können individuelle Besonderheiten nicht berücksichtigt werden. So werden für die deutschen Arbeitnehmerhaushalte Werbungskosten nur in Höhe des Pauschbetrags angesetzt. Als Sonderausgaben werden lediglich die gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt.

Die Berechnungen gehen außerdem davon aus, dass neben dem Arbeitslohn keine weiteren Einkünfte vorliegen. In einigen OECD-Staaten wird das Kindergeld anders als in Deutschland nicht als Steuerabzug behandelt. Die Kindergeldzahlungen werden dann als "Transferzahlungen" in die Berechnung der Indikatoren einbezogen. Transferleistungen, die auf individuellen

Voraussetzungen fußen (z. B. Wohngeld), werden nicht angesetzt.

# 3 Ausgewählte Ergebnisse der aktuellen Studie

Seit einigen Jahren wird in der Öffentlichkeitsarbeit der OECD auf die Abgabenbelastung der Lohnkosten abgestellt. Diese ist regelmäßig höher als die Abgabenbelastung des Bruttoarbeitslohns. Sie ermöglicht die Quantifizierung der auf den Faktor "Arbeit" entfallenden Abgabenbelastung unabhängig von der Frage, wie hoch der Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung in den einzelnen Mitgliedstaaten ist. Allerdings entspricht dieses Konzept nicht der in Deutschland verbreiteten Vorstellung von Abgabenbelastung. In der Berichterstattung kommt es daher vielfach zu einer fehlerhaften Interpretation der Zahlen. So war in Presseberichten zur aktuellen Ausgabe der Studie zu lesen, dass alleinstehende Durchschnittsverdiener ohne Kinder 49,1% ihres Lohns abführen müssten. Richtig jedoch ist, dass sie 39,2 % ihres Lohns als Abgaben abführen. Die in der Pressemitteilung

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

der OECD veröffentlichte Zahl von 49,1% bezieht sich auf die Belastung der Lohnkosten.

Die nachstehenden Ausführungen und die Abbildungen beziehen sich auf die Belastung des Bruttoarbeitslohns durch Steuern und den Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung.

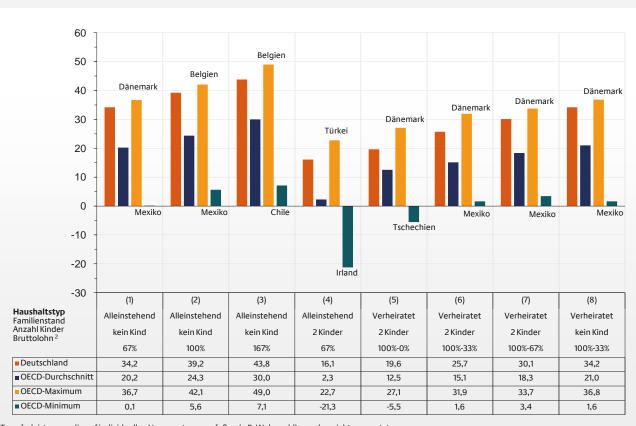
### 3.1 Ergebnisse im Jahr 2010

Die Belastung des Arbeitslohns mit Steuern und Sozialabgaben unter Berücksichtigung von Transferzahlungen liegt in Deutschland für alle acht von der OECD definierten Haushaltstypen über dem OECD-Durchschnitt (Abbildung 2). Sowohl in Deutschland als auch im OECD-Durchschnitt sind kinderlose Alleinstehende (Haushaltstypen 1 bis 3) am höchsten belastet, gefolgt vom kinderlosen

Ehepaar. Gutverdienende Ehepaare mit Kindern sind erheblich geringer belastet. Schließlich weist der alleinstehende Geringverdiener mit zwei Kindern (Haushaltstyp 4) die niedrigste Belastung auf. Die Differenz zum OECD-Durchschnitt ist für die deutschen Alleinstehenden (Haushaltstypen 1 bis 4) größer als für die Verheirateten (Haushaltstypen 5 bis 8). Hier wirkt sich das in der großen Mehrzahl der OECD-Staaten nicht vorhandene Ehegattensplitting zugunsten der Verheirateten in Deutschland aus.

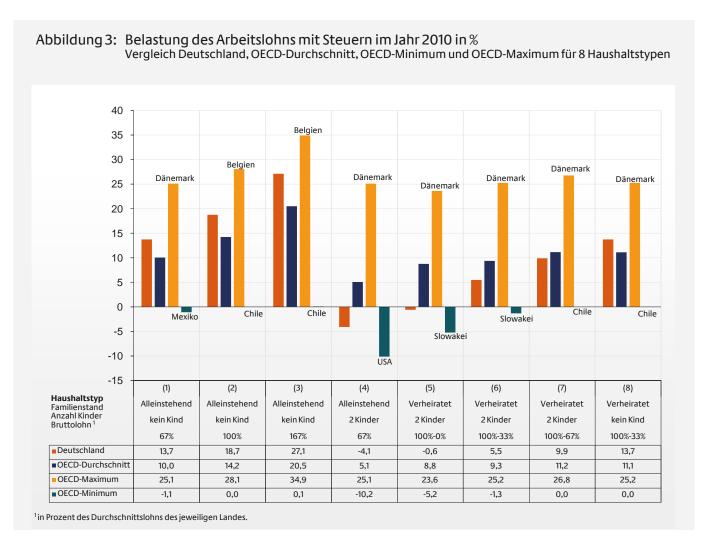
Bei allen Haushaltstypen gibt es jedoch Länder, in denen die Belastung höher als in Deutschland ausfällt. Bei fünf von acht Haushaltstypen liegt Dänemark an der Spitze. Mexiko, das als Schwellenland allerdings nur

Abbildung 2: Belastung des Arbeitslohns mit Steuern und Sozialabgaben unter Berücksichtigung von Transferzahlungen<sup>1</sup> im Jahr 2010 in % Vergleich Deutschland, OECD-Durchschnitt, OECD-Minimum und OECD-Maximum für 8 Haushaltstypen



 $<sup>^1</sup> Transfer leist ungen \ die \ auf \ individuellen \ Voraussetz ungen \ fußen \ (z.B.\ Wohngeld), werden \ nicht \ angesetzt.$ 

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH



bedingt mit Deutschland vergleichbar ist, weist demgegenüber fünf mal die geringste Abgabenbelastung aller OECD-Staaten auf.

Die Position Deutschlands verbessert sich erheblich, wenn nur die Steuerbelastung der Arbeitnehmer in den Blick genommen wird (Abbildung 3). Bei den Haushaltstypen ohne Kinder liegt die Belastung in Deutschland zwar noch über dem OECD-Durchschnitt, der Abstand zum Durchschnitt ist jedoch erheblich geringer als in Abbildung 2. Bei allen Haushaltstypen mit Kindern liegen die Belastungen unter dem OECD-Durchschnitt. Die Aussage für die Haushaltstypen mit Kindern unterliegt jedoch der Einschränkung, dass in Deutschland das Kindergeld als steuerliche Leistung in diesen Vergleich eingeht, während vergleichbare Zahlungen in manchen anderen Staaten als Transferleistung gelten und somit in der Darstellung der Steuerbelastung (im Gegensatz zum Vergleich der Steuer- und Abgabenbelastung insgesamt – siehe Abbildung 2) keine Berücksichtigung finden.

Alleinstehende Geringverdiener mit zwei Kindern (Haushaltstyp 4) und verheiratete Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern (Haushaltstyp 5) werden aufgrund des die Steuerlast übersteigenden Kindergelds nicht be-, sondern sogar entlastet. Im Vergleich mit Abbildung 2 wird deutlich, dass die Belastung mit Sozialabgaben in Deutschland ein wesentlicher Faktor der Abgabenbelastung insgesamt ist.

Für einen alleinstehenden Gutverdiener (Haushaltstyp 3) ist die Sozialabgabenbelastung wesentlich

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

niedriger als für einen ebensoviel verdienenden Doppelverdienerhaushalt (Haushaltstyp 7): Beim Alleinverdiener sorgt die Beitragsbemessungsgrenze für eine Kappung des Sozialversicherungsbeitrags. Im Doppelverdienerhaushalt ist hingegen der gesamte Arbeitslohn mit Sozialbeiträgen belastet, da jeder Arbeitnehmer diese Kappungsgrenze für sich erreichen muss.

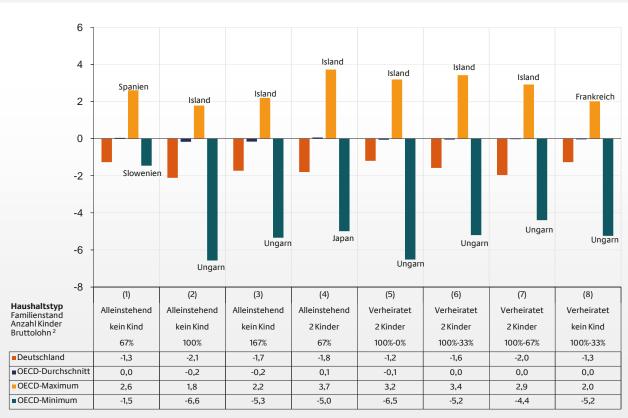
### 3.2 Vergleich zum Vorjahr

Im Jahr 2010 hat die Abgabenbelastung in Deutschland gegenüber dem Vorjahr deutlich abgenommen (Abbildung 4). Für alle Haushaltstypen ist die Entwicklung wesentlich besser als im OECD-Durchschnitt. Der Rückgang der Abgabenbelastung ist vor allem auf das Bürgerentlastungsgesetz

(Verbesserung der Abziehbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen) und die Erhöhung des Kindergelds zurückzuführen. Aufgrund der Besonderheiten des deutschen Steuerrechts verteilen sich diese Entlastungen ungleichmäßig auf die einzelnen Haushaltstypen. So ist die Entlastung für verheiratete Alleinverdiener mit zwei Kindern (Haushaltstyp 5) - trotz Kindergelderhöhung am geringsten, da das alte Recht Ehegatten bereits einen höheren Sonderausgabenabzug über eine Verdoppelung des Höchstbetrags für Krankenversicherungsbeiträge ermöglichte.

Unter den OECD-Staaten ragt Island mit den höchsten Belastungszuwächsen für sechs Haushaltstypen hervor. Hier sind die Auswirkungen der Bankenkrise spürbar, die den Staat zwangen, zur Finanzierung der

Abbildung 4: Belastung des Arbeitslohns mit Steuern und Sozialabgaben unter Berücksichtigung von Transferzahlungen¹ Veränderung 2010 gegenüber 2009 in Prozentpunkten Vergleich Deutschland, OECD-Durchschnitt, OECD-Minimum und OECD-Maximum für 8 Haushaltstypen



 $<sup>^1</sup>$ Transferleistungen die auf individuellen Voraussetzungen fußen (z.B. Wohngeld), werden nicht angesetzt.

<sup>2</sup> in Prozent des Durchschnittslohns des jeweiligen Landes

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Sanierungskosten die Einnahmen kräftig zu erhöhen. Ungarn hingegen hat die Abgabenbelastung für sechs Haushaltstypen im Vergleich zu den anderen OECD-Staaten am stärksten abgesenkt.

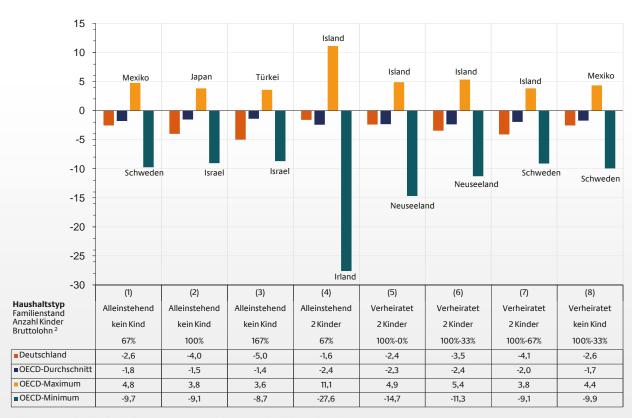
### 3.3 Vergleich zum Jahr 2000

Der Vergleich der Belastungsquoten der Jahre 2000 und 2010 zeigt, dass im OECD-Durchschnitt die Belastung des Arbeitslohns je nach Haushaltstyp um 1,4 Prozentpunkte bis 2,4 Prozentpunkte gesunken ist (Abbildung 5). Auch in Deutschland wurden in diesem Zeitraum sämtliche Haushaltstypen entlastet. Sowohl bei Verheirateten als auch bei Alleinstehenden steigt die Entlastung mit dem Einkommen. Die Steuerentlastung wurde zu einem großen Teil durch Tarifsenkungen

erreicht, die aufgrund der progressiven Ausgestaltung des Einkommensteuertarifs Steuerpflichtige mit höherem Einkommen stärker entlasteten. Da Verheiratete wegen des Ehegattensplittings niedriger besteuert werden als Alleinstehende mit gleichem Haushaltseinkommen, war für sie die Entlastung entsprechend geringer. Die bei den Geringverdienern die Abgabenbelastung dominierenden Sozialversicherungsbeiträge blieben in der Summe im Betrachtungszeitraum nahezu unverändert.

Die Erweiterung der Betrachtung auf die Änderung der absoluten Abgabenbelastung führt zu teilweise überraschenden Ergebnissen: So ist z. B. die Belastungsquote für alleinstehende Geringverdiener

Abbildung 5: Belastung des Arbeitslohns mit Steuern und Sozialabgaben unter Berücksichtigung von Transferzahlungen¹ Veränderung 2010 gegenüber 2009 in Prozentpunkten Vergleich Deutschland, OECD-Durchschnitt, OECD-Minimum und OECD-Maximum für 8 Haushaltstypen



 $<sup>{}^1\</sup>text{Transferle} is tungen \ die \ auf \ individuellen \ Voraussetzungen \ fußen \ (z.B.\ Wohngeld), werden \ nicht \ angesetzt.$ 

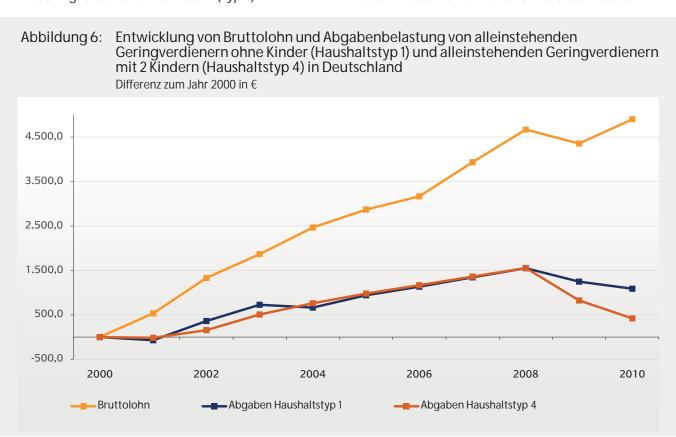
<sup>2</sup> in Prozent des Durchschnittslohns des jeweiligen Landes.

Die Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Sozial abgaben im international en Vergleich

ohne Kinder (Haushaltstyp 1) im Jahr 2010 gegenüber dem Jahr 2000 um 2,6 Prozentpunkte zurückgegangen, für alleinstehende Geringverdiener mit Kindern (Haushaltstyp 4) hingegen nur um 1,6 Prozentpunkte (siehe Abbildung 5). Aufgrund der - in beiden Fällen gleichen -Zunahme des Haushaltseinkommens im betrachteten Zeitraum ist aber die absolute Abgabenbelastung beim Haushaltstyp1um1088 € gestiegen, beim Haushaltstyp 4 hingegen lediglich um 422 € (Abbildung 6). Anders als die Änderung der Belastungsquoten nahelegt, hat also absolut betrachtet der Haushalt des alleinstehenden Geringverdieners mit Kindern (Typ 4)

wesentlich stärker von den steuerlichen Maßnahmen zwischen 2000 und 2010 insbesondere den Kindergelderhöhungen profitiert als der Haushalt des alleinstehenden Geringverdieners ohne Kinder (Typ 1).

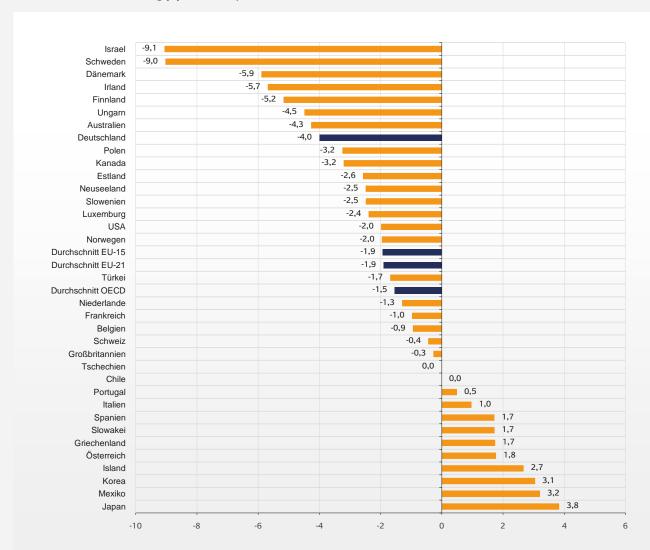
Die Abbildungen 7 und 8 stellen die Entwicklung von 2000 bis 2010 für alleinstehende Durchschnittsverdiener ohne Kinder und einen Doppelverdienerhaushalt (ein Ehegatte teilzeitbeschäftigt) mit zwei Kindern im Vergleich aller OECD-Mitgliedstaaten beispielhaft dar. Hieraus wird deutlich, dass sich in Deutschland im Vergleich mit anderen wichtigen Industriestaaten sowie auch mit dem OECD- und EU-Durchschnitt die



DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Abbildung 7: Abgabenbelastung bezogen auf den Arbeitslohn<sup>1</sup> Veränderung 2010 gegenüber 2000

Haushaltstyp: Alleinstehend, keine Kinder, 100 % des Durchschnittseinkommens Verringerung (-) bzw. Erhöhung (+) in Prozentpunkten



<sup>1</sup>Abgaben: Lohnsteuer zuzgl. Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung abzgl. Transferzahlungen (Transferzahlungen die auf individuellen Voraussetzungen fußen (z.B. Wohngeld), werden nicht angesetzt).

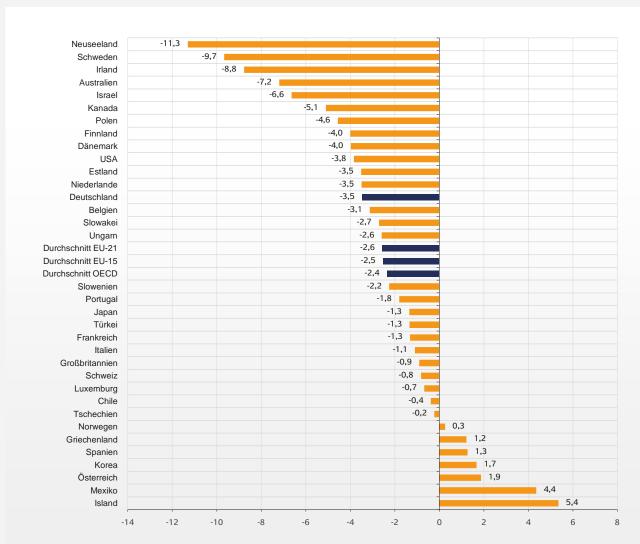
EU-15: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien.

EU-20: EU-15 plus Estland, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

# Abbildung 8: Abgabenbelastung bezogen auf den Arbeitslohn¹ Veränderung 2010 gegenüber 2000

Haushaltstyp: Verheiratet, zwei Kinder, 100 % und 33 % des Durchschnittseinkommens Verringerung (-) bzw. Erhöhung (+) in Prozentpunkten



<sup>1</sup>Abgaben: Lohnsteuer zuzgl. Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung abzgl. Transferzahlungen (Transferzahlungen die auf individuellen Voraussetzungen fußen (z.B. Wohngeld), werden nicht angesetzt).

EU-15: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien.

EU-20: EU-15 plus Estland, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

DIE BELASTUNG VON ARBEITNEHMERN MIT STEUERN UND SOZIALABGABEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Abgabenbelastung der Arbeitnehmer günstig entwickelt hat.

#### 4 Fazit

Für internationale Belastungsanalysen stellt die Publikation "Taxing Wages" der OECD auch in ihrer jüngsten Ausgabe wertvolle Daten bereit. Doch für eine angemessene Beurteilung der Entwicklung sollte der Blick über die reine Betrachtung von Differenzen zwischen Belastungsquoten hinausgehen und die Änderung der absoluten Größen einbeziehen. Auch hierfür sind entsprechende Daten in den Länderkapiteln (Abschnitt III der Publikation) verfügbar.

Hinsichtlich der Steuer- und Abgabenbelastung von Arbeitnehmerhaushalten in Deutschland bleibt festzuhalten, dass sich die Situation für die meisten Haushalte seit dem Jahr 2000 signifikant verbessert hat. Insbesondere im Jahr 2010 führten das Bürgerentlastungsgesetz und die Kindergelderhöhung zu einer bemerkenswerten Entlastung aller Haushalte.

Bei einer umfassenden Bewertung derartiger Belastungsvergleiche müssen zudem die vom Gesamtstaat an die Bürger erbrachten Leistungen (etwa im Sozialversicherungsbereich) berücksichtigt werden. Zudem sind gerade für die effektive Belastung unterer Einkommensbereiche zusätzlich gewährte Transferleistungen einzubeziehen, wie z. B. Kinderzuschlag, Wohngeld und BAföG. Vor diesem Hintergrund relativieren sich Aussagen zur im OECD-Vergleich überdurchschnittlichen Steuer- und Abgabenbelastung für einzelne Haushaltstypen in Deutschland.

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

## Struktur und Verteilung der Steuereinnahmen

### Langfristige Trends und aktuelle Entwicklungen unter Einbeziehung der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011

1	Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote	62
	Struktur des Steueraufkommens	
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften	66
4	Internationaler Kontext	69

- Die Steuereinnahmen 2011 von Bund, Ländern und Gemeinden liegen mit 555 Mrd. € wieder nahe am Einnahmeniveau 2008. Die Steuerquote wird 21,5 % betragen, nach 21,2 % im Jahr 2010.
- Mittelfristig wird der Anteil der direkten Steuern wieder leicht überwiegen.
- Die Verteilung der Steuereinnahmen auf Bund, Länder und Gemeinden ist relativ stabil.
- Deutschland hat im internationalen Vergleich weiterhin eine niedrige und unterdurchschnittliche Steuerquote und eine mittlere Abgabenquote.

### 1 Entwicklung der Steuerquote und der Abgabenquote

Die wirtschaftliche Entwicklung stellt sich gegenwärtig deutlich günstiger dar, als zum Zeitpunkt der letzten Steuerschätzungen (November 2010 für die Jahre 2011 und 2012, Mai 2010 für die Jahre 2013 bis 2014) erwartet worden war. Dies hat den Arbeitskreis "Steuerschätzungen" zu einer deutlichen Aufwärtskorrektur der geschätzten Steuereinnahmen veranlasst. Der anhaltende Aufschwung beschert Deutschland bereits drei Jahre nach dem Krisenjahr 2009 wieder Steuereinnahmen auf dem Einnahmenniveau 2008. Hierfür ursächlich ist das starke Wirtschaftswachstum von nominal + 4,2 % (2010) und + 3,5 % (2011). Die Steuereinnahmen werden nach Einschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" für 2011 ein Volumen von 555 Mrd. € haben. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2015 erhöhen

sich die Steuereinnahmen voraussichtlich um rund 100 Mrd. € auf dann 652 Mrd. €, wobei 2012 ein Wirtschaftswachstum von nominal + 3,5 % und für die Folgejahre bis 2015 von durchschnittlich + 3,0 % erwartet wird.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote als Verhältnis von Steuereinnahmen in der Abgrenzung der Finanzstatistik zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird sich von 21,2 % im Jahr 2010 auf voraussichtlich 21,5 % im Jahr 2011 leicht erhöhen. Das Steueraufkommen wächst wegen der progressiven Einkommensteuer überproportional mit dem positiven Konjunkturverlauf, so dass die Steuerquote bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2015 voraussichtlich 22,3 % betragen wird (vergleiche Abbildung 1). Vor der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahre 2008 erreichte die Steuerquote einen Wert von 22,6 %. Der langfristige Durchschnittswert beträgt ebenfalls 22,6%. Der bisher niedrigste Wert war 20,0 % im Jahr 2004.

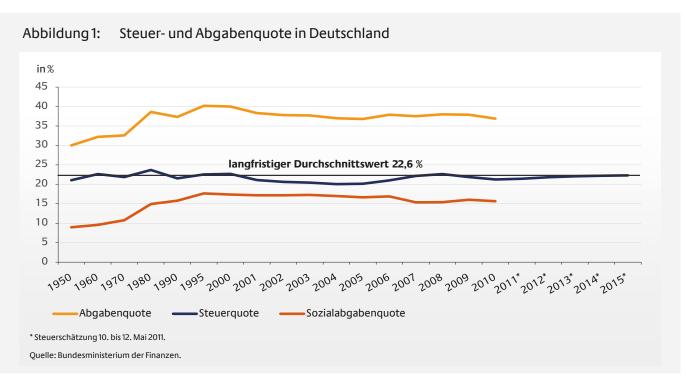
STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

Die Aufkommenselastizität als Verhältnis von relativer Veränderung der Steuereinnahmen zu relativer Veränderung des Bruttoinlandsprodukts lag von 2005 bis 2009 erheblich über 1. Bis einschließlich 2008 bedeutete dies, dass das Steueraufkommen bei wachsendem BIP stärker als das BIP wuchs. Ursächlich hierfür sind zum einen Maßnahmen zur Erhöhung des Steueraufkommens (z. B. Anhebung des Umsatzsteuersatzes 2007). Zum anderen trugen das wesentlich über dem BIP-Wachstum liegende Ansteigen der Unternehmens-und Vermögenseinkommen und die Progressivität des Einkommensteuertarifs zu dieser Entwicklung bei. 2009 allerdings ließ das gleiche Ursachenbündel mit umgekehrten Vorzeichen das Steueraufkommen stärker sinken als das BIP.

2010 sind die Steuereinnahmen bei kräftigem Wirtschaftswachstum (nominales BIP: +4,2%) vor allem wegen der in Kraft getretenen Steuerentlastungen (Bürgerentlastungsgesetz Krankenversicherung, Wachstumsbeschleunigungsgesetz) nur um +1,3% gestiegen. Die Aufkommenselastizität betrug somit nur +0,3. Ab 2011 kehrt

sich diese Entwicklung wieder um: Die Aufkommenselastizität wird wieder über 1 liegen, d. h. die Steuereinnahmen steigen schneller als das BIP. Im langfristigen Durchschnitt liegt die Aufkommenselastizität etwa bei 1.

Die Einbeziehung der Beiträge zur Sozialversicherung führt zur Abgabenquote als Verhältnis von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zum nominalen BIP. Die Abgabenquote in der Abgrenzung der Finanzstatistik fiel seit 1999 von 40,2% auf 36,8% im Jahr 2005. Danach stieg die Abgabenquote um rund 1 Prozentpunkt und betrug 38,0 % im Jahr 2008 (vergleiche Abbildung 1): Während sich die Steuerquote beträchtlich erhöhte, wirkten sich der erhöhte Bundeszuschuss zur Stabilisierung des Beitragssatzes zur Krankenversicherung und die mehrmalige Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung bei der Sozialabgabenquote niveaumindernd aus. Am aktuellen Rand verringerten sich sowohl Steuerals auch Sozialabgabenquote und damit auch die Abgabenquote insgesamt (auf 36,9% im Jahr 2010).



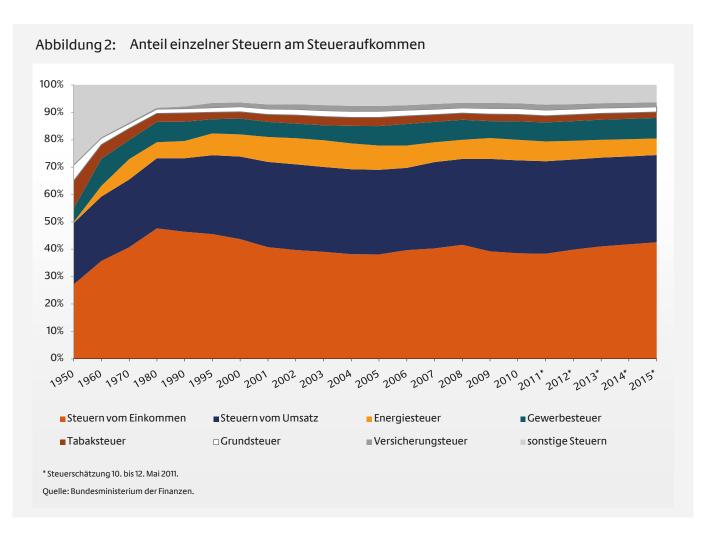
STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

### 2 Struktur des Steueraufkommens

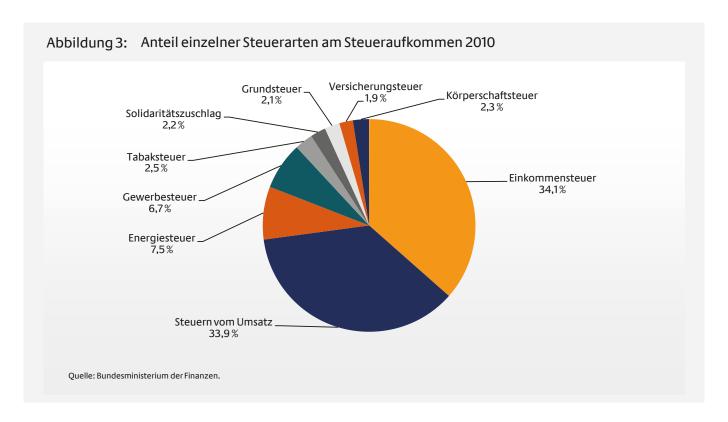
Die Analyse von Steuer- und Abgabenquoten liefert noch keine Aufschlüsse über die Struktur unseres Steuersystems. Dazu sind Betrachtungen des Aufkommens und der Entwicklung einzelner Steuerarten nötig. So machen 2010 allein die Steuern vom Einkommen (Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag) und die Steuern vom Umsatz bereits gut 72% der gesamten Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aus. Zusammen mit der Energiesteuer und der Gewerbesteuer steigt dieser Anteil auf fast 87%. Werden noch die Tabaksteuer und die Grundsteuer hinzugezählt, dann entfallen über 91% der

gesamten Steuereinnahmen auf die acht größten Steuern (vergleiche Abbildungen 2 bis 3).

2010 betrug der Anteil der Steuern vom Einkommen 38,5 %; er verringerte sich damit seit 2000 um gut 5 Prozentpunkte und seit 1990 sogar um fast 8 Prozentpunkte. Dieser Anteil wird ab 2012 voraussichtlich wieder steigen auf dann 39,9 %. Hierzu gegenläufig erhöhte sich der Anteil der Steuern vom Umsatz seit 2000 um knapp 4 Prozentpunkte und seit 1990 sogar um gut 7 Prozentpunkte. 2010 entsprach ein Anteil von 33,9 % gut einem Drittel der Steuereinnahmen. Die Ursachen für diese gegenläufigen Entwicklungen sind in den Tarifsenkungen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer



STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN



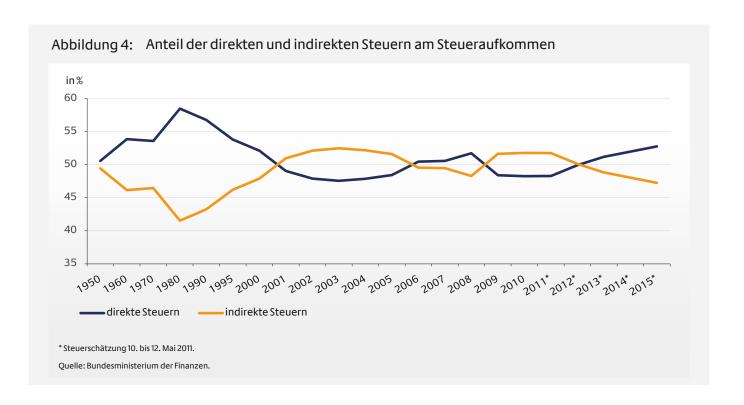
und den Regelsteuersatzerhöhungen bei der Umsatzsteuer zu sehen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte sich negativ auf das Körperschaftsteueraufkommen aus: 2008 mit - 31% und 2009 mit weiteren - 55%. Auch das Einkommensteueraufkommen sank 2009 um - 19%. Bei der für die Gemeinden wichtigen Gewerbesteuer war 2009 der größte Einnahmerückgang festzustellen mit - 21%. Dagegen weist das Aufkommen der Steuern vom Umsatz – trotz Rezession – keine Rückgänge auf. Dies kann auf die relativ stabile Entwicklung des inländischen Konsums zurückgeführt werden.

Die beschriebenen Entwicklungen der Steuern vom Einkommen und der Steuern vom Umsatz prägen aufgrund ihrer Größe auch das Verhältnis der Anteile von direkten und indirekten Steuern. Während der Anteil der indirekten Steuern von 2001 bis 2005 bereits erstmalig über dem Anteil der direkten Steuern lag, sank er infolge des mit der konjunkturellen Entwicklung verbundenen Anstiegs des Aufkommens der Steuern vom Einkommen von 2006 bis 2008 unter den Anteil der direkten Steuern. Seit 2009 ist der Anteil der indirekten Steuern am Steueraufkommen wieder größer und beträgt 2010 insgesamt 51,8 % (vergleiche Abbildung 4). Hierin spiegeln sich neben der Krise sowohl die das Aufkommen erheblich mindernden Steuerrechtsänderungen bei der Einkommensund der Unternehmensbesteuerung als auch die Stabilität des Aufkommens bei den Steuern vom Umsatz wider. Ab 2013 wird der Anteil der direkten Steuern mit 51,2% aber wieder größer sein als der Anteil der indirekten Steuern.

Die Aufkommenselastizität der direkten Steuern bezüglich des BIP wird im Zeitraum 2012 bis 2015 deutlich größer sein als die der indirekten Steuern. Dies ist auf den progressiven Einkommensteuertarif und die mittelfristig erwartete starke Entwicklung der Bemessungsgrundlagen der gewinnabhängigen Steuern zurückzuführen. Der Anteil der direkten Steuern am Steueraufkommen wird sich daher auf Basis

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN



des unterstellten positiven Konjunkturverlaufs 2015 voraussichtlich auf 52.7% erhöhen.

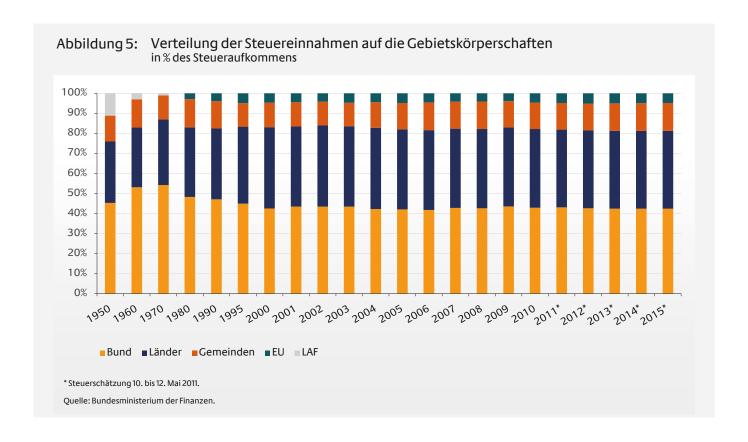
### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften

Die Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften dokumentiert Abbildung 5. Im Jahr 2010 stellen sich die Anteile der Ebenen wie folgt dar: Bund 42,9 % (-0,6 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr), Länder 39,3 % (-0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr) und Gemeinden 13,3 % (+0,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

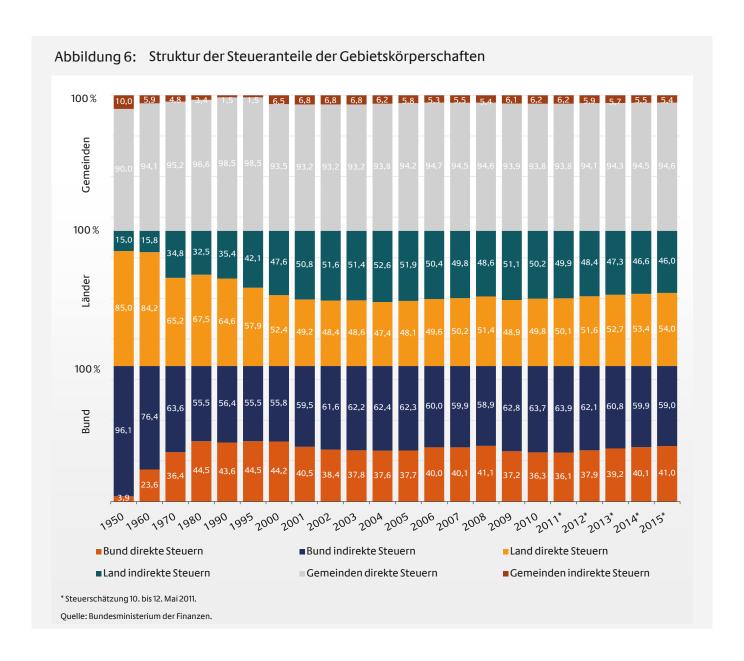
Der Bundesanteil hat sich im Vergleich zum Länderanteil nach 1970 erheblich verringert. Dies kann insbesondere auf zwei Ursachen zurückgeführt werden: Zum einen ging der Anteil des Bundes am Aufkommen der Steuern vom Umsatz erheblich zurück (von 70 % im Jahr 1970 auf 53,9 % im Jahr 2009), während der auf die Länder entfallende Anteil anstieg (von 30 % im Jahr 1970 auf 44,1 % im Jahr 2009). Zum anderen mindern ab 1975 die EU-Eigenmittel den Anteil des Bundes am Steueraufkommen, da die Abführungen an die EU allein aus dem Bundeshaushalt geleistet werden. Die EU erhielt 2010 mit 4,6 % des Steueraufkommens deutlich mehr (+ 0,7 Prozentpunkte) als im Vorjahr.

Die Struktur der Steueranteile bei Bund und Ländern hat sich im Laufe der Jahrzehnte erheblich verändert (vergleiche Abbildung 6). Während beim Bund 2010 der Anteil der indirekten Steuern knapp 64% erreichte, haben die Länder ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis von direkten und indirekten Steuern. Der höhere Anteil der indirekten Steuern am Aufkommen des Bundes ist auf die erhebliche Bedeutung der reinen Bundessteuern für das Aufkommen des Bundes zurückzuführen, die alle zu den indirekten Steuern gerechnet werden. Dagegen erhalten die Gemeinden ihren Anteil am Steueraufkommen zum überwiegenden Teil aus direkten Steuern (Gewerbesteuer, Grundsteuer); 2010 waren es knapp 94%.

STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN



STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN



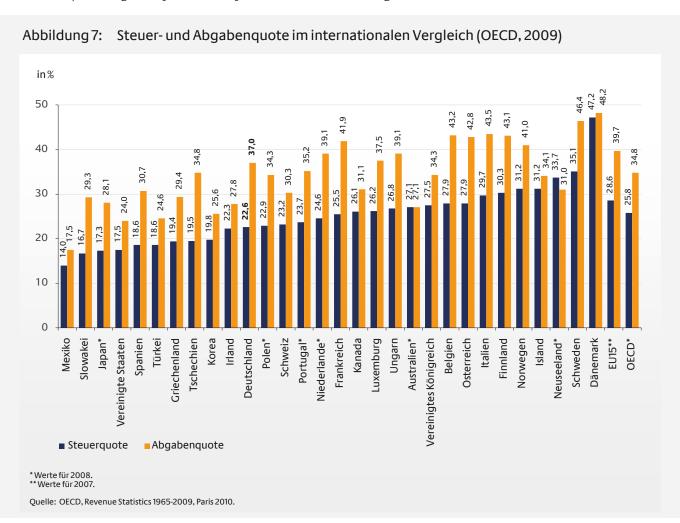
STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

### 4 Internationaler Kontext

Im internationalen Vergleich (nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD) hat Deutschland 2009 mit 22,6 % weiterhin eine niedrige und unterdurchschnittliche Steuerquote. Von den EU-Staaten in der OECD belegt Deutschland erneut Platz 6; nur die Slowakei mit 16,7 %, Spanien mit 18,6 %, Griechenland mit 19,4%, Tschechien mit 19,5% und Irland mit 22,3 % weisen niedrigere Werte auf (vergleiche Abbildung 7). Mit einer Abgabenguote von 37,0 % liegt Deutschland auch 2009 international weiterhin auf einem mittleren Niveau, zwar über dem Durchschnittswert der OECD-Staaten (2008: 34,8%), aber unter dem Durchschnittswert der EU15-Staaten (2007: 39,7%). Die Abgabenquoten von Spanien,

Griechenland und Irland, deren Haushaltslage derzeit problematisch erscheint, liegen - wie auch die jeweiligen Steuerquoten - mit 30,7%, 29,4% und 27,8% unter der von Deutschland. Damit findet bei diesen Staaten keine Kompensation der niedrigen Steuerquoten durch vergleichsweise höhere Sozialversicherungsbeiträge statt.

Sowohl die internationalen Vergleiche als auch die zeitliche Entwicklung von Steuerund Abgabenquoten machen deutlich, dass Deutschland auf die gesamte Volkswirtschaft bezogen kein Steuerlastproblem, sondern eher ein Sozialabgabenproblem hat. Dies belegt auch der aktuelle internationale Vergleich "Taxing Wages" der OECD für das Jahr 2010. Danach führt erst die Einbeziehung der Sozialversicherungsbeiträge in den OECD-Vergleich zu einer überdurchschnittlich



STRUKTUR UND VERTEILUNG DER STEUEREINNAHMEN

hohen effektiven Belastung des Faktors Arbeit in Deutschland. Deutlich wird, dass die steuerlichen Entlastungsmaßnahmen 2009 und 2010 (Tarif, Erhöhung des Kindergeldes, verbesserte Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen) die steuerliche Belastung 2010 nochmals in erheblichem Umfang verringert haben. Die Problematik der Sozialabgabenbelastung bleibt hiervon allerdings unberührt.

Übers	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	73
1	Kreditmarktmittel	73
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2009 bis 2014	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
	2009 bis 2014	75
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Ist 2010	77
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011	
7	Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
10	Entwicklung der Eo Fladshatte 2010 bis 2011	70
Übers	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	99
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011	
Abb. 1	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2010/2011	100
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis April 2011	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2011	103
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	107
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	107
2	Preisentwicklung	111
3	Außenwirtschaft	109
4	Einkommensverteilung	110
	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten	111
5	Produktionslücken, Budgetsensivität und Konjunkturkomponenten	112
6	Prouktionspotenzial und -lücken	
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	114
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13		121

14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	. 122
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 123
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	. 124
Abb.	l Entwicklung von DAX und Dow Jones	. 125
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	. 126
18	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	. 127
19	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	. 131

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 31. März 2011	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. April 2011					
		in Mio. €							
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere <sup>1</sup>	41 000	3 000	0	44 000					
Anleihen <sup>2</sup>	627 736	8 000	0	635 736					
Bundesobligationen	205 000	6 000	19 000	192 000					
Bundesschatzbriefe <sup>3</sup>	8 500	63	55	8 508					
Bundesschatzanweisungen	135 000	5 000	0	140 000					
Unverzinsliche Schatzanweisungen	82 752	9 9 1 4	10 951	81 714					
Finanzierungsschätze <sup>4</sup>	570	35	42	563					
Tagesanleihe	1 845	38	50	1833					
Schuldscheindarlehen	12 370	0	0	12370					
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51					
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	633	0	0	633					
Kreditmarktmittel insgesamt	1 115 457			1 117 409					

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:	
	31. März 2011			30. April 2011	
	in Mio. €				
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	240 084			236 083	
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	349 779			357 793	
langfristig (mehr als 4 Jahre)	525 593			523 533	
Kreditmarktmittel insgesamt	1 115 457			1 117 409	

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>5- und 10-jährige ILB.

 $<sup>^2</sup>$  10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und EURO-Gegenwert der USD-Anleihe.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup>1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Ermächtigungsrahmen Belegung am 31. März 2011						
	in Mrd. €							
Ausfuhren	135,0	111,4	110,3					
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	35,2	30,4					
Bilaterale FZ-Vorhaben	5,72	2,4	1,3					
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	7,5					
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	185,0	105,8	106,0					
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	54,1	50,6					
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0					
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	4,0					
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	-					
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	9,2	-					

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2009 bis 2014 Gesamtübersicht

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung		
			Mr	Mrd.€			
1. Ausgaben	292,3	303,7	305,8	301,0	301,5	301,1	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+3,5	+3,9	+0,7	- 1,6	+0,2	- 0,1	
2. Einnahmen <sup>1</sup>	257,7	259,3	257,0	260,6	269,6	276,7	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,7	+0,6	- 0,9	+1,4	+3,5	+2,6	
darunter:							
Steuereinnahmen	227,8	226,2	229,2	232,8	241,8	250,3	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-4,8	-0,7	+1,3	+1,6	+3,8	+3,5	
3. Finanzierungssaldo	-34,5	-44,4	- 48,8	- 40,5	- 32,0	- 24,5	
in % der Ausgaben	11,8	14,6	16,0	13,4	10,6	8,1	
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos							
4. Bruttokreditaufnahme <sup>2</sup> (-)	269,0	289,0	317,9	318,7	321,1	308,0	
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	+ 6,4	- 5,0	- 3,7	- 0,7	+ 0,0	- 0,2	
6. Tilgungen (+)	228,5	240,0	273,1	279,2	289,5	284,2	
7. Nettokreditaufnahme	-34,1	-44,0	- 48,4	- 40,1	- 31,6	- 24,1	
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	
Nachrichtlich:							
Investive Ausgaben	27,1	26,1	33,8	29,0	26,4	25,9	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+11,5	-3,8	+29,8	- 10,2	- 9,1	- 1,7	
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5	

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Januar 2011.

¹ Gem. BHO § 13 Absatz 4.2 ohne Münzeinnahmen.

 $<sup>^2\,</sup> Nach\, Abzug\, der\, Finanzierung\, der\, Eigenbestandsveränderung.$ 

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mic	). €		
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	27 939	28 196	27 799	27 699	27 550	27 421
Aktivitätsbezüge	20977	21 117	20749	20 611	20 454	20 313
Ziviler Bereich	9 2 6 9	9 443	9 2 4 8	9 256	9 2 6 7	9 289
Militärischer Bereich	11 708	11 674	11 501	11 355	11 187	11 024
Versorgung	6 962	7 079	7 050	7 088	7 096	7 108
Ziviler Bereich	2 462	2 459	2 443	2 445	2 431	2 407
Militärischer Bereich	4 500	4 620	4 606	4 643	4 665	4 701
Laufender Sachaufwand	21 395	21 494	22 336	22 331	22 554	22 565
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 478	1 544	1 350	1 328	1311	1 313
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 281	10 442	10 429	10305	10 497	10 453
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 635	9 508	10 557	10699	10 746	10 798
Zinsausgaben	38 099	33 108	35 343	36 354	40 520	48 016
an andere Bereiche	38 099	33 108	35 343	36354	40 520	48 016
Sonstige	38 099	33 108	35 343	36354	40 520	48 016
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 054	33 058	35 302	36313	40 479	47 975
an Ausland	3	8	0	0	0	C
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	177 289	194 377	188 756	186 513	186 057	185 563
an Verwaltungen	14396	14114	15 094	14 563	14800	14783
Länder	8 754	8 579	9 3 5 4	8 729	8 972	8 982
Gemeinden	18	17	18	9	8	8
Sondervermögen	5 624	5 5 1 8	5 721	5 824	5819	5 793
Zweckverbände	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	162 892	180 263	173 662	171 950	171 257	170 780
Unternehmen	22 951	24212	25 056	24767	24919	25 732
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 699	29 665	28 159	27 889	26350	23 828
an Sozialversicherung	105 130	120 831	114 657	113 755	114436	115 667
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 249	1 336	1 584	1 572	1 596	1 604
an Ausland	3 858	4216	4205	3 966	3 954	3 948
an Sonstige	5	3	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	264 721	277 175	274 234	272 897	276 681	283 566

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2009 bis 2014

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Ausgabeart	Ist	Ist	Soll		Finanzplanung	
			in Mi	o.€		
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	8 504	7 660	7 499	7 505	7 366	7 307
Baumaßnahmen	6 830	6242	6014	5 9 6 0	5 745	5 707
Erwerb von beweglichen Sachen	1 030	916	910	898	882	895
Grunderwerb	643	503	576	647	740	704
Vermögensübertragungen	15 619	15 350	14 975	14 773	14 591	14 415
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	15 190	14 944	14581	14416	14 234	14 059
an Verwaltungen	5 852	5 209	5 092	4927	4786	4 640
Länder	5 804	5 142	5 031	4848	4 693	4 5 4 7
Gemeinden und Gemeindeverbände	48	68	59	77	91	91
Sondervermögen	0	0	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 338	9 735	9 489	9 489	9 449	9 419
Sonstige - Inland	6 462	6 599	6 179	6 4 1 0	6 3 7 9	6 3 7 6
Ausland	2876	3 136	3 310	3 079	3 069	3 043
Sonstige Vermögensübertragungen	429	406	394	358	356	356
an andere Bereiche	429	406	394	358	356	356
Sonstige - Inland	148	137	157	138	136	136
Ausland	282	269	237	220	220	220
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 409	3 473	10 250	7 120	4 798	4 582
Darlehensgewährung	2 490	2 663	9 444	6 189	3 864	3 760
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 490	2 662	9 443	6 188	3 863	3 760
Sozialversicherung	0	0	5 400	2 150	0	C
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	872	1 075	2 368	2 527	2 439	2 228
Ausland	1 618	1 587	1 675	1511	1 425	1 532
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	919	810	806	931	934	822
Inland	13	13	1	1	1	1
Ausland	905	797	805	931	933	822
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	27 532	26 483	32 724	29 399	26 755	26 305
Darunter: Investive Ausgaben	27 103	26 077	32 330	29 041	26398	25 948
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	0	-1 158	-1 296	-1 936	-8 771
Ausgaben zusammen	292 253	303 658	305 800	301 000	301 500	301 100

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		Rechnung		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 490	48 881	25 097	17 877	-	5 907
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6376	6 1 0 5	3 797	1311	-	997
2	Auswärtige Angelegenheiten	8 8 3 1	3 787	494	171	-	3 122
3	Verteidigung	32 147	31 853	16 107	14769	_	977
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 606	3 258	2 085	980	_	193
5	Rechtsschutz	364	352	247	89	-	16
6	Finanzverwaltung	4166	3 5 2 5	2367	557	-	601
	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung,	10.022	12.750	400	001		12.470
I	kulturelle Angelegenheiten	16 933	13 759	480	801	-	12 478
13	Hochschulen	3 423	2 428	10	9	-	2 409
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 771	2 771	-	-	-	2 771
15	Sonstiges Bildungswesen	555	480	9	67	-	404
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 471	7 5 6 6	461	719	-	6386
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	712	513	1	5	-	507
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	160 005	153 698	224	200	-	153 273
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	115 158	109 758	47	-	-	109 711
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	6614	6614	-	0	-	6614
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 587	2 3 4 6	-	36	-	2310
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 912	33 783	49	93	-	33 641
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	232	232	-	-	-	232
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 502	964	128	71	-	765
3	Gesundheit und Sport	1 580	883	275	277	-	331
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	444	370	146	151	-	72
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	444	370	146	151	-	72
32	Sport	132	113	-	5	-	108
33	Umwelt- und Naturschutz	410	223	81	66	-	75
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	594	177	47	54	-	76
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 098	777	-	16	-	761
41	Wohnungswesen	1 353	765	-	4	-	761
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	732	12	-	12	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 163	749	28	165	-	557
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	351	351	-	70	-	281
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	351	351	-	70	-	281
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	245	199	28	94	_	77

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2011

Funktion	Ausgabengruppe	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen in Mio. €	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaber
0	Allgemeine Dienste	983	2 588	3 038	6 610	6 576
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	264	7	0	271	271
2	Auswärtige Angelegenheiten	101	2 464	2 480	5 044	5 043
3	Verteidigung	217	78	-	294	261
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	308	40	-	348	348
5	Rechtsschutz	12	-	-	12	12
6	Finanzverwaltung	82	0	558	640	640
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	178	2 986	11	3 175	3 175
13	Hochschulen	1	993	-	994	994
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	-
15	Sonstiges Bildungswesen	0	75	-	75	75
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	176	1718	11	1 906	1 906
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	199	-	199	199
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	895	5 401	6 307	5 947
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	5 400	5 400	5 400
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.		-	-	-	-
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	238	1	240	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	123	-	129	6
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	-
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	534	-	538	538
3	Gesundheit und Sport	467	231	-	697	697
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	57	17	-	74	74
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	57	17	-	74	74
32	Sport	-	19	-	19	19
33	Umwelt- und Naturschutz	7	180	-	187	187
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	403	15	-	417	417
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 317	3	1 320	1 320
41	Wohnungswesen	-	585	3	588	588
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	-	12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	720	-	720	720
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	5	408	1	414	414
52	Verbesserung der Agrarstruktur	-	367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	-	-	-	-	-
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	-	-	-	-	-
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	41	0	46	46

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2011

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 334	2 645	61	535	-	2 049
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	778	634	-	415	-	219
621	Kernenergie	282	202	-	-	-	202
622	Erneuerbare Energieformen	50	19	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	445	412	-	411	-	1
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 600	1 579	-	7	-	1 572
64	Handel	143	143	-	9	-	135
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	740	19	-	10	-	9
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	2 073	269	61	94	-	114
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	4 190	1 036	2 081	-	1 073
72	Straßen	7 262	1 018	-	878	-	140
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 719	837	508	289	-	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	4	-	-	-	4
75	Luftfahrt	207	196	47	21	-	129
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 211	2 135	482	893	-	760
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15 999	12 070	-	13	-	12 057
81	Wirtschaftsunternehmen	10716	6 787	-	13	-	6 774
832	Eisenbahnen	3 877	77		5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 839	6711	-	8	-	6 703
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
873	Sondervermögen	5 283	5 283	-	-	-	5 283
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	35 462	36 581	597	371	35 343	270
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	308	270	-	-	-	270
92	Schulden	35 362	35 362	-	19	35 343	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-208	949	597	352	-	0
Summe al	ler Hauptfunktionen	305 800	274 234	27 799	22 336	35 343	188 756

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Soll 2011

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
Funktion				in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	81	812	1 796	2 689	2 689
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	80	64	-	144	144
621	Kernenergie	80	-	-	80	80
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	33	-	33	33
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	21	-	21	21
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	721	-	721	721
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	7	1 796	1804	1804
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 775	1 771	-	7 546	7 546
72	Straßen	4832	1 412	-	6 2 4 4	6 2 4 4
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	882	-	-	882	882
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	12	-	-	12	12
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	49	27	-	76	76
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	3 929	-	3 929	3 929
81	Wirtschaftsunternehmen	-	3 929	-	3 929	3 929
832	Eisenbahnen	-	3 801	-	3 801	3 801
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	128	-	128	128
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	iller Hauptfunktionen	7 499	14 975	10 250	32 724	32 330

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche								
Vergleichsdaten Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
5	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Veränderung gegenüber Vorjahr						11,4		
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. Personalausgaben des	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	N4:1 C	7.2	12.1	16.1	171	20.1	24.0	20.1
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben Anteil a. d. investiven Ausgaben des	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Steueraufkommen <sup>3</sup>								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2011

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
degenstand der Nachweisung				Ist-Ergebnisse	!			Soll
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	305,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	0,
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	257,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6	-0,
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 48,
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	-14,3	- 11,5	-34,1	- 44,0	-48,
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,2	- 0,3	-0,4	-0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	- 0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,3	14,7	14,8	15,1	14,4	14,2	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	35,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	6,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	58,3	57,9	58,6	60,9	60,8	56,5	
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	32,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	- 4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	24,
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	10,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,2	33,7	39,9	37,0	25,7	29,7	
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	229,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	-4,8	-0,7	1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	74,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,
Anteil am gesamten	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	43,0	
Steueraufkommen <sup>3</sup>								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	15,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	149
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	58,6	60,2	103,7	60,5	39,0	61,0	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	16941/2		
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1054		

 $<sup>^{1}</sup> Nach \, Abzug \, der \, Erg\"{a}nzungszuweisungen \, an \, L\"{a}nder.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1991 Gesamtdeutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Dezember 2010; 2010 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	614,7	627,0	638,2	649,2	676,9	727,1	733,5
Einnahmen	549,2	574,5	597,7	648,5	667,7	634,7	651,6
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-9,1	-92,3	-81,9
darunter:							
Bund <sup>2</sup>							
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3
Länder <sup>3</sup>							
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	275,1	286,1	287,9
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	274,9	258,9	265,6
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-0,2	-27,2	-22,3
Gemeinden <sup>4</sup>							
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	177,2	182,2
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,0	174,5
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,2	-7,7
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	-0,9	2,0	1,8	1,7	4,3	7,4	0,9
Einnahmen	-0,6	4,6	4,0	8,5	2,9	-4,9	2,7
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-2,0	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9
Einnahmen	-2,6	7,8	1,9	9,8	5,8	-4,7	0,6
Länder							
Ausgaben	-1,0	1,1	0,0	2,1	3,6	4,0	0,6
Einnahmen	1,9	1,6	5,4	9,2	0,7	-5,8	2,6
Gemeinden							
Ausgaben	0,1	2,0	2,8	2,6	4,0	5,4	2,8
Einnahmen	3,3	3,3	6,0	6,0	3,9	-3,6	2,6

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 7: Öffentlicher Gesamthaushalt von 2004 bis 2010

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,3	-1,7	-0,0	-0,4	-3,9	-3,3
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,4	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,9
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,3	-12,7	-11,2
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,1	-9,5	-7,7
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,0	-4,2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	27,8	28,0	27,4	26,7	27,3	30,3	29,3
darunter:							
Bund	11,4	11,6	11,2	11,1	11,4	12,2	12,2
Länder	11,6	11,6	11,2	10,9	11,1	11,9	11,5
Gemeinden	6,8	6,8	6,8	6,6	6,8	7,4	7,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der ÖGH Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: Juni 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Kernhaushalte; bis 2007 Rechnungsergebnisse; 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

 $<sup>^4</sup>$  Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 und 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

### noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen				
	! <b>-</b>		dav	on .			
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
Jahr		in Mrd. €		in %			
		Bundesrepubli	k Deutschland				
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9		
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0		
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1		
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5		
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2		
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6		
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5		
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4		
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3		
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6		
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8		
2011 <sup>2</sup>	555,0	267,9	287,1	48,3	51,7		
2012 <sup>2</sup>	584,6	291,7	292,9	49,9	50,1		
2013 <sup>2</sup>	608,7	311,5	297,2	51,2	48,8		
2014 <sup>2</sup>	630,5	327,8	302,8	52,0	48,0		
2015 <sup>2</sup>	652,3	344,1	308,2	52,7	47,3		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Volk Gesamtrech		Abgrenzung der F	Finanzstatistik <sup>3</sup>
Jahr	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
		in Relation zu		3 ,
1960	23,0	33,4	22,6	32
1965	23,5	34,1	23,1	33
1970	23,0	34,8	21,8	32
1975	22,8	38,1	22,5	36
1976	23,7	39,5	22,9	38
1977	24,6	40,4	24,0	39
1978	24,2	39,9	24,0	38
1979	23,9	39,6	23,8	38
1980	23,8	39,6	23,7	38
1981	22,8	39,1	22,9	38
1982	22,5	39,1	22,5	38
1983	22,5	38,7	22,6	37
1984	22,6	38,9	22,5	37
1985	22,8	39,1	22,7	38
1986	22,3	38,6	22,3	37
1987	22,5	39,0	22,5	38
1988	22,2	38,6	22,2	37
1989	22,7	38,8	22,8	37
1990	21,6	37,3	22,2	37
1991	22,0	38,9	22,0	38
1992	22,4	39,6	22,7	39
1993	22,4	40,2	22,6	39
1994	22,3	40,5	22,5	39
1995	21,9	40,3	22,5	40
1996	22,4	41,4	21,8	39
1997	22,2	41,4	21,3	39
1998	22,7	41,7	21,7	39
1999	23,8	42,5	22,5	40
2000	24,2	42,5	22,7	40
2001	22,6	40,8	21,1	38
2002	22,3	40,5	20,6	37
2003	22,3	40,6	20,4	37
2004	21,8	39,7	20,1	37
2005	22,0	39,7	20,2	36
2006	22,8	40,0	21,0	37
2007	23,7	40,1	22,1	37
2008	23,8	40,2	22,6	38
2009	23,5	40,6	21,9	37
2010	22,8	39,6	21,3	37

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2010. 2010: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates	
lahe	inggesomt	darunt	er
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften³	Sozialversicherung <sup>3</sup>
		in Relation zum BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1976	48,3	30,5	17,8
1977	47,9	30,1	17,8
1978	47,0	29,4	17,6
1979	46,5	29,3	17,2
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

		Ausgaben des Staates						
Jahr	insgesamt	darunter						
Jaili	ilisgesallit	Gebietskörperschaften³	Soziaversicherungen <sup>3</sup>					
	in Relation zum BIP in %							
2000	47,6	26,5	21,1					
2000 <sup>4</sup>	45,1	24,0	21,1					
2001	47,6	26,3	21,3					
2002	48,1	26,4	21,7					
2003	48,5	26,5	22,0					
2004	47,1	25,9	21,2					
2005	46,8	26,1	20,8					
2006	45,3	25,4	19,9					
2007	43,6	24,5	19,1					
2008	43,8	24,7	19,0					
2009	47,5	26,6	20,9					
2010 <sup>4</sup>	46,6	26,3	20,3					

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

2010: Vorläufiges Ergebnis; Stand: Mai 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Schulden	(Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 882	1 694 368	1 998 81
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 750	1 053 814	1 284 12
Kernhaushalte	767 697	812 082	887915	919 304	940 187	959 918	991 283	1 034 71
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 734	969 21
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549	1197
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 832	62 530	249 40
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533	246 60
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998	2 80
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 745	5953
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 346	5953
Kreditmarktmittel iwS	414 952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 009	577 4
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 3 3 3	2 410	3 180	2 3 3 7	178
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 399	
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 827	
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	571	
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110 627	108 864	113 810	1193
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 039	1193
Kreditmarktmittel iwS	84069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	76 386	79 2
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 653	40 1
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 5 4 6	2 702	2 612	2 682	2 771	
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 724	
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	48	
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 555	7146
Maastricht-Schuldenstand	1 384 000	1 454 000	1 524 000	1 572 000	1 579 000	1 644 000	1 761 000	
nachrichtlich:								
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 533	246 6
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-	-	-	
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	0	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	15 500	15 500	15 500	15 500	145
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 998	2 8
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 540	28 5
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 493	13 99
FMS Wertmanagement	_		_	_	_	_		189 5

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte einschl. Kassenkredite

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	
			,	Anteil an den S	schulden (in %)				
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2	64,	
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5	51,	
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7	12,	
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1	29,	
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7	6,	
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8	35,	
		Anteil der Schulden am BIP (in %)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	62,7	64,7	66,4	66,4	63,8	63,6	70,7	80,	
Bund	38,2	39,3	40,3	40,8	39,4	39,7	44,0	51,	
Kernhaushalte	35,5	36,7	39,6	39,5	38,7	38,7	41,4	41,	
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6	10,	
Länder	19,6	20,3	21,0	20,8	19,9	19,5	22,0	23,	
Gemeinden	5,0	5,1	5,1	4,8	4,5	4,4	4,7	4,	
nachrichtlich:									
Länder + Gemeinden	24,5	25,3	26,2	25,6	24,5	23,9	26,7	28,	
Maastricht-Schuldenstand	63,9	65,8	68,0	67,6	64,9	66,3	73,4	82 1/	
				Schulden in:	sgesamt (€)				
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698	24 45	
nachrichtlich:									
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 163,8	2 210,9	2 242,2	2 326,5	2 432,4	2 481,2	2 397,1	2 498	
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862	81 750 71	

 $\label{thm:Quelle:Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.}$ 

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzun	Abgrenzung der Finanzstatistil					
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher G	esamthaushalt
Jahr		in Mrd. €		iı	n Relation zum BIP i	n%	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9		
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7
1991	-43,8	-54,7	10,9	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1
1992	-40,7	-39,1	-1,6	-2,5	-2,4	-0,1	-59,2	-3,6
1993	-50,9	-53,9	3,0	-3,0	-3,2	0,2	-70,5	-4,2
1994	-40,9	-42,9	2,0	-2,3	-2,4	0,1	-59,5	-3,3
1995	-59,1	-51,4	-7,7	-3,2	-2,8	-0,4	-55,9	-3,0
1996	-62,5	-56,1	-6,4	-3,3	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3
1997	-50,6	-52,1	1,5	-2,6	-2,7	0,1	-48,1	-2,5
1998	-42,7	-45,7	3,0	-2,2	-2,3	0,2	-28,8	-1,5
1999	-29,3	-34,6	5,3	-1,5	-1,7	0,3	-26,9	-1,3
2000	-23,7	-24,3	0,6	-1,2	-1,2	0,0	-34,0	-1,6
2000 <sup>4</sup>	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	-	
2001	-59,6	-55,8	-3,8	-2,8	-2,6	-0,2	-46,6	-2,2
2002	-78,3	-71,5	-6,8	-3,7	-3,3	-0,3	-57,0	-2,7
2003	-87,2	-79,5	-7,7	-4,0	-3,7	-0,4	-67,9	-3,1
2004	-83,5	-82,3	-1,2	-3,8	-3,7	-0,1	-65,5	-3,0
2005	-74,1	-70,2	-3,9	-3,3	-3,1	-0,2	-52,5	-2,3
2006	-37,1	-42,2	5,1	-1,6	-1,8	0,2	-40,5	-1,7
2007	6,3	-4,6	10,9	0,3	-0,2	0,4	-0,6	0,0
2008	2,8	-6,0	8,8	0,3	-0,2	0,4	-9,1	-0,4
2008	-72,7	-59,3	-13,3	-3,0	-2,5	-0,6	-92,3	-3,9
2009 2010 <sup>4</sup>	-82,0	-86,9	4,8	-3,3	-3,5	0,2	-92,3	-3,3

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995).
 2006 bis 2009 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2010.

 $<sup>2010:</sup> Vorl\"{a}ufiges \textit{ Jahresergebnis}; Stand: Mai 2011.$ 

 $<sup>^3\,</sup>Ohne\,Sozial versicherungen, ab\,1997\,ohne\,Krankenh\"{a}user.\,Bis\,2008\,Rechnungsergebniss, 2009\,bis\,2010 Kassenergebnisse.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land						in % de	es BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,2	-1,2	-3,3	0,3	0,1	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	-0,3	-1,3	-5,9	-4,1	-3,7	-4,2
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	2,5	-2,8	-1,7	0,1	-0,6	-2,4
Griechenland	-	-	-14,0	-9,1	-3,7	-5,2	-6,4	-9,8	-15,4	-10,5	-9,5	-9,3
Spanien	-	-	-	-6,5	-1,1	1,0	1,9	-4,2	-11,1	-9,2	-6,3	-5,3
Frankreich	-0,1	-3,0	-2,4	-5,5	-1,5	-2,9	-2,7	-3,3	-7,5	-7,0	-5,8	-5,3
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,6	0,1	-7,3	-14,3	-32,4	-10,5	-8,8
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,4	-2,0	-4,3	-1,5	-2,7	-5,4	-4,6	-4,0	-3,2
Zypern	-	-	-	-0,8	-2,3	-2,4	3,4	0,9	-6,0	-5,3	-5,1	-4,9
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,7	3,0	-0,9	-1,7	-1,0	-1,1
Malta	-	-	-	-4,2	-6,2	-2,9	-2,4	-4,5	-3,7	-3,6	-3,0	-3,0
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,2	0,6	-5,5	-5,4	-3,7	-2,3
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,9	-0,9	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-3,1	-3,5	-10,1	-9,1	-5,9	-4,5
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-1,8	-2,1	-8,0	-7,9	-5,1	-4,6
Slowenien	-	-	-	-8,4	-3,7	-1,5	-0,1	-1,8	-6,0	-5,6	-5,8	-5,0
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	5,2	4,2	-2,6	-2,5	-1,0	-0,7
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,1	-2,5	-0,7	-2,0	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,1	1,7	-4,7	-3,2	-2,7	-1,6
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	4,8	3,2	-2,7	-2,7	-4,1	-3,2
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-0,3	-4,2	-9,7	-7,7	-4,5	-3,8
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-1,0	-3,3	-9,5	-7,1	-5,5	-4,8
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-1,9	-3,7	-7,3	-7,9	-5,8	-3,6
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-2,6	-5,7	-8,5	-6,4	-4,7	-3,6
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	3,6	2,2	-0,7	0,0	0,9	2,0
Tschechien	-	-	-	-13,4	-3,7	-3,6	-0,7	-2,7	-5,9	-4,7	-4,4	-4,1
Ungarn	-	-	-	-8,7	-3,0	-7,9	-5,0	-3,7	-4,5	-4,2	1,6	-3,3
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-2,7	-5,0	-11,4	-10,4	-8,6	-7,0
EU	-	-	-	5,2	-0,4	-2,5	-0,9	-2,4	-6,8	-6,4	-4,7	-3,8
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,4	-2,2	-8,7	-9,3	-9,7	-9,8
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-2,8	-6,2	-11,2	-11,2	-10,0	-8,6

 $<sup>^{1}\,\</sup>mathrm{F\ddot{u}r}\,\mathrm{EU\text{-}Mitgliedstaaten}$  ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011.

Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

Stand: Mai 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land						in % de	s BIP					
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	68,0	64,9	66,3	73,5	83,2	82,4	81,1
Belgien	74,1	115,2	125,7	130,4	107,9	92,1	84,2	89,6	96,2	96,8	97,0	97,5
Estland	-	-	-	9,0	5,1	4,6	3,7	4,6	7,2	6,6	6,1	6,9
Griechenland	22,3	47,9	71,0	97,0	103,4	100,3	105,4	110,7	127,1	142,8	157,7	166,1
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,3	59,3	43,0	36,1	39,8	53,3	60,1	68,1	71,0
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,5	57,3	66,4	63,9	67,7	78,3	81,7	84,7	86,8
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,8	27,4	25,0	44,4	65,6	96,2	112,0	117,9
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	109,2	105,9	103,6	106,3	116,1	119,0	120,3	119,8
Zypern	-	-	-	40,6	48,7	69,1	58,3	48,3	58,0	60,8	62,3	64,3
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	6,7	13,6	14,6	18,4	17,2	19,0
Malta	-	-	-	35,3	55,9	69,6	62,0	61,5	67,6	68,0	68,0	67,9
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	45,3	58,2	60,8	62,7	63,9	64,0
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,3	66,5	63,9	60,7	63,8	69,6	72,3	73,8	75,4
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,5	62,8	68,3	71,6	83,0	93,0	101,7	107,4
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	29,6	27,8	35,4	41,0	44,8	46,8
Slowenien	-	-	-	18,7	26,4	26,7	23,1	21,9	35,2	38,0	42,8	46,0
Finnland	11,3	16,0	14,1	56,6	43,8	41,7	35,2	34,1	43,8	48,4	50,6	52,2
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,1	69,1	70,0	66,2	69,9	79,3	85,4	87,7	88,5
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	17,2	13,7	14,6	16,2	18,0	18,6
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	27,5	34,5	41,8	43,6	45,3	47,1
Lettland	-	-	-	15,1	12,3	12,4	9,0	19,7	36,7	44,7	48,2	49,4
Litauen	-	-	-	11,5	23,7	18,4	16,9	15,6	29,5	38,2	40,7	43,6
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	45,0	47,1	50,9	55,0	55,4	55,1
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	12,6	13,4	23,6	30,8	33,7	34,8
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	40,2	38,8	42,8	39,8	36,5	33,4
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	29,7	29,0	30,0	35,3	38,5	41,3	42,9
Ungarn	-	-	-	85,4	54,9	61,8	66,1	72,3	78,4	80,2	75,2	72,7
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	44,5	54,4	69,6	80,0	84,2	87,9
EU	-	-	-	69,7	61,8	62,8	59,0	62,3	74,4	80,2	82,3	83,3
Japan	51,5	67,7	68,0	92,4	142,1	191,6	187,7	195,0	217,6	223,1	236,1	242,1
USA	42,4	56,1	64,3	71,6	55,1	61,9	62,4	71,5	84,7	92,0	98,3	102,4

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005 - EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011; für USA und Japan alle Jahre. Stand: Mai 2011.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

lond	Steuern in % des BIP													
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009			
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,8	22,8	23,1	22,6			
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,8	30,2	30,2	28,8			
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	48,6	48,0	47,2	47,2			
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,6	31,1	31,0	30,3			
Frankreich	22,4	21,0	24,3	23,5	24,5	28,4	27,7	27,7	27,4	27,1	25,5			
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,5	20,5	20,6	20,3	19,4			
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,1	25,8	27,2	26,2	23,7	22,3			
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	29,8	30,4	29,8	29,7			
Japan	14,2	14,8	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	17,7	18,0	17,3				
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,2	27,6	26,1			
Luxemburg	18,8	23,1	29,0	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,8	25,5	26,2			
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,1	25,3	24,6				
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,7	33,7	31,2			
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,5	27,8	27,4	27,9	28,4	27,9			
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	21,8	22,8	22,9				
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	22,7	23,4	23,9	23,7				
Schweden	29,3	33,3	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	36,0	35,0	34,8	35,1			
Schweiz	14,9	18,6	19,7	19,7	20,2	22,7	22,2	22,5	22,2	22,4	23,2			
Slowakei	-	-	-	-	-	20,0	18,8	17,7	17,7	17,4	16,7			
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,2	23,7	24,6	25,2	21,1	18,6			
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,7	21,5	20,8	21,1	20,0	19,5			
Ungarn	-	-	-	-	26,6	27,2	25,7	25,2	26,7	27,1	26,8			
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,8	29,5	28,9	27,5			
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,3	21,4	19,5	17,5			

 $<sup>^{1}</sup> Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$ 

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $<sup>^2</sup> Nicht vergleich bar \ mit \ Quoten \ in \ der \ Abgrenzung \ der \ Volkswirtschaftlichen \ Gesamtrechnung \ oder \ deutschen \ Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgaben quoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land				Steuerr	und Sozialat	ogaben in % d	es BIP			
Lanu	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,4	36,0	37,0	37,0
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,7	44,6	44,3	43,8	44,2	43,2
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,8	49,6	49,0	48,2	48,2
Finnland	31,6	35,8	43,7	45,7	47,2	43,9	43,8	43,0	43,1	43,1
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,0	43,5	43,2	41,9
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,8	31,7	32,3	32,6	29,4
Irland	28,5	31,0	33,1	32,5	31,3	30,4	31,8	30,9	28,8	27,8
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,2	40,8	42,3	43,4	43,3	43,5
Japan	19,6	25,1	29,0	26,8	27,0	27,4	28,0	28,3	28,1	
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,0	32,3	31,1
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	37,6	35,6	35,7	35,5	37,5
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,6	38,4	39,1	38,7	39,1	
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	44,0	43,8	42,6	41,0
Österreich	33,8	38,9	39,7	41,4	43,2	42,4	41,9	42,1	42,7	42,8
Polen	-	-	-	36,2	32,8	33,0	34,0	34,8	34,3	
Portugal	17,8	22,2	26,9	32,1	32,8	33,7	34,4	35,2	35,2	
Schweden	37,9	46,5	52,2	47,5	51,4	48,9	48,3	47,4	46,3	46,4
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,3	28,9	29,1	30,3
Slowakei	-	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,4	29,3	29,3
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,7	36,6	37,3	33,3	30,7
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	37,0	37,3	36,0	34,8
Ungarn	-	-	-	41,3	38,5	37,4	37,2	39,7	40,2	39,1
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	35,7	36,5	36,2	35,7	34,3
USA	27,0	26,4	27,4	27,9	29,5	27,1	27,9	27,9	26,1	24,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht \, vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnung \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Cesamtau	sgaben des	Staates in	% des RID				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland <sup>1</sup>	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,5	43,8	47,5	46,7	45,6	44,5
Belgien	58,5	52,3	52,2	49,1	52,1	48,6	48,4	50,1	54,1	53,1	52,9	53,0
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,4	39,9	45,1	42,5	42,0	41,4
Finnland	46,5	48,2	61,4	48,3	50,0	48,9	47,2	49,3	55,8	55,8	54,9	55,0
Frankreich	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,3	52,8	56,0	56,5	56,1	55,8
Griechenland	-	44,8	45,7	46,6	43,8	44,9	46,2	49,1	53,2	49,8	49,3	49,2
Irland	53,2	42,8	41,1	31,3	34,0	34,5	36,8	42,7	48,9	67,5	45,2	43,8
Italien	49,8	52,9	52,5	46,1	48,1	48,7	47,9	48,9	51,9	51,0	50,0	49,4
Luxemburg		37,7	39,7	37,6	41,5	38,6	36,2	36,9	42,2	42,9	42,7	42,7
Malta	-	-	39,7	41,0	44,8	43,8	42,4	44,8	43,9	44,6	44,1	44,3
Niederlande	57,3	54,9	51,6	44,2	44,8	45,5	45,2	46,0	51,4	51,7	50,7	49,5
Österreich	53,5	51,5	56,2	52,0	50,1	49,3	48,3	48,7	52,3	52,7	52,3	52,1
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,5	43,7	43,5	48,1	49,3	46,8	46,9
Slowenien	-	-	52,6	46,7	45,2	44,5	42,4	44,1	49,0	49,7	49,0	48,3
Spanien	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,3	45,8	45,7	43,4	42,9
Zypern	-	-	33,1	37,0	43,6	43,4	42,2	42,5	45,8	46,1	46,1	46,2
Euroraum	-	-	50,5	46,2	47,3	46,6	45,9	46,9	50,8	50,8	49,4	48,7
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	39,7	34,4	39,7	37,6	40,6	38,0	37,1	36,0
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,9	58,3	57,9	56,9	56,1
Lettland	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,1	35,7	38,8	43,9	42,7	41,7	39,7
Litauen	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	43,6	42,7	41,5	41,8
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,4	46,2	45,5	44,6
Rumänien	-	-	36,5	38,6	33,6	35,5	36,2	38,2	41,0	40,2	37,2	36,4
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,5	54,6	52,9	51,6	50,5
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	36,6	34,3	35,0	41,5	40,0	38,0	37,4
Tschechien	-	-	54,5	41,8	45,0	43,8	42,5	42,9	46,0	45,8	44,9	44,1
Ungarn	-	-	55,7	46,7	50,2	52,0	50,0	48,9	50,5	48,9	47,4	46,9
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	43,9	47,5	51,7	51,1	49,5	47,9
EU-27	-	-	50,2	44,8	46,8	46,3	45,6	46,9	50,8	50,6	49,2	48,4
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,8	38,9	42,2	43,2	41,2	40,3
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	36,2	35,9	37,1	40,2	40,4	40,7	41,4

 $<sup>^{1}1985\,</sup>bis\,1990\,nur\,alte\,Bundesländer.$ 

Stand: November 2010.

 $\label{thm:quelle:eu-kommission} \textbf{,} \textbf{Statistischer Anhang der Europ\"{a}ischen Wirtschaft".}$ 

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	nalt 2010 <sup>1</sup>		EU-Haus	shalt 2011 <sup>2</sup>		
	Verpflichtu	ıngen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahlu	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64 501,2	45,5	53 328,2	42,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differe	nz in %	Differen	z in Mio. €
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
Rubrik	10	11	12	13
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,4	-3,0	- 839,6	-1 726,3
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	- 538,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	- 59,8	5,0	- 148,9
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

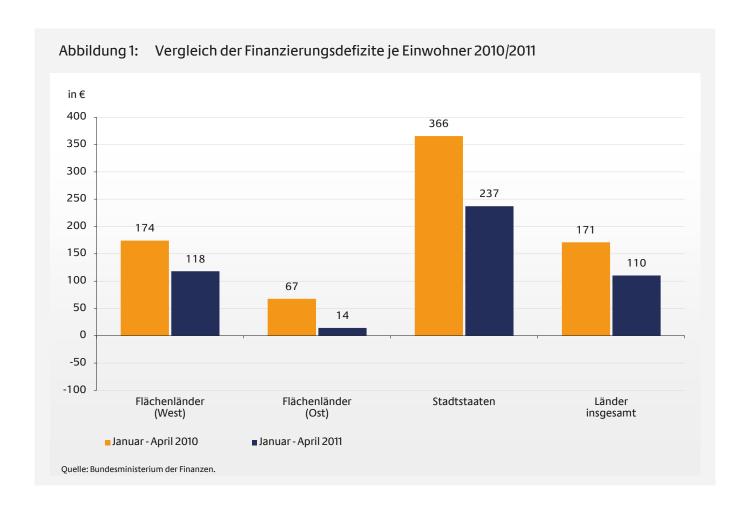
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis April 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011

	Flächenlän	der (West)	Flächenlär	nder (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zus	ammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	lio.€			
Bereinigte Einnahmen	185 147	61 935	49 619	16 472	31 844	10 893	260 830	87 414
darunter:								
Steuereinnahmen	142 421	47 929	25 619	8 700	19 557	6 7 9 6	187597	63 42
Übrige Einnahmen	42 727	14006	24 000	7 773	12 287	4098	73 233	23 990
Bereinigte Ausgaben	204 445	69 372	51 641	16 656	37 209	12 291	287 514	96 433
darunter:								
Personalausgaben	81 700	28 327	12 385	4136	10 689	3 951	104774	36 41
Lfd. Sachaufwand	13 403	4024	3 771	1 158	7 720	2786	24893	7 968
Zinsausgaben	13 737	6 509	3134	1 285	4241	1 545	21 112	9 339
Sachinvestitionen	4 0 5 7	880	1 708	286	816	189	6581	1 354
Zahlungen an Verwaltungen	54 666	17582	15717	6 029	1 023	222	65 625	2194
Übrige Ausgaben	36 882	12 049	14926	3 763	12 721	3 598	64 529	19 41
Finanzierungssaldo	-19 298	-7 436	-2 021	- 184	-5 355	-1 398	-26 674	-9 01

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2011

						in Mio. €				
			April 2010		März 2011				April 2011	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder <sup>1</sup>	Insgesamt <sup>1</sup>	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesam
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>2</sup> für das laufende	75 732	79 770	149 504	58 442	68 670	123 228	80 147	87 414	161 68
11	Haushaltsjahr Einnahmen der laufenden Rechnung	73 617	75 048	148 664	57 667	64 588	122 254	78 602	81 272	15987
111	Steuereinnahmen	64792	57810	122 603	51 901	49 424	101 325	71 856	63 424	135 28
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 019	13 340	14359	634	11 497	12 131	843	13 747	1459
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	605	605	-	609	609	-	609	60
1122	Länderfinanzausgleich <sup>2</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 115	4722	6 838	775	4082	4857	1 545	6 142	7 68
121	Veräußerungserlöse	1 081	162	1 243	71	182	253	768	231	99
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	826	96	922	0	69	70	664	74	73
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	255	3 272	3 527	295	2 487	2 782	301	4 250	4 55
2	Bereinigte Ausgaben <sup>2</sup> für das laufende Haushaltsjahr	119 057	93 767	206 827	83 915	74 775	154 806	109 028	96 433	199 58
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	111 236	86 457	197 693	79 404	68 815	148 219	102 562	88 646	191 20
211	Personalausgaben	10 957	35 783	46 739	7817	28 053	35 870	10 051	36 415	46 46
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 117	10184	13 301	2 241	8 115	10 356	2 854	10 403	13 25
212	Laufender Sachaufwand	6 744	7 740	14 483	4 0 6 5	6 051	10 116	5 499	7 968	13 46
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	3 059	5 056	8 115	1 964	3 985	5 949	2 630	5 2 2 1	7 85
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	15 163	9 298	24 461	12 039	7 246	19 285	16818	9 3 3 9	26 15
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	5 100	17 444	22 544	3 2 1 9	15 006	18 225	4 655	18815	23 47
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>2</sup>	-	- 273	- 273	-	314	314	-	12	1
2142	Zuweisungen an Gemeinden	7	16 562	16 568	4	13 689	13 692	5	17 535	1754
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	7 821	7311	15 132	4511	5 959	10 471	6 465	7787	14 25
221	Sachinvestitionen	1 593	1 277	2 870	703	886	1 588	1 091	1 354	2 44
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 634	2 769	4 403	895	2 544	3 438	1 674	3 132	480
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	7 658	7 080	14737	4 432	5 696	10 128	6326	7515	13 84

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis April 2011

						in Mio. €				
			April 2010		1	März 2011			April 2011	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder <sup>1</sup>	Insgesamt <sup>1</sup>	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- <b>43 296</b> <sup>3</sup>	-13 997	-57 293	-25 449 <sup>3</sup>	-6 105	-31 553	-28 849 <sup>3</sup>	-9 018	-37 867
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	101 410	27 149	128 559	82 552	19 750	102 302	101 418	29 642	131 060
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	71 623	32 132	103 754	65 998	29 348	95 346	92 874	38 097	130 97
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	29 788	-4983	24805	-16 554	-9 598	-26 152	-8 544	-8 454	-16 99
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-12 159	5 567	-6 592	-10034	8 248	-1 786	-6815	8 127	1 31
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	14 050	14 050	-	16 425	16 425	-	15 021	15 02
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	12 161	-7 720	4 440	10 035	-6 070	3 965	-6815	-9 008	-15 82

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Aufgrund von Korrekturmeldungen veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung April 2010.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

 $<sup>^3\,</sup>Einschließlich \,haushaltstechnische \,Verrechnungen.$ 

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	10 892	14 034 a	3 029	6 525	2 023	6 996	16 368	3 706	888
11	Einnahmen der laufenden Rechung	10 309	13 424	2 804	6 184	1 792	6 5 6 7	15 484	3 492	86
111	Steuereinnahmen	8 064	11 127	1 832	5 222	993	5 043	12998	2 6 1 6	72
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 667	1 082	783	626	646	827	1 674	613	9
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	37	-	36	10	44	21	
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	80	-	96	93	111	39	2
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	583	610 a	225	341	231	430	883	214	2
121	Veräußerungserlöse	0	1	9	9	2	66	4	0	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	-	-	65	-	-	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	435	493	108	326	110	323	634	119	1
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	12 515	13 880 b	3 104	7 332	2 253	8 031	18 340	5 019	1 32
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	11 480	12 734 b	2 787	6 696	2 050	7 627	16 597	4543	1 25
211	Personalausgaben	5 583	6 495	822	2 575	533	3 123 2	6 694 2	2 054	52
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	1721	1 900	60	841	33	989	2 250	620	19
212	Laufender Sachaufwand	570	943	168	515	140	470	987	327	5
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	505	778	141	418	124	411	750	282	5
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 175	602 b	245	888	201	757	1 903	549	25
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	2 447	3 257	1 029	1 701	702	2 030	3919	985	15
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	582	982	-	615	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 851	2 255	860	1 074	602	2 030	3 875	968	13
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 035	1 145	317	637	203	404	1 743	475	7
221	Sachinvestitionen	205	339	13	163	44	44	56	31	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	510	471	127	345	82	135	867	154	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	989	1 090	317	613	203	404	1 663	456	(

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2011

		•	•	•	•	in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 623	154 °	- 75	- 808	- 230	-1 035	-1 972	-1 312	- 438
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	3 629	1819 <sup>d</sup>	522	1 529	334	677	8 821	4092	- 17
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	4 793	2 431 d	2 006	3 3 1 0	390	1 248	8 287	5 263	282
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-1 164	-612	-1 483	-1 782	- 56	- 571	535	-1 171	- 299
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	520	-	-	-	2 923	925	398
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 057	2 787	23	1 256	892	2 572	807	2	597
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-89	-	-1 138	-1 333	- 85	717	-3 147	- 925	- 149

 $<sup>^{1}</sup>$  In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Mai-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 6,1 Mio. €, b 189,7 Mio. €, c -183,6 Mio. €, d 50,0 Mio. €.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2011

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	<b>Bereinigte Einnahmen</b> <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	5 693	2 814	2 806	2 913	6 363	1 088	3 461	87 41	
11	Einnahmen der laufenden Rechung	4338	2 617	2 636	2 556	6 009	1 060	3 320	81 27	
111	Steuereinnahmen	2 732	1 527	2 130	1 616	3 416	671	2 708	63 42	
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 313	909	294	759	1 924	271	267	13 74	
1121	darunter: Allgemeine BEZ	79	48	3	43	242	39	-	60	
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	175	517	13	122	775	140	-		
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 355	197	170	357	355	28	141	6 14	
121	Veräußerungserlöse	2	4	2	6	71	0	53	23	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	3	0	-	2	-	-	7	
22	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 080	110	98	132	170	26	77	42	
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	4 763	3 378	3 208	3 158	7 250	1 509	3 551	96 43	
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	4343	3 114	3 018	2 951	6916	1 408	3 3 1 0	88 64	
211	Personalausgaben	1 252	765	1 284	765	2 425	461	1 065	364	
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	67	55	444	47	640	150	392	104	
212	Laufender Sachaufwand	291	340	154	220	1 559	240	988	7 9	
2121	dar unter: Sächliche Verwaltungsausgaben	230	119	131	136	697	104	342	5 2	
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	151	368	381	321	930	230	385	9 3:	
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 687	991	788	1 166	89	28	35	188	
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	19		
2142	Zuweisungen an Gemeinden	1 306	809	733	1 031	2	2	3	175	
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	420	264	191	207	334	101	241	7 78	
221	Sachinvestitionen	132	45	39	52	70	13	106	13	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	92	91	88	64	37	26	26	3 1	
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	420	264	190	207	304	101	231	75	

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis April 2011

		in Mio. €								
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	930	- 564	- 403	- 244	- 887	- 422	- 90	-9 018	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	445	2 3 9 6	1 555	868	3 108	179	- 315	29 64	
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	570	1 521	2 061	735	4 112	1 089	-	38 09	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 125	875	- 505	133	-1 004	-910	-315	-8 45	
	Zum Ende des Monats bestehende									
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	889	-	109	1 350	858	156	8 12	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 061	91	-	-	367	353	2 157	15 02	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	- 908	-1 619	288	8	- 853	225	-9 00	

 $<sup>^1 {\</sup>rm In}\, {\rm der}\, {\rm L\"{a}ndersumme}\, {\rm ohne}\, {\rm Zuweisungen}\, {\rm von}\, {\rm L\"{a}ndern}\, {\rm im}\, {\rm L\"{a}nderfinanzausgleich}.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ohne Mai-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 6,1 Mio. €, b 189,7 Mio. €, c -183,6 Mio. €, d 50,0 Mio. €.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoir	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	werbslose quote <sup>3</sup>		je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,6		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,1	-1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	-1,3	50,0	3,1	7,5	-0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	-0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	-0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	-0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	-0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	-0,9	51,6	3,9	9,2	-0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	-0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,4	2,7	3,1	18,2
2007	39,7	1,7	52,6	3,6	8,3	2,7	1,0	1,0	18,7
2008	40,3	1,4	52,8	3,1	7,2	1,0	-0,4	-0,2	19,0
2009	40,3	0,0	53,0	3,2	7,4	-4,7	-4,7	-2,2	17,6
2010	40,5	0,5	53,0	2,9	6,8	3,6	3,1	1,0	17,9
2005/00	39,0	-0,2	51,8	3,8	8,8	0,6	0,8	1,3	18,8
2010/05	39,8	0,8	52,7	3,6	8,4	1,1	0,3	0,5	18,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $<sup>^4\,{\</sup>rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	а.		
1991							
1992	+7,3	+5,0	+3,2	+4,1	+4,1	+5,1	+6,3
1993	+2,9	+3,7	+2,0	+3,2	+3,4	+4,4	+3,8
1994	+5,1	+2,4	+1,0	+2,2	+2,5	+2,7	+0,2
1995	+3,8	+1,9	+1,5	+1,5	+1,3	+1,7	+2,1
1996	+1,5	+0,5	-0,7	+0,7	+1,0	+1,4	+0,4
1997	+2,1	+0,3	-2,2	+0,9	+1,4	+1,9	-0,9
1998	+2,6	+0,6	+1,6	+0,1	+0,5	+0,9	+0,1
1999	+2,4	+0,3	+0,5	+0,2	+0,3	+0,6	+0,5
2000	+2,5	-0,7	-4,8	+0,9	+0,9	+1,5	+0,7
2001	+2,5	+1,2	-0,1	+1,3	+1,7	+2,0	+0,6
2002	+1,4	+1,4	+2,1	+0,8	+1,1	+1,4	+0,6
2003	+1,0	+1,2	+1,0	+1,0	+1,5	+1,0	+0,8
2004	+2,2	+1,0	-0,3	+1,1	+1,4	+1,7	-0,5
2005	+1,4	+0,6	-1,4	+1,2	+1,4	+1,6	-0,8
2006	+3,8	+0,4	-1,4	+0,9	+1,1	+1,6	-1,7
2007	+4,6	+1,8	+0,5	+1,7	+1,9	+2,3	-0,2
2008	+2,0	+1,0	-1,2	+1,6	+1,8	+2,6	+2,4
2009	-3,4	+1,4	+4,0	+0,0	-0,0	+0,4	+5,7
2010	+4,2	+0,6	-2,2	+1,4	+1,9	+1,1	-1,3
2005/00	+1,7	+1,1	+0,2	+1,1	+1,4	+1,5	+0,1
2010/05	+2,2	+1,0	-0,1	+1,1	+1,3	+1,6	+0,9

 $<sup>^{1}</sup> Ohne \, private \, Organisation en \, ohne \, Erwerbszweck.$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mrd.€			Anteile am BIP in %		
1991			-6,1	-23,1	25,8	26,2	-0,4	-1,5
1992	0,2	0,6	-7,5	-18,6	24,1	24,5	-0,5	-1,1
1993	-4,8	-6,4	-0,5	-17,8	22,3	22,3	0,0	-1,1
1994	8,9	8,1	2,6	-28,4	23,1	22,9	0,1	-1,6
1995	7,7	6,2	8,7	-24,0	24,0	23,5	0,5	-1,3
1996	5,5	3,7	16,9	-12,3	24,9	24,0	0,9	-0,7
1997	12,7	11,6	23,9	-8,6	27,5	26,2	1,2	-0,4
1998	7,0	6,8	26,8	-13,4	28,7	27,3	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,4	-24,0	29,4	28,5	0,9	-1,2
2000	16,4	18,7	7,2	-26,7	33,4	33,0	0,4	-1,3
2001	6,9	1,8	42,5	-0,9	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	-3,6	97,7	45,9	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,9	44,8	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,9	106,5	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,5	8,9	118,9	116,8	41,1	35,8	5,3	5,2
2006	14,5	14,9	133,0	153,8	45,4	39,7	5,7	6,6
2007	8,1	5,0	172,8	186,5	46,9	39,8	7,1	7,7
2008	3,2	5,2	159,5	166,6	47,5	41,0	6,4	6,7
2009	-16,9	-15,5	118,5	119,7	40,8	35,9	4,9	5,0
2010	17,7	18,6	131,7	130,2	46,1	40,8	5,3	5,2
2005/00	6,0	3,3	77,5	47,7	36,5	33,0	3,6	2,1
2010/05	4,6	4,9	139,1	145,6	44,6	38,8	5,8	6,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>	
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>			
Jahr	V	eränderung in % p.a	а.	in	%	Veränderu	ng in % p.a.	
1991				71,0	71,0			
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2	
1993	1,4	-1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,2	
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	-2,4	
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	-0,6	
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	-1,1	
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	-2,6	
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6	
1999	1,4	-1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5	
2000	2,5	-0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2	
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5	
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	-0,2	
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	-0,8	
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,6	1,0	
2005	1,3	5,5	-0,6	66,7	68,3	0,3	-1,0	
2006	5,0	11,5	1,7	64,6	66,2	1,0	-1,2	
2007	3,3	4,3	2,7	64,3	65,8	1,6	-0,6	
2008	1,8	-1,4	3,6	65,4	66,8	2,2	-0,4	
2009	-4,2	-12,6	0,2	68,4	69,9	-0,2	-0,3	
2010	6,2	14,1	2,6	66,1	67,4	2,3	1,8	
2005/00	2,1	5,9	0,5	70,2	71,3	1,1	0,1	
2010/05	2,4	2,7	2,2	65,9	67,4	1,4	-0,2	

 $<sup>^1</sup>$  Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung.

Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 14.04.2011.

#### Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12.

- 1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar unter der Internetseite: http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/ outgaps/library. Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), "Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434".
- 2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die zwölfte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre

- verlängert, um Glättungen mit dem HP-Filter vornehmen zu können.
- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- Berechnungen zum Stand der Frühjahrsprojektion 2011 der Bundesregierung. Die Jahre 2011 und 2012 basieren auf der Kurzfristprojektion, die Jahre 2013 bis 2015 auf der Mittelfristprojektion und Potenzialschätzung der Bundesregierung.
- 5. Das **Produktionspotenzial** ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren. Die **Produktionslücke** kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d.h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wider. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (beziehungsweise Output Gaps). Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Außer als Berechnungsgrundlage in der neuen Schuldenregel sind Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken auch notwendig,

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für den Fünfjahreszeitraum der mittelfristigen Finanzplanung durchgeführt werden. Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell

schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die **Budgetsensitivität** als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren. Sie ermittelt also die Auswirkungen der konjunkturellen Schwankungen auf den öffentlichen Haushalt. Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind in dem Monatsbericht Februar 2011 Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http:// www.bundesfinanzministerium. de/nn 123210/DE/BMF Startseite/ Aktuelles/Monatsbericht des BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03konjunkturkomponente-des-bundes/node.

html? nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität <sup>1</sup>	Konjunkturkomponente <sup>2</sup>
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2010	2 548,4	2 498,8	-49,6	0,248	-12,3
2011	2 610,9	2 587,0	-23,9	0,160	-3,8
2012	2 694,6	2 677,1	-17,4	0,160	-2,8
2013	2 771,4	2 757,6	-13,9	0,160	-2,2
2014	2 848,5	2 840,4	-8,1	0,160	-1,3
2015	2 925,8	2 925,8	0,0	0,160	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrunde liegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für das vergangene und das laufende Jahr entspricht sie nicht dem gemäß der Schuldenregel relevanten Wert. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 bzw. dem Bundeshaushalt 2011 zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial			Produktionslücken			
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	inal	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % des pot. BIP	in Mrd.€	in % des pot. BIP	
1982	1 355,9	+2,0	948,9	+6,7	-23,6	-1,7	-16,5		
1983	1 383,7	+2,0	995,5	+4,9	-30,4	-2,2	-21,8		
1984	1 411,6	+2,0	1 035,8	+4,0	-20,1	-1,4	-14,7		
1985	1 438,7	+1,9	1 078,1	+4,1	-14,8	-1,0	-11,1		
1986	1 468,9	+2,1	1 133,7	+5,2	-12,4	-0,8	-9,6		
1987	1 501,0	+2,2	1 173,3	+3,5	-24,0	-1,6	-18,8		
1988	1 539,1	+2,5	1 223,5	+4,3	-7,4	-0,5	-5,9		
1989	1 584,5	+2,9	1 295,8	+5,9	6,8	0,4	5,6		
1990	1 642,7	+3,7	1 389,0	+7,2	32,3	2,0	27,3		
1991	1 695,5	+3,2	1 477,9	+6,4	65,1	3,8	56,7	3,8	
1992	1 746,1	+3,0	1 597,5	+8,1	53,7	3,1	49,1	3,1	
1993	1 790,2	+2,5	1 699,0	+6,4	-4,9	-0,3	-4,7	-0,3	
1994	1 826,9	+2,1	1 775,1	+4,5	5,8	0,3	5,6	0,3	
1995	1 861,5	+1,9	1 842,6	+3,8	5,9	0,3	5,8	0,3	
1996	1 894,7	+1,8	1 884,9	+2,3	-8,8	-0,5	-8,7	-0,5	
1997	1 926,9	+1,7	1 922,4	+2,0	-6,9	-0,4	-6,9	-0,4	
1998	1 959,1	+1,7	1 965,5	+2,2	-0,1	0,0	-0,1	0,0	
1999	1 992,6	+1,7	2 006,2	+2,1	5,8	0,3	5,8	0,3	
2000	2 026,9	+1,7	2 026,9	+1,0	35,6	1,8	35,6	1,8	
2001	2 060,6	+1,7	2 085,4	+2,9	27,5	1,3	27,8	1,3	
2002	2 091,3	+1,5	2 146,5	+2,9	-3,2	-0,2	-3,3	-0,2	
2003	2 118,4	+1,3	2 200,0	+2,5	-34,9	-1,6	-36,2	-1,6	
2004	2 143,3	+1,2	2 247,2	+2,1	-34,6	-1,6	-36,3	-1,6	
2005	2 166,1	+1,1	2 286,0	+1,7	-41,5	-1,9	-43,8	-1,9	
2006	2 190,4	+1,1	2 320,5	+1,5	5,7	0,3	6,0	0,3	
2007	2 218,4	+1,3	2 393,5	+3,1	36,1	1,6	38,9	1,6	
2008	2 248,0	+1,3	2 449,8	+2,4	28,8	1,3	31,4	1,3	
2009	2 267,8	+0,9	2 505,9	+2,3	-98,4	-4,3	-108,8	-4,3	
2010	2 292,8	+1,1	2 548,4	+1,7	-44,6	-1,9	-49,6	-1,9	
2011	2 327,1	+1,5	2 610,9	+2,5	-21,3	-0,9	-23,9	-0,9	
2012	2 362,8	+1,5	2 694,6	+3,2	-15,3	-0,6	-17,4	-0,6	
2013	2 397,6	+1,5	2 771,4	+2,9	-12,0	-0,5	-13,9	-0,5	
2014	2 431,1	+1,4	2 848,5	+2,8	-6,9	-0,3	-8,1	-0,3	
2015	2 463,5	+1,3	2 925,8	+2,7	0,0	0,0	0,0	0,0	

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1982	+2,0	1,3	0,1	0,6
1983	+2,0	1,4	0,0	0,6
1984	+2,0	1,5	-0,1	0,6
1985	+1,9	1,6	-0,2	0,6
1986	+2,1	1,6	-0,1	0,6
1987	+2,2	1,7	-0,1	0,6
1988	+2,5	1,8	0,1	0,6
1989	+2,9	1,9	0,3	0,7
1990	+3,7	2,0	0,8	0,8
1991	+3,2	2,0	0,3	0,9
1992	+3,0	1,9	0,0	1,1
1993	+2,5	1,7	-0,1	0,9
1994	+2,1	1,6	-0,4	0,8
1995	+1,9	1,4	-0,3	0,8
1996	+1,8	1,3	-0,3	0,7
1997	+1,7	1,3	-0,3	0,7
1998	+1,7	1,2	-0,2	0,7
1999	+1,7	1,3	-0,2	0,7
2000	+1,7	1,3	-0,3	0,7
2001	+1,7	1,2	-0,2	0,6
2002	+1,5	1,1	-0,1	0,4
2003	+1,3	1,0	0,0	0,3
2004	+1,2	0,9	0,0	0,3
2005	+1,1	0,8	0,0	0,3
2006	+1,1	0,7	0,0	0,4
2007	+1,3	0,6	0,2	0,5
2008	+1,3	0,5	0,3	0,6
2009	+0,9	0,3	0,1	0,5
2010	+1,1	0,5	0,3	0,4
2011	+1,5	0,5	0,5	0,5
2012	+1,5	0,6	0,4	0,5
2013	+1,5	0,7	0,2	0,5
2014	+1,4	0,8	0,0	0,5
2015	+1,3	0,9	-0,1	0,6

 $<sup>^{1}</sup> Abweichungen \, des \, ausgewiesen en \, Potenzial wachstums \, von \, der \, Summe \, der \, Wachstums beiträge \, sind \, rundungsbedingt.$ 

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt <sup>1</sup>	nominal		
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1982	1 332,4	-0,4	932,4	+4,2	
1983	1 353,3	+1,6	973,6	+4,4	
1984	1 391,5	+2,8	1 021,0	+4,9	
1985	1 423,9	+2,3	1 067,0	+4,5	
1986	1 456,5	+2,3	1 124,2	+5,4	
1987	1 476,9	+1,4	1 154,5	+2,7	
1988	1 531,7	+3,7	1 217,5	+5,5	
1989	1 591,4	+3,9	1 301,4	+6,9	
1990	1 675,0	+5,3	1 416,3	+8,8	
1991	1 760,6	+5,1	1 534,6	+8,4	
1992	1 799,7	+2,2	1 646,6	+7,3	
1993	1 785,3	-0,8	1 694,4	+2,9	
1994	1 832,7	+2,7	1 780,8	+5,1	
1995	1 867,4	+1,9	1 848,5	+3,8	
1996	1 886,0	+1,0	1 876,2	+1,5	
1997	1 920,0	+1,8	1 915,6	+2,1	
1998	1 959,0	+2,0	1 965,4	+2,6	
1999	1 998,4	+2,0	2 012,0	+2,4	
2000	2 062,5	+3,2	2 062,5	+2,5	
2001	2 088,1	+1,2	2 113,2	+2,5	
2002	2 088,1	+0,0	2 143,2	+1,4	
2003	2 083,5	-0,2	2 163,8	+1,0	
2004	2 108,7	+1,2	2 210,9	+2,2	
2005	2 124,6	+0,8	2 242,2	+1,4	
2006	2 196,2	+3,4	2 326,5	+3,8	
2007	2 254,5	+2,7	2 432,4	+4,6	
2008	2 276,8	+1,0	2 481,2	+2,0	
2009	2 169,3	-4,7	2 397,1	-3,4	
2010	2 248,1	+3,6	2 498,8	+4,2	
2011	2 305,8	+2,6	2 587,0	+3,5	
2012	2 347,5	+1,8	2 677,1	+3,5	
2013	2 385,6	+1,6	2 757,6	+3,0	
2014	2 424,2	+1,6	2 840,4	+3,0	
2015	2 463,5	+1,6	2 925,8	+3,0	

 $<sup>^{1}</sup> Verkettete \ Volumen ang aben, berechnet \ auf \ Basis \ der \ vom \ Statistischen \ Bundesamt \ veröffentlichten \ Indexwerte \ (2000=100).$ 

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten	Erwerbstätige, Inland	
Jahr	Erwerbsb	evölkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert		
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjah
982	52 069	+1,3	68,6	68,6	33 655	-0,8
983	52 587	+1,0	68,9	68,3	33 348	-0,9
984	52 916	+0,6	69,3	68,7	33 636	+0,9
1985	53 021	+0,2	69,9	69,7	34108	+1,4
1986	53 093	+0,1	70,6	70,6	34763	+1,9
1987	53 128	+0,1	71,3	71,4	35 248	+1,4
1988	53 294	+0,3	71,9	72,2	35 750	+1,4
1989	53 664	+0,7	72,5	72,6	36 421	+1,9
1990	54 518	+1,6	72,9	73,2	37 568	+3,2
1991	55 023	+0,9	73,2	74,1	38 621	+2,8
1992	55 349	+0,6	73,3	73,3	38 059	-1,5
1993	55 613	+0,5	73,4	73,0	37 555	-1,3
1994	55 686	+0,1	73,4	73,3	37 516	-0,1
1995	55 775	+0,2	73,5	73,2	37 601	+0,2
1996	55 907	+0,2	73,6	73,3	37 498	-0,3
1997	55 980	+0,1	73,9	73,7	37 463	-0,1
1998	55 991	+0,0	74,4	74,4	37 911	+1,2
1999	55 952	-0,1	74,9	74,8	38 424	+1,4
2000	55 852	-0,2	75,4	75,7	39 144	+1,9
2001	55 772	-0,1	76,0	76,2	39316	+0,4
2002	55 719	-0,1	76,6	76,5	39 096	-0,6
2003	55 596	-0,2	77,2	76,7	38 726	-0,9
2004	55 359	-0,4	77,8	77,7	38 880	+0,4
2005	55 063	-0,5	78,4	78,8	38 835	-0,1
2006	54 746	-0,6	79,0	79,1	39 075	+0,6
2007	54 523	-0,4	79,5	79,5	39 724	+1,7
2008	54377	-0,3	79,9	79,8	40 276	+1,4
2009	54 080	-0,5	80,2	80,4	40 271	-0,0
2010	53 861	-0,4	80,5	80,6	40 483	+0,5
2011	53 832	-0,1	80,7	80,7	40 873	+1,0
2012	53 750	-0,2	80,9	80,8	41 113	+0,6
2013	53 603	-0,3	81,1	81,0	41 142	+0,1
2014	53 391	-0,4	81,3	81,2	41 172	+0,1
2015	53 128	-0,5	81,4	81,6	41 201	+0,1
2016	52 838	-0,5	81,6	81,6	41 013	-0,5
2017	52 521	-0,6	81,7	81,7	40 868	-0,4
2018	52 185	-0,6	81,9	81,8	40 700	-0,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	,	Arbeitszeit je Erwerbstät	igen, Arbeitsstunde	n	Arbeitslosigkeit				
Jahr		end		v. prognostiziert	in % der Erwerbspersonen <sup>2</sup>	NAIRU³			
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr					
1982	1 707	-0,9	1 706	-0,6	5,8	5,1			
1983	1 692	-0,9	1 694	-0,8	7,2	5,5			
1984	1 675	-1,0	1 682	-0,7	7,5	5,9			
1985	1 658	-1,0	1 659	-1,4	7,7	6,2			
1986	1 640	-1,1	1 640	-1,1	7,2	6,4			
1987	1 623	-1,1	1 618	-1,3	7,1	6,6			
1988	1 606	-1,0	1 613	-0,3	7,1	6,7			
1989	1 590	-1,0	1 590	-1,4	6,5	6,8			
1990	1 576	-0,9	1 567	-1,4	5,8	6,9			
1991	1 565	-0,7	1 548	-1,2	5,3	6,9			
1992	1 556	-0,6	1 566	+1,2	6,2	7,1			
1993	1 548	-0,5	1 550	-1,0	7,5	7,2			
1994	1 540	-0,5	1 547	-0,2	8,1	7,4			
1995	1 531	-0,6	1 534	-0,9	7,9	7,5			
1996	1 521	-0,7	1518	-1,0	8,5	7,8			
1997	1510	-0,7	1 509	-0,6	9,2	8,0			
1998	1 498	-0,8	1 503	-0,4	9,0	8,2			
1999	1 486	-0,8	1 492	-0,8	8,1	8,3			
2000	1 474	-0,8	1 473	-1,3	7,4	8,5			
2001	1 462	-0,8	1 458	-1,0	7,5	8,6			
2002	1 452	-0,7	1 445	-0,9	8,3	8,7			
2003	1 444	-0,6	1 439	-0,4	9,2	8,7			
2004	1 438	-0,4	1 442	+0,2	9,7	8,7			
2005	1 432	-0,4	1 434	-0,5	10,5	8,6			
2006	1 428	-0,3	1 430	-0,3	9,8	8,4			
2007	1 424	-0,3	1 430	+0,0	8,3	8,1			
2008	1 420	-0,2	1 426	-0,2	7,2	7,7			
2009	1 418	-0,2	1 390	-2,5	7,4	7,3			
2010	1 418	-0,0	1 419	+2,1	6,7	6,9			
2011	1418	+0,0	1 426	+0,5	5,9	6,4			
2012	1418	-0,0	1 425	-0,1	5,3	5,9			
2013	1 416	-0,1	1 419	-0,4	5,2	5,4			
2014	1 413	-0,2	1 414	-0,4	5,1	5,0			
2015	1 408	-0,3	1 408	-0,4	5,0	4,5			
2016	1 403	-0,4	1 402	-0,4	3,3	1,5			
2017	1 397	-0,4	1 395	-0,4					
2018	1 391	-0,4	1 389	-0,4					

 $<sup>^112.\</sup> koordinierte\ Bev\"{o}lkerungsvorausberechnung\ des\ Statistischen\ Bundesamtes;\ Variante\ 1-W1.$ 

 $<sup>{}^2\,</sup> Erwerbs lose nquote \, nach \, Definition \, der \, International \, Labour \, Organization \, (ILO).$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 3}\,{\rm NAIRU}$  - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Nettoanlag	evermögen	Bruttoanlage	Bruttoanlageinvestitionen		
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert	
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%	
1982	4 421,0	+1,8	268,8	-4,6	4,4	
1983	4 502,9	+1,9	276,8	+3,0	4,4	
1984	4580,1	+1,7	277,2	+0,1	4,4	
1985	4 654,0	+1,6	279,1	+0,7	4,5	
1986	4731,6	+1,7	288,0	+3,2	4,5	
1987	4810,4	+1,7	294,0	+2,1	4,5	
1988	4897,0	+1,8	308,8	+5,0	4,6	
1989	4 997,6	+2,1	331,2	+7,2	4,7	
1990	5 115,0	+2,4	357,7	+8,0	4,8	
1991	5 240,6	+2,5	376,7	+5,3	4,9	
1992	5 400,6	+3,1	394,2	+4,6	4,5	
1993	5 546,9	+2,7	377,1	-4,3	4,3	
1994	5 680,0	+2,4	393,3	+4,3	4,7	
1995	5 810,7	+2,3	392,5	-0,2	4,6	
1996	5 931,5	+2,1	390,5	-0,5	4,6	
1997	6 046,4	+1,9	394,4	+1,0	4,7	
1998	6 162,6	+1,9	410,0	+4,0	4,9	
1999	6 285,2	+2,0	429,5	+4,7	5,0	
2000	6 413,5	+2,0	442,4	+3,0	5,0	
2001	6 530,4	+1,8	426,3	-3,6	4,8	
2002	6 614,7	+1,3	400,4	-6,1	4,8	
2003	6 679,8	+1,0	399,2	-0,3	5,0	
2004	6 741,6	+0,9	398,0	-0,3	5,0	
2005	6 800,2	+0,9	401,4	+0,9	5,1	
2006	6 877,1	+1,1	433,4	+8,0	5,2	
2007	6 984,0	+1,6	453,7	+4,7	5,0	
2008	7 106,8	+1,8	465,2	+2,5	4,9	
2009	7 202,2	+1,3	418,2	-10,1	4,5	
2010	7 277,7	+1,0	443,4	+6,0	5,1	
2011	7 373,4	+1,3	467,6	+5,5	5,1	
2012	7 485,3	+1,5	488,7	+4,5	5,1	
2013	7 601,1	+1,5	498,3	+1,9	5,1	
2014	7 720,7	+1,6	508,0	+1,9	5,1	
2015	7 844,0	+1,6	517,9	+1,9	5,1	

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,3562	-7,3440
1983	-7,3361	-7,3299
1984	-7,3154	-7,3150
1985	-7,2981	-7,2994
1986	-7,2862	-7,2832
1987	-7,2783	-7,2662
1988	-7,2552	-7,2478
1989	-7,2267	-7,2286
1990	-7,1944	-7,2086
1991	-7,1632	-7,1888
1992	-7,1497	-7,1702
1993	-7,1517	-7,1534
1994	-7,1320	-7,1378
1995	-7,1169	-7,1237
1996	-7,1057	-7,1105
1997	-7,0900	-7,0977
1998	-7,0820	-7,0853
1999	-7,0727	-7,0728
2000	-7,0520	-7,0601
2001	-7,0424	-7,0479
2002	-7,0374	-7,0368
2003	-7,0339	-7,0271
2004	-7,0289	-7,0186
2005	-7,0203	-7,0110
2006	-6,9931	-7,0040
2007	-6,9829	-6,9983
2008	-6,9867	-6,9938
2009	-7,0230	-6,9905
2010	-7,0076	-6,9859
2011	-6,9964	-6,9807
2012	-6,9870	-6,9744
2013	-6,9742	-6,9672
2014	-6,9615	-6,9593
2015	-6,9488	-6,9507

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmer	entgelte, Inland
	2000=100	in % ggü. Vorjahr	2000=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr
1982	70,0	+4,6	72,2	+5,0	540,1	+3,1
1983	71,9	+2,8	74,5	+3,2	552,1	+2,2
1984	73,4	+2,0	76,4	+2,5	573,7	+3,9
1985	74,9	+2,1	77,5	+1,5	596,7	+4,0
1986	77,2	+3,0	76,7	-1,1	628,4	+5,3
1987	78,2	+1,3	76,6	-0,1	656,9	+4,5
1988	79,5	+1,7	78,1	+1,8	684,6	+4,2
1989	81,8	+2,9	81,1	+3,9	716,2	+4,6
1990	84,6	+3,4	83,5	+3,0	774,9	+8,2
1991	87,2	+3,1	85,9	+2,9	845,0	+9,0
1992	91,5	+5,0	89,5	+4,1	916,1	+8,4
1993	94,9	+3,7	92,5	+3,4	938,2	+2,4
1994	97,2	+2,4	94,8	+2,5	961,7	+2,5
1995	99,0	+1,9	96,0	+1,3	997,8	+3,8
1996	99,5	+0,5	97,0	+1,0	1 007,6	+1,0
1997	99,8	+0,3	98,3	+1,4	1 012,0	+0,4
1998	100,3	+0,6	98,8	+0,5	1 033,6	+2,1
1999	100,7	+0,4	99,1	+0,3	1 060,9	+2,6
2000	100,0	-0,7	100,0	+0,9	1 101,7	+3,8
2001	101,2	+1,2	101,8	+1,8	1 122,2	+1,9
2002	102,6	+1,4	103,0	+1,2	1 129,6	+0,7
2003	103,9	+1,2	104,6	+1,5	1 133,2	+0,3
2004	104,8	+1,0	106,0	+1,3	1 137,8	+0,4
2005	105,5	+0,7	107,4	+1,4	1 130,8	-0,6
2006	105,9	+0,4	108,6	+1,1	1 149,8	+1,7
2007	107,9	+1,8	110,5	+1,8	1 180,4	+2,7
2008	109,0	+1,0	112,4	+1,7	1 222,5	+3,6
2009	110,5	+1,4	112,5	+0,1	1 225,8	+0,3
2010	111,2	+0,6	114,7	+2,0	1 260,0	+2,8
2011	112,2	+0,9	117,1	+2,1	1 297,7	+3,0
2012	114,0	+1,6	119,2	+1,8	1 338,9	+3,2
2013	115,6	+1,4	121,1	+1,6	1 370,4	+2,4
2014	117,2	+1,4	123,0	+1,6	1 402,6	+2,4
2015	118,8	+1,4	124,9	+1,6	1 435,6	+2,4

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	/eränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,9	+3,2	+0,8	+2,7	+1,0	-4,7	+3,6	+2,6	+1,9
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+2,9	+1,0	-2,8	+2,2	+2,4	+2,2
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+9,4	+6,9	-5,1	-13,9	+3,1	+4,9	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	+4,3	+1,0	-2,0	-4,5	-3,5	+1,1
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,8	+1,5
Frankreich	+1,7	+2,6	+2,1	+3,9	+1,9	+2,4	+0,2	-2,6	+1,6	+1,8	+2,0
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,7	+6,0	+5,6	-3,5	-7,6	-1,0	+0,6	+1,9
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,7	+1,5	-1,3	-5,2	+1,3	+1,0	+1,3
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+5,1	+3,6	-1,7	+1,0	+1,5	+2,4
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+6,6	+1,4	-3,6	+3,5	+3,4	+3,8
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+4,7	+4,4	+5,3	-3,4	+3,7	+2,0	+2,2
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+3,9	+1,9	-3,9	+1,8	+1,9	+1,7
Österreich	+2,5	+4,2	+2,5	+3,7	+2,5	+3,7	+2,2	-3,9	+2,0	+2,4	+2,0
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+2,4	+0,0	-2,5	+1,3	-2,2	-1,8
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+10,5	+5,8	-4,8	+4,0	+3,5	+4,4
Slowenien	-	-	+4,1	+4,4	+4,5	+6,9	+3,7	-8,1	+1,2	+1,9	+2,5
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+5,3	+0,9	-8,2	+3,1	+3,7	+2,6
Euroraum	+2,3	+3,5	+2,4	+3,9	+1,7	+2,9	+0,4	-4,1	+1,8	+1,6	+1,8
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,4	+6,2	-5,5	+0,2	+2,8	+3,7
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	+1,6	-1,1	-5,2	+2,1	+1,7	+1,5
Lettland	-	-	-0,9	+6,9	+10,6	+10,0	-4,2	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+9,8	+2,9	-14,7	+1,3	+5,0	+4,7
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+6,8	+5,1	+1,7	+3,8	+4,0	+3,7
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+6,3	+7,3	-7,1	-1,3	+1,5	+3,7
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	+3,3	-0,6	-5,3	+5,5	+4,2	+2,5
Tschechien	-	-	+5,9	+3,6	+6,3	+6,1	+2,5	-4,1	+2,3	+2,0	+2,9
Ungarn	-	-	+1,5	+4,9	+3,2	+0,8	+0,8	-6,7	+1,2	+2,7	+2,6
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+3,9	+2,2	+2,7	-0,1	-4,9	+1,3	+1,7	+2,1
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+3,0	+0,5	-4,2	+1,8	+1,8	+1,9
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	+2,4	-1,2	-6,3	+3,9	+0,5	+1,6
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	+1,9	+0,0	-2,7	+2,9	+2,6	+2,7

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

land			jährlich	ne Veränderunger	nin%		
Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	+1,8	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,6	+2,0
Belgien	+2,3	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,6	+2,2
Estland	+4,4	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+4,7	+2,8
Griechenland	+3,3	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+2,4	+0,5
Spanien	+3,6	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,0	+1,4
Frankreich	+1,9	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,2	+1,7
Irland	+2,7	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,0	+0,7
Italien	+2,2	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,6	+1,9
Zypern	+2,2	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,3
Luxemburg	+3,0	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,5	+2,3
Malta	+2,6	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2
Niederlande	+1,7	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,2	+2,1
Österreich	+1,7	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+2,9	+2,1
Portugal	+3,0	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,4	+2,0
Slowakei	+4,3	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+3,6	+2,9
Slowenien	+2,5	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+2,6	+2,1
Finnland	+1,3	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,6	+2,2
Euroraum	+2,2	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,6	+1,8
Bulgarien	+7,4	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+4,3	+3,4
Dänemark	+1,9	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,5	+1,8
Lettland	+6,6	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+3,4	+2,0
Litauen	+3,8	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+3,2	+2,4
Polen	+1,3	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,8	+3,2
Rumänien	+6,6	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+6,7	+4,0
Schweden	+1,5	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,7	+1,6
Tschechien	+2,1	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+2,3	+2,5
Ungarn	+4,0	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+4,0	+3,5
Vereinigtes Königreich	+2,3	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,1	+2,4
EU	+2,3	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0
Japan	+0,3	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	+0,2	+0,3
USA	+3,2	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+2,5	+1,5

Quelle:

EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

Local				ir	n% der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	11,2	8,7	7,5	7,8	7,1	6,4	6,0
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,5	7,0	7,9	8,3	7,9	7,8
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	4,7	5,5	13,8	16,9	13,0	11,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	8,3	7,7	9,5	12,6	15,2	15,3
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	8,3	11,3	18,0	20,1	20,6	20,2
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	8,4	7,8	9,5	9,7	9,5	9,2
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	4,6	6,3	11,9	13,7	14,6	14,0
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,1	6,7	7,8	8,4	8,4	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,9	5,3	4,0	3,6	5,3	6,5	6,3	5,6
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,2	4,9	5,1	4,5	4,4	4,2
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,2	6,4	5,9	7,0	6,8	6,8	6,7
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,6	3,1	3,7	4,5	4,2	4,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	4,4	3,8	4,8	4,4	4,3	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,0	7,7	8,1	7,7	9,6	11,0	12,3	13,0
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	11,1	9,5	12,0	14,4	14,0	13,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,9	4,4	5,9	7,3	8,2	8,0
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,9	6,4	8,2	8,4	7,9	7,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,5	9,1	7,6	7,6	9,6	10,1	10,0	9,7
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	6,9	5,6	6,8	10,2	9,4	8,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,8	3,3	6,0	7,4	7,1	6,7
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	6,0	7,5	17,1	18,7	17,2	15,8
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	4,3	5,8	13,7	17,8	15,5	12,7
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	9,6	7,1	8,2	9,6	9,3	8,8
Rumänien	-	-	6,0	7,3	7,2	6,4	5,8	6,9	7,3	7,2	6,8
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,1	6,2	8,3	8,4	7,6	7,2
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	5,3	4,4	6,7	7,3	6,8	6,4
Ungarn	-	-	9,9	6,4	7,2	7,4	7,8	10,0	11,2	11,0	9,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,3	5,6	7,6	7,8	8,0	7,8
EU	9,4	7,2	10,4	8,7	9,0	7,2	7,1	9,0	9,6	9,5	9,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	3,9	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	4,6	5,8	9,3	9,6	8,7	8,1

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Mai 2011. Für die Jahre ab 2007: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, Mai 2011.

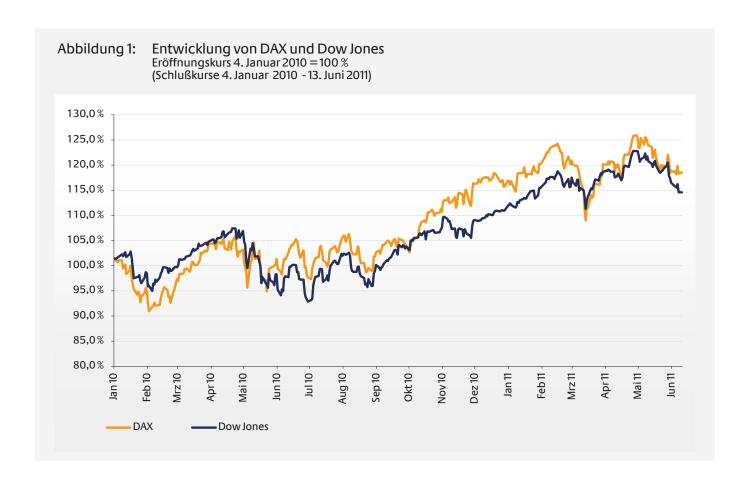
KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	gsbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %			Е	in % des n Bruttoinlar	ominalen idprodukts	5
	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 <sup>1</sup>	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 <sup>1</sup>	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 1
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+5,0	+4,7	+11,2	+7,2	+9,6	+8,1	2,5	3,8	4,7	3,2
darunter												
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,8	+4,5	+11,7	+6,9	+9,3	+8,0	4,1	4,9	5,6	3,9
Ukraine	-14,8	+4,2	+4,5	+4,9	+15,9	+9,4	+9,2	+8,3	-1,5	-1,9	-3,6	-3,8
Asien	+7,2	+9,5	+8,4	+8,4	+3,1	+6,0	+6,0	+4,2	4,1	3,3	3,3	3,6
darunter												
China	+9,2	+10,3	+9,6	+9,5	-0,7	+3,3	+5,0	+2,5	6,0	5,2	5,7	6,3
Indien	+6,8	+10,4	+8,2	+7,8	+10,9	+13,2	+7,5	+6,9	-2,8	-3,2	-3,7	-3,8
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,2	+6,5	+4,8	+5,1	+7,1	+5,9	2,6	0,9	0,9	0,4
Korea	+0,2	+6,1	+4,5	+4,2	+2,8	+3,0	+4,5	+3,0	3,9	2,8	1,1	1,0
Thailand	-2,3	+7,8	+4,0	+4,5	-0,8	+3,3	+4,0	+3,4	8,3	4,6	2,7	1,9
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,7	+4,2	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,8
darunter												
Argentinien	+0,8	+9,2	+6,0	+4,6	+6,3	+10,5	+10,2	+11,5	1,8	0,9	0,1	-0,5
Brasilien	-0,6	+7,5	+4,5	+4,1	+4,9	+5,0	+6,3	+4,8	-1,5	-2,3	-2,6	-3,0
Chile	-1,7	+5,3	+5,9	+4,9	+1,7	+1,5	+3,6	+3,2	1,6	1,9	0,5	-1,3
Mexiko	-6,1	+5,5	+4,6	+4,0	+5,3	+4,2	+3,6	+3,1	-0,7	-0,5	-0,9	-1,1
Sonstige												
Türkei	-4,7	+8,2	+4,6	+4,5	+6,3	+8,6	+5,7	+6,0	-2,3	-6,5	-8,0	-8,2
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,5	+3,8	+7,1	+4,3	+4,9	+5,8	-4,1	-2,8	-4,4	-5,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook April 2011.



# 

T 1 11 47	Ubersicht Weltfinanz	
	I IDArcicht Walttinanz	markta
	THE SICILIAN VICINIAN	11141KIC

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.06.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dow Jones	11 953	11 578	+3,2	9 686	12 811
Eurostoxx 50	2 734	2 793	-2,1	2 489	3 068
Dax	7 085	6914	+2,5	5 434	7 528
CAC 40	3 808	3 805	+0,1	3 331	4 157
Nikkei	9 448	10 229	-7,6	8 605	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	13.06.2011	2010	US-Bond	2010/2011	2010/2011
USA	3,01	3,32	-	2,40	4,03
Deutschland	2,96	2,95	-0,0	2,11	3,49
Japan	1,15	1,13	-1,9	0,85	1,41
Vereinigtes Königreich	3,26	3,45	+0,3	2,84	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	13.06.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dollar/Euro	1,44	1,34	+7,4	1,19	1,49
Yen/Dollar	80,19	81,52	-1,6	73,47	94,65
Yen/Euro	115,39	108,65	+6,2	106,19	134,23
Pfund/Euro	0,88	0,86	+2,3	0,81	0,91

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Deutschland												
EU-KOM	-4,7	+3,6	+2,6	+1,9	+0,2	+1,2	+2,6	+2,0	7,8	7,1	6,4	6,0
OECD	-4,7	+3,5	+3,4	+2,5	+0,2	+1,2	+2,6	+1,7	7,4	6,8	6,0	5,4
IWF	-4,7	+3,5	+2,5	+2,1	+0,2	+1,2	+2,2	+1,5	7,5	6,9	6,6	6,5
USA												
EU-KOM	-2,7	+2,9	+2,6	+2,7	-0,4	+1,6	+2,5	+1,5	9,3	9,6	8,7	8,1
OECD	-2,6	+2,9	+2,6	+3,1	-0,3	+1,6	+2,6	+1,5	9,3	9,6	8,8	7,9
IWF	-2,6	+2,8	+2,8	+2,9	-0,3	+1,6	+2,2	+1,6	9,3	9,6	8,5	7,8
Japan												
EU-KOM	-6,3	+3,9	+0,5	+1,6	-1,4	-0,7	+0,2	+0,3	5,1	5,1	4,9	4,8
OECD	-6,3	+4,0	-0,9	+2,2	-1,3	-0,7	+0,3	-0,2	5,1	5,1	4,8	4,6
IWF	-6,3	+3,9	+1,4	+2,1	-1,4	-0,7	+0,2	+0,2	5,1	5,1	4,9	4,7
Frankreich												
EU-KOM	-2,6	+1,6	+1,8	+2,0	+0,1	+1,7	+2,2	+1,7	9,5	9,7	9,5	9,2
OECD	-2,7	+1,4	+2,2	+2,1	+0,1	+1,7	+2,4	+1,6	9,1	9,3	9,0	8,7
IWF	-2,5	+1,5	+1,6	+1,8	+0,1	+1,7	+2,1	+1,7	9,5	9,7	9,5	9,1
Italien												
EU-KOM	-5,2	+1,3	+1,0	+1,3	+0,8	+1,6	+2,6	+1,9	7,8	8,4	8,4	8,2
OECD	-5,2	+1,2	+1,1	+1,6	+0,8	+1,6	+2,4	+1,7	7,8	8,4	8,4	8,1
IWF	-5,2	+1,3	+1,1	+1,3	+0,8	+1,6	+2,0	+2,1	7,8	8,5	8,6	8,3
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-4,9	+1,3	+1,7	+2,1	+2,2	+3,3	+4,1	+2,4	7,6	7,8	8,0	7,8
OECD	-4,9	+1,3	+1,4	+1,8	+2,2	+3,3	+4,2	+2,1	7,6	7,9	8,1	8,3
IWF	-4,9	+1,3	+1,7	+2,3	+2,1	+3,3	+4,2	+2,0	7,5	7,8	7,8	7,7
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-2,5	+3,1	+3,0	+2,8	+0,3	+1,8	+2,9	+1,6	8,3	8,0	7,5	7,0
IWF	-2,5	+3,1	+2,8	+2,6	+0,3	+1,8	+2,2	+1,9	8,3	8,0	7,6	7,3
Euroraum												
EU-KOM	-4,1	+1,8	+1,6	+1,8	+0,3	+1,6	+2,6	+1,8	9,6	10,1	10,0	9,7
OECD	-4,1	+1,7	+2,0	+2,0	+0,3	+1,6	+2,6	+1,6	9,4	9,9	9,7	9,3
IWF	-4,1	+1,7	+1,6	+1,8	+0,3	+1,6	+2,3	+1,7	9,5	10,0	9,9	9,6
EZB	-	+1,7	+1,7	+1,8	-	+1,6	+2,3	+1,7	-	-	-	
EU-27												
EU-KOM	-4,2	+1,8	+1,8	+1,9	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0	9,0	9,6	9,5	9,1
IWF	-4,1	+1,8	+1,8	+2,1	+0,9	+2,0	+2,7	+1,9	-	-	-	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; März 2011 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Belgien												
EU-KOM	-2,8	+2,2	+2,4	+2,2	+0,0	+2,3	+3,6	+2,2	7,9	8,3	7,9	7,8
OECD	-2,7	+2,1	+2,4	+2,0	+0,0	+2,3	+3,6	+2,4	7,9	8,3	7,6	7,3
IWF	-2,7	+2,0	+1,7	+1,9	+0,0	+2,3	+2,9	+2,3	8,0	8,4	8,4	8,2
Estland												
EU-KOM	-13,9	+3,1	+4,9	+4,0	+0,2	+2,7	+4,7	+2,8	13,8	16,9	13,0	11,5
OECD	-13,9	+3,1	+5,9	+4,7	+0,2	+2,7	+4,6	+3,0	13,9	16,8	14,2	13,0
IWF	-13,9	+3,1	+3,3	+3,7	-0,1	+2,9	+4,7	+2,1	13,8	16,9	14,8	12,8
Finnland												
EU-KOM	-8,2	+3,1	+3,7	+2,6	+1,6	+1,7	+3,6	+2,2	8,2	8,4	7,9	7,4
OECD	-8,3	+3,1	+3,8	+2,8	+1,6	+1,7	+3,2	+1,6	8,3	8,4	7,9	7,1
IWF	-8,2	+3,1	+3,1	+2,5	+1,6	+1,7	+3,0	+2,1	8,3	8,4	8,0	7,8
Griechenland												
EU-KOM	-2,0	-4,5	-3,5	+1,1	+1,3	+4,7	+2,4	+0,5	9,5	12,6	15,2	15,3
OECD	-2,0	-4,5	-2,9	+0,6	+1,3	+4,7	+2,9	+0,7	9,5	12,5	16,0	16,4
IWF	-2,0	-4,5	-3,0	+1,1	+1,4	+4,7	+2,5	+0,5	9,4	12,5	14,8	15,0
Irland												
EU-KOM	-7,6	-1,0	+0,6	+1,9	-1,7	-1,6	+1,0	+0,7	11,9	13,7	14,6	14,0
OECD	-7,6	-1,0	+0,0	+2,3	-1,7	-1,6	+1,3	+0,4	11,7	13,5	14,7	14,6
IWF	-7,6	-1,0	+0,5	+1,9	-1,7	-1,6	+0,5	+0,5	11,8	13,6	14,5	13,3
Luxemburg												
EU-KOM	-3,6	+3,5	+3,4	+3,8	+0,0	+2,8	+3,5	+2,3	5,1	4,5	4,4	4,2
OECD	-3,6	+3,5	+3,2	+3,9	+0,0	+2,8	+4,2	+2,3	5,7	6,0	5,4	4,8
IWF	-3,7	+3,4	+3,0	+3,1	+0,4	+2,3	+3,5	+1,7	5,8	6,1	5,9	5,8
Malta												
EU-KOM	-3,4	+3,7	+2,0	+2,2	+1,8	+2,0	+2,7	+2,2	7,0	6,8	6,8	6,7
OECD	-	-	-		-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,4	+3,6	+2,5	+2,2	+1,8	+2,0	+3,0	+2,6	7,0	6,5	6,5	6,4
Niederlande												
EU-KOM	-3,9	+1,8	+1,9	+1,7	+1,0	+0,9	+2,2	+2,1	3,7	4,5	4,2	4,0
OECD	-3,9	+1,8	+2,3	+1,9	+1,0	+0,9	+2,2	+1,9	3,7	4,3	4,2	4,0
IWF	-3,9	+1,7	+1,5	+1,5	+1,0	+0,9	+2,3	+2,2	3,4	4,5	4,4	4,4
Österreich												
EU-KOM	-3,9	+2,0	+2,4	+2,0	+0,4	+1,7	+2,9	+2,1	4,8	4,4	4,3	4,2
OECD	-3,9	+2,1	+2,9	+2,1	+0,4	+1,7	+3,1	+1,8	4,8	4,4	4,2	4,0
IWF	-3,9	+2,0	+2,4	+2,3	+0,4	+1,7	+2,5	+2,0	4,8	4,4	4,3	4,3

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc		Arbeitslosenquote				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-2,5	+1,3	-2,2	-1,8	-0,9	+1,4	+3,4	+2,0	9,6	11,0	12,3	13,0
OECD	-2,5	+1,3	-2,1	-1,5	-0,9	+1,4	+3,3	+1,3	9,5	10,8	11,7	12,7
IWF	-2,5	+1,4	-1,5	-0,5	-0,9	+1,4	+2,4	+1,4	9,6	11,0	11,9	12,4
Slowakei												
EU-KOM	-4,8	+4,0	+3,5	+4,4	+0,9	+0,7	+3,6	+2,9	12,0	14,4	14,0	13,3
OECD	-4,8	+4,0	+3,6	+4,4	+0,9	+0,7	+3,9	+2,9	12,1	14,4	13,8	12,8
IWF	-4,8	+4,0	+3,8	+4,2	+0,9	+0,7	+3,4	+2,7	12,1	14,4	13,3	12,1
Slowenien												
EU-KOM	-8,1	+1,2	+1,9	+2,5	+0,9	+2,1	+2,6	+2,1	5,9	7,3	8,2	8,0
OECD	-8,1	+1,2	+1,8	+2,6	+0,9	+2,1	+2,5	+2,2	-	-	-	-
IWF	-8,1	+1,2	+2,0	+2,4	+0,9	+1,8	+2,2	+3,1	5,9	7,2	7,5	7,2
Spanien												
EU-KOM	-3,7	-0,1	+0,8	+1,5	-0,2	+2,0	+3,0	+1,4	18,0	20,1	20,6	20,2
OECD	-3,7	-0,1	+0,9	+1,6	-0,2	+2,0	+2,9	+0,9	18,0	20,1	20,3	19,3
IWF	-3,7	-0,1	+0,8	+1,6	-0,2	+2,0	+2,6	+1,5	18,0	20,1	19,4	18,2
Zypern												
EU-KOM	-1,7	+1,0	+1,5	+2,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,3	5,3	6,5	6,3	5,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,7	+1,0	+1,7	+2,2	+0,2	+2,6	+3,9	+2,8	5,3	6,8	6,5	6,3

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April 2011 \& Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai 2011.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise	Arbeitslosenquote				
	2009	2010	20111	2011	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-5,5	+0,2	+2,8	+3,7	+2,5	+3,0	+4,3	+3,4	6,8	10,2	9,4	8,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,5	+0,2	+3,0	+3,5	+2,5	+3,0	+4,8	+3,7	-	10,3	8,0	6,7
Dänemark												
EU-KOM	-5,2	+2,1	+1,7	+1,5	+1,1	+2,2	+2,5	+1,8	6,0	7,4	7,1	6,7
OECD	-5,2	+2,1	+1,9	+2,1	+1,3	+2,3	+2,6	+1,7	5,9	7,2	7,2	6,4
IWF	-5,2	+2,1	+2,0	+2,0	+1,3	+2,3	+2,0	+2,0	3,6	4,2	4,5	4,4
Lettland												
EU-KOM	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0	+3,3	-1,2	+3,4	+2,0	17,1	18,7	17,2	15,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-18,0	-0,3	+3,3	+4,0	+3,3	-1,2	+3,0	+1,7	-	19,0	17,2	15,5
Litauen												
EU-KOM	-14,7	+1,3	+5,0	+4,7	+4,2	+1,2	+3,2	+2,4	13,7	17,8	15,5	12,7
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-14,7	+1,3	+4,6	+3,8	+4,4	+1,2	+3,1	+2,9	-	17,8	16,0	14,0
Polen												
EU-KOM	+1,7	+3,8	+4,0	+3,7	+4,0	+2,7	+3,8	+3,2	8,2	9,6	9,3	8,8
OECD	+1,7	+3,8	+3,9	+3,8	+3,8	+2,6	+4,2	+3,1	8,2	9,6	9,4	8,5
IWF	+1,7	+3,8	+3,8	+3,6	+3,5	+2,6	+4,1	+2,9	-	9,0	9,0	8,7
Rumänien												
EU-KOM	-7,1	-1,3	+1,5	+3,7	+5,6	+6,1	+6,7	+4,0	6,9	7,3	7,2	6,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,1	-1,3	+1,5	+4,4	+5,6	+6,1	+6,1	+3,4	-	7,6	6,6	5,8
Schweden												
EU-KOM	-5,3	+5,5	+4,2	+2,5	+1,9	+1,9	+1,7	+1,6	8,3	8,4	7,6	7,2
OECD	-5,3	+5,3	+4,5	+3,1	-0,5	+1,2	+2,9	+2,4	8,3	8,4	7,5	7,0
IWF	-5,3	+5,5	+3,8	+3,5	+2,0	+1,9	+2,0	+2,0	8,3	8,4	7,4	6,6
Tschechien												
EU-KOM	-4,1	+2,3	+2,0	+2,9	+0,6	+1,2	+2,3	+2,5	6,7	7,3	6,8	6,4
OECD	-4,0	+2,2	+2,4	+3,5	+1,0	+1,5	+2,2	+3,1	6,7	7,3	6,6	6,3
IWF	-4,1	+2,3	+1,7	+2,9	+1,0	+1,5	+2,0	+2,0	6,7	7,3	7,1	6,9
Ungarn												
EU-KOM	-6,7	+1,2	+2,7	+2,6	+4,0	+4,7	+4,0	+3,5	10,0	11,2	11,0	9,3
OECD	-6,5	+1,0	+2,7	+3,1	+4,2	+4,9	+4,0	+3,3	10,1	11,2	11,5	11,0
IWF	-6,7	+1,2	+2,8	+2,8	+4,2	+4,9	+4,1	+3,5	-	11,2	11,5	10,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

Stand: April 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	:e	Leistungsbilanzsaldo				
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Deutschland													
EU-KOM	-3,0	-3,3	-2,0	-1,2	73,5	83,2	82,4	81,1	5,0	5,1	4,7	4,6	
OECD	-3,0	-3,3	-2,1	-1,2	76,4	87,0	87,3	86,9	5,6	5,6	5,5	6,0	
IWF	-3,0	-3,3	-2,3	-1,5	73,5	80,0	80,1	79,4	5,0	5,3	5,1	4,6	
USA													
EU-KOM	-11,2	-11,2	-10,0	-8,6	84,7	92,0	98,3	102,4	-2,7	-3,3	-4,0	-4,0	
OECD	-11,3	-10,6	-10,1	-9,1	84,3	93,6	101,1	107,0	-2,7	-3,2	-3,7	-4,0	
IWF	-12,7	-10,6	-10,8	-7,5	84,6	91,6	99,5	102,9	-2,7	-3,2	-3,2	-2,8	
Japan													
EU-KOM	-8,7	-9,3	-9,7	-9,8	217,6	223,1	236,1	242,1	2,8	3,6	1,4	1,1	
OECD	-8,7	-8,1	-8,9	-8,2	194,1	199,7	212,7	218,7	2,8	3,6	2,6	2,5	
IWF	-10,3	-9,5	-10,0	-8,4	216,3	220,3	229,1	233,4	2,8	3,6	2,3	2,3	
Frankreich													
EU-KOM	-7,5	-7,0	-5,8	-5,3	78,3	81,7	84,7	86,8	-2,9	-3,5	-3,9	-4,2	
OECD	-7,5	-7,0	-5,6	-4,6	89,2	94,1	97,3	100,0	-2,1	-2,2	-2,6	-2,6	
IWF	-7,6	-7,7	-6,0	-5,0	78,1	84,3	87,6	89,7	-1,9	-2,1	-2,8	-2,7	
Italien													
EU-KOM	-5,4	-4,6	-4,0	-3,2	116,1	119,0	120,3	119,8	-3,0	-4,2	-3,5	-3,3	
OECD	-5,3	-4,5	-3,9	-2,6	127,8	126,8	129,0	128,4	-2,1	-3,5	-4,1	-3,6	
IWF	-5,3	-4,6	-4,3	-3,5	116,1	119,0	120,3	120,0	-2,1	-3,5	-3,4	-3,0	
Vereinigtes Königreich													
EU-KOM	-11,4	-10,4	-8,6	-7,0	69,6	80,0	84,2	87,9	-1,7	-2,5	-1,2	-0,1	
OECD	-10,8	-10,3	-8,7	-7,1	72,4	82,4	88,5	93,3	-1,7	-2,5	-1,5	-0,9	
IWF	-10,3	-10,4	-8,6	-6,9	68,3	77,2	83,0	86,5	-1,7	-2,5	-2,4	-1,9	
Kanada													
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
OECD	-5,5	-5,5	-4,9	-3,5	83,4	84,2	85,9	88,0	-2,8	-3,1	-2,6	-2,3	
IWF	-5,5	-5,5	-4,6	-2,8	83,4	84,0	84,2	83,1	-2,8	-3,1	-2,8	-2,6	
Euroraum													
EU-KOM	-6,3	-6,0	-4,3	-3,5	79,3	85,4	87,7	88,5	-0,6	-0,4	-0,2	-0,1	
OECD	-6,3	-6,0	-4,2	-3,0	86,9	92,7	95,6	96,5	0,0	0,2	0,3	0,8	
IWF	-6,3	-6,1	-4,4	-3,6	79,3	85,0	87,3	88,3	-0,6	-0,6	0,0	0,0	
EU-27													
EU-KOM	-6,8	-6,4	-4,7	-3,8	74,4	80,2	82,3	83,3	-0,6	-0,5	-0,2	0,1	
IWF	-6,8	-6,6	-4,8	-4,0	72,3	78,2	80,6	81,8	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011 & Statistischer Anhang, Mai 2011 (nur zu Staatsschulden für USA u. Japan).

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011 (die Staatsschuldenquoten der OECD entsprechen nicht den Maastricht-Kriterien der EU).

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$ 

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	
Belgien													
EU-KOM	-5,9	-4,1	-3,7	-4,2	96,2	96,8	97,0	97,5	2,0	2,4	2,0	2,0	
OECD	-6,0	-4,2	-3,6	-2,8	100,5	100,7	100,7	100,4	0,3	1,3	1,0	1,2	
IWF	-6,0	-4,6	-3,9	-4,0	-	-	-	-	0,8	1,2	1,0	1,2	
Estland													
EU-KOM	-1,7	0,1	-0,6	-2,4	7,2	6,6	6,1	6,9	4,5	2,8	1,8	0,1	
OECD	-1,8	0,1	-0,5	-1,7	12,4	12,1	15,2	19,2	4,5	3,6	3,2	0,7	
IWF	-2,1	0,2	-1,0	-0,7	7,2	6,6	6,3	6,0	4,5	3,6	3,3	3,1	
Finnland													
EU-KOM	-2,6	-2,5	-1,0	-0,7	43,8	48,4	50,6	52,2	2,2	3,0	2,5	2,5	
OECD	-2,9	-2,8	-1,4	-0,6	52,1	57,4	62,7	66,1	2,7	2,9	3,0	3,2	
IWF	-2,9	-2,8	-1,2	-1,1	-	-	-		2,3	3,1	2,8	2,6	
Griechenland													
EU-KOM	-15,4	-10,5	-9,5	-9,3	127,1	142,8	157,7	166,1	-14,0	-11,8	-8,3	-6,1	
OECD	-15,6	-10,4	-7,5	-6,5	131,6	147,3	157,1	159,3	-11,0	-10,4	-8,6	-7,2	
IWF	-15,4	-9,6	-7,4	-6,2	-	-	-	-	-11,0	-10,4	-8,2	-7,1	
Irland													
EU-KOM	-14,3	-32,4	-10,5	-8,8	65,6	96,2	112,0	117,9	-3,1	-0,7	1,2	1,8	
OECD	-14,3	-32,4	-10,1	-8,2	71,6	102,4	120,4	125,6	-3,0	-0,7	3,7	5,3	
IWF	-14,4	-32,2	-10,8	-8,9	-	-	-		-3,0	-0,7	0,2	0,6	
Luxemburg													
EU-KOM	-0,9	-1,7	-1,0	-1,1	14,6	18,4	17,2	19,0	6,9	7,8	7,8	7,6	
OECD	-0,9	-1,7	-0,9	0,0	14,7	19,7	20,5	23,9	6,9	7,8	5,5	4,7	
IWF	-0,7	-1,7	-1,1	-0,8	-	-	-		6,7	7,7	8,5	8,7	
Malta													
EU-KOM	-3,7	-3,6	-3,0	-3,0	67,6	68,0	68,0	67,9	-6,9	-4,1	-4,7	-4,5	
OECD	-	-	-	-	-	-	-		-	-	-	-	
IWF	-3,7	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-		-6,9	-0,6	-1,1	-2,3	
Niederlande													
EU-KOM	-5,5	-5,4	-3,7	-2,3	60,8	62,7	63,9	64,0	3,4	6,7	7,7	8,3	
OECD	-5,5	-5,3	-3,7	-2,1	67,6	71,4	74,3	75,2	4,9	7,7	7,2	7,4	
IWF	-5,4	-5,2	-3,8	-2,7	-	-	-	-	4,6	7,1	7,9	8,2	
Österreich													
EU-KOM	-4,1	-4,6	-3,7	-3,3	69,6	72,3	73,8	75,4	2,6	2,6	2,6	2,8	
OECD	-4,2	-4,6	-3,7	-3,2	72,6	78,6	80,0	81,6	2,9	2,6	3,1	3,8	
IWF	-3,5	-4,1	-3,1	-2,9		-	-		2,9	3,2	3,1	3,1	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

	öffentl. Haushaltssaldo				Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Portugal												
EU-KOM	-10,1	-9,1	-5,9	-4,5	83,0	93,0	101,7	107,4	-10,7	-9,8	-7,5	-5,2
OECD	-10,1	-9,2	-5,9	-4,5	93,1	103,1	110,8	115,8	-10,2	-9,7	-7,8	-5,5
IWF	-9,3	-7,3	-5,6	-5,5	-	-	-		-10,9	-9,9	-8,7	-8,5
Slowakei												
EU-KOM	-8,0	-7,9	-5,1	-4,6	35,4	41,0	44,8	46,8	-3,2	-2,9	-2,8	-2,6
OECD	-8,0	-7,9	-5,1	-4,0	39,9	44,5	48,7	51,2	-3,2	-3,5	-2,4	-1,3
IWF	-7,9	-8,2	-5,2	-3,9	35,4	42,0	45,1	46,2	-3,6	-3,4	-2,8	-2,7
Slowenien												
EU-KOM	-6,0	-5,6	-5,8	-5,0	35,2	38,0	42,8	46,0	-1,3	-1,1	-1,4	-1,9
OECD	-6,0	-5,6	-5,6	-4,1	44,2	47,5	52,9	56,5	-	-	-	-
IWF	5,5	5,2	4,8	4,3	35,4	37,2	42,3	44,9	-1,5	-1,2	-2,0	-2,1
Spanien												
EU-KOM	-11,1	-9,2	-6,3	-5,3	53,3	60,1	68,1	71,0	-5,5	-4,5	-4,1	-4,1
OECD	-11,1	-9,2	-6,3	-4,4	62,3	66,1	73,6	74,8	-5,2	-4,5	-2,9	-2,3
IWF	-11,1	-9,2	-6,2	-5,6	-	-	-		-5,5	-4,5	-4,8	-4,5
Zypern												
EU-KOM	-6,0	-5,3	-5,1	-4,9	58,0	60,8	62,3	64,3	-7,9	-8,9	-8,1	-7,2
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-6,0	-5,4	-4,5	-3,7	-	-	-	-	-7,5	-7,0	-8,9	-8,7

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), April \ 2011 \ \& \ Regionaler \ Wirts chafts ausblick \ Europa, Mai \ 2011.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Ha	aushaltssal	do	Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012	2009	2010	2011	2012
Bulgarien												
EU-KOM	-4,7	-3,2	-2,7	-1,6	14,6	16,2	18,0	18,6	-9,0	-1,5	-2,0	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,9	-3,6	-2,6	-1,5	15,6	18,0	19,7	20,0	-10,0	-0,8	-1,5	-2,0
Dänemark												
EU-KOM	-2,7	-2,7	-4,1	-3,2	41,8	43,6	45,3	47,1	3,6	5,3	5,2	5,1
OECD	-2,8	-2,9	-3,8	-3,0	52,4	55,5	57,1	60,0	3,6	5,5	5,8	5,6
IWF	-2,8	-4,9	-3,6	-2,6	-	-	-	-	3,8	5,0	4,8	4,8
Lettland												
EU-KOM	-9,7	-7,7	-4,5	-3,8	36,7	44,7	48,2	49,4	8,6	3,6	-0,3	-1,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,8	-7,9	-5,3	-1,9	32,8	39,9	42,5	41,0	8,6	3,6	2,6	1,5
Litauen												
EU-KOM	-9,5	-7,1	-5,5	-4,8	29,5	38,2	40,7	43,6	2,6	1,8	0,2	-0,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-9,2	-7,6	-6,0	-5,5	29,6	38,7	43,5	45,4	4,5	1,8	-0,9	-2,9
Polen												
EU-KOM	-7,3	-7,9	-5,8	-3,6	50,9	55,0	55,4	55,1	-2,2	-3,1	-4,1	-4,1
OECD	-7,4	-7,9	-5,8	-3,7	58,4	62,4	65,6	66,3	-2,2	-3,4	-4,5	-4,8
IWF	-7,2	-7,9	-5,7	-4,2	50,9	55,7	56,6	57,3	-2,2	-3,3	-3,9	-4,2
Rumänien												
EU-KOM	-8,5	-6,4	-4,7	-3,6	23,6	30,8	33,7	34,8	-4,2	-4,2	-4,4	-4,8
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,3	-6,5	-4,4	-3,0	29,6	35,2	37,8	37,7	-4,2	-4,2	-5,0	-5,2
Schweden												
EU-KOM	-0,7	0,0	0,9	2,0	42,8	39,8	36,5	33,4	6,8	6,2	6,2	5,9
OECD	-0,9	-0,3	0,3	1,4	52,0	49,1	45,4	41,1	7,0	6,3	5,5	5,5
IWF	-0,8	-0,2	0,1	0,4	-	-	-	-	7,2	6,5	6,1	5,8
Tschechien												
EU-KOM	-5,9	-4,7	-4,4	-4,1	35,3	38,5	41,3	42,9	-1,2	-2,3	-2,5	-1,9
OECD	-5,8	-4,7	-3,8	-2,8	42,4	46,6	49,3	50,8	-3,2	-3,8	-3,0	-3,4
IWF	-5,8	-4,9	-3,7	-3,6	35,4	39,6	41,7	43,4	-1,1	-2,4	-1,8	-1,2
Ungarn												
EU-KOM	-4,5	-4,2	1,6	-3,3	78,4	80,2	75,2	72,7	-0,4	1,7	1,6	1,9
OECD	-4,4	-4,2	2,6	-3,3	84,7	85,6	79,8	80,8	0,5	2,1	2,7	1,8
IWF	-4,3	-4,1	3,9	-4,3	78,4	80,4	76,6	76,9	-0,5	1,6	1,5	0,9

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, Mai 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), April 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Mai 2011.

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, Juni 2011

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung:

Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X